

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 4. September 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf., Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Abendblatt außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Kolonienzettel über deren Raum 10 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 20 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Eitelungsanzeigen und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Herrn Arndts Rechtfertigung.

Der Abgeordnete Dr. Arndt hat bekanntlich im Peters-Prozess in München unter seinem Eide Erklärungen abgegeben, die mit denjenigen der gleichfalls vereideten Frau des verstorbenen Kolonialdirektors Dr. Kahser im schroffsten Widerspruch stehen, so daß eine von den beiden vereideten Personen unwahre Behauptungen aufgestellt haben muß.

Wie der Leser sich erinnern wird, handelt es sich bei den Widersprüchen zwischen den sowohl im Prozeß selbst als auch schon vorher abgegebenen bestimmten und wohlüberlegten Erklärungen der beiden Genannten in der Hauptsache darum, ob Dr. Arndt im Jahre 1895 bei seiner Stellungnahme für Dr. Peters dem damals erkrankten Direktor Dr. Kahser in dessen Privatwohnung beleidigend und drohend entgegengetreten ist, so daß Dr. Kahser den Dr. Arndt aus dem Hause gewiesen hat. Frau Kahser hat das bei ihrer eidlichen Vernehmung ebenso bestimmt bejaht, wie es Dr. Arndt, gleichfalls unter seinem Eide, verneint hat.

In seiner jüngst erschienenen Schrift „Ein Meineid?“ glaubt nun Dr. Arndt den Beweis dafür erbracht zu haben, daß seine Erklärung die richtige, die „Wahrgeschichte“ der Frau Kahser aber „unwahr und freie Erfindung“ derselben ist.

Man kann nun aber wirklich nicht sagen, daß die Broschüre Arndt's eine Darstellung des Sachverhalts zu seinen Gunsten bedeutet, wiewohl der Verfasser sich selber dazu beglückwünscht, „Belege gefunden zu haben, welche die Wahrheit seiner gerichtlichen Aussage zweifellos klarstellen“. Träfe das in der Tat zu, so würde wohl auch die Staatsanwaltschaft, welche gleich nach Beendigung des Petersprozesses wegen dieses Falles die Akten eingefordert haben soll, die gesetzlich notwendige Konsequenz gezogen haben, nämlich gegen Frau Dr. Kahser wegen Meineids eingeschritten sein. Daß letzteres nicht geschehen, beweist, daß Dr. Arndt's begreifliches „Empfinden der Freude und des Dankes“ über das Auffinden der für ihn wichtigen „Belege“ zum mindesten verfrüht ist.

Es ist natürlich gänzlich unmöglich, in dem eng gezogenen Rahmen eines Zeitungsartikels die von Herrn Arndt in seiner 63 Seiten umfassenden Broschüre angeführten Tatsachen und Behauptungen sämtlich kritisch zu beleuchten. Dazu wäre ein Raum erforderlich, der dem der Arndt'schen Broschüre mindestens gleich käme. Nur einzelne Punkte sollen daher hier zum Besten dafür berührt werden, daß die Sachdarstellung des Dr. Arndt durchaus nicht hinreicht, um die Angelegenheit völlig zu klären, daß insbesondere die aufgefundenen Belege keineswegs jeden Zweifel ausschließen, daß Frau Dr. Kahser einen Falschheid geleistet habe.

Die nach Herrn Arndt's Ansicht für ihn so wichtigen „Belege“ bestehen zunächst in denjenigen Briefen, die er mit Dr. Kahser in Sachen Peters gewechselt und seinem Schilling Dr. Peters überlassen haben will und die zusammen mit anderen Dokumenten aus jener Kiste, die in der Wilhelmstraße erbrochen sein soll, verschwinden sein sollen. Da schon Herr Arndt nicht unhinlänglich selbst zu schreiben, daß „die Geschichte von dieser Kiste wie ein Hintertreppenroman klingt“, haben wir dem nichts hinzuzufügen.

Aber selbst wenn diese für Dr. Arndt so überaus wichtigen Briefe in dieser hintertreppenromanhaften Weise verschwinden sein sollten, so wäre das gar kein so großes Unglück für Herrn Arndt. Derselbe wird uns Dank wissen dafür, daß wir ihn auf die bekannte, von ihm wohl nur im Momente begreiflicher Erregung vergessene Tatsache aufmerksam machen, auf welche in der Wistuba-Sache Herr von Roedel dem Abg. Rochen hinwies: daß nämlich die Behörde freilich die Konzepte der ausgehenden Schriftstücke aufbewahrt. Der von Herrn Arndt so schmerzhaft empfundene Verlust ist also nicht so groß; der Schaden läßt sich leicht reparieren. Herr Arndt braucht sich ja nur Abschrift des Schriftwechsels zu besorgen, der sich in den Peters'schen Akten befinden muß. Bei seinen vorzüglichen Beziehungen zur Behörde, die ihm sogar ermöglichen, in geheime Akten hineinzugreifen, dürfte es also für Herrn Arndt eine Kleinigkeit sein, die Lücke in seiner Beweisführung auszufüllen. Uebrigens wäre auch der Staatsanwaltschaft, die ja bereits ein Auge auf diese Sache geworfen hat, die Möglichkeit der Ergänzung des Beweismaterials geboten. Die Staatsanwaltschaft würde sogar zu dieser Ergänzung verpflichtet sein, da dieselbe nach dem anscheinend zuweilen übersehenen Abs. 2 des § 158 der Strafprozeßordnung „nicht bloß die zur Belastung, sondern auch die zur Entlastung dienenden Umstände zu ermitteln hat“. Herr Dr. Arndt wäre also sogar in der glücklichen Lage, eine für ihn wichtige Ergänzung seines Beweismaterials fordern zu können.

Ein weiterer Teil der Belege besteht in den in der Broschüre wiedergegebenen Briefen, die nach Ansicht des Herrn Arndt unfehlbar beweisen, daß die von der Frau Kahser behauptete Szene in der Privatwohnung ihres Mannes in Wahrheit niemals stattgefunden haben kann. Es erübrigt sich, diese Briefe hier sämtlich zu zitieren. Es mag sein, daß Frau Kahser sich insoweit irrt, als jener, wie Frau Kahser behauptet, einzige Besuch des Dr. Arndt in der Privatwohnung ihres Mannes nicht schon im Februar oder März, sondern eventuell im Mai 1895 stattgefunden hat. Auf die Erklärung dieser unerheblichen Differenz kommt es indes gar nicht an. Worauf es vielmehr ankommt, das ist die Feststellung, ob Dr. Arndt damals, als er Dr. Kahser in dessen Privatwohnung aufsuchte, tatsächlich in der von diesem niedergeschriebenen und von Frau Kahser beschworenen Weise behandelt, d. h. hinausgewiesen wurde. Die Aussage der Frau Kahser wird nun aber durch die von Dr. Arndt publizierten, „ganz unvertaueter Weise unter alten Briefen gefundenen Schriftstücke,

von deren Existenz Herr Arndt nichts mehr ahnte,“ ganz und gar nicht widerlegt! Wenn Dr. Arndt gegenüber der eidlichen Erklärung der Frau Kahser, daß Herr Arndt nur einmal in der Privatwohnung ihres Mannes gewesen sei, darauf hinweist, daß Dr. Kahser ihn wiederholt in seine Privatwohnung gebeten habe, so beweist dies nichts für die Widerlegung der Erklärung der Frau Kahser. Und ebensowenig sind die publizierten Briefe geeignet, die Erklärung der Frau Kahser zu widerlegen.

In Anbetracht der plötzlichen und schweren Erkrankung des Dr. Kahser zu damaliger Zeit — derselbe hatte sich eine Blutvergiftung zugezogen, so daß er schwerkrank nach Hause gebracht und bald darauf operiert werden mußte — ist es gerade nach den von Herrn Arndt veröffentlichten Briefen im hohen Grade wahrscheinlich, daß die der festzustellenden Tatsache zugrunde liegenden Vorgänge sich folgendermaßen abspielten: Am 27. April 1895 bat Direktor Kahser auf Anregung des Dr. Arndt diesen in der üblichen Weise zur Besprechung am 28. desselben Monats, und zwar, da Herr Kahser damals noch nicht erkrankt war, und wie auch in der Einladung steht, nach dem Auswärtigen Amt. Infolge der plötzlichen Erkrankung des Dr. Kahser — der Tag seiner Erkrankung ließ sich mit unfehlbarer Sicherheit aus den Akten des Auswärtigen Amtes feststellen — dürfte der Besuch des Dr. Arndt im Auswärtigen Amt nicht stattgefunden haben. Denn wie der Geheime Legationsrat von Schwarztoppen, der älteste Vortragende Rat in der Kolonialabteilung und Vertreter des erkrankten Direktors, dem Dr. Arndt unterm 7. Mai, also wenige Tage nach der Einladung zur Besprechung auf den 28. April, schrieb, ließ Herr Dr. Kahser Herrn Arndt mitteilen, daß er, Dr. Kahser, immer noch nicht hergestellt sei und das Haus nicht verlassen könne. Aus diesem Grunde möchte Dr. Arndt ihn, Dr. Kahser, doch in seiner Wohnung, Viktoriast. 22, II, am 9. Mai aufsuchen. Der weitere eigenhändige Brief Dr. Kahser's an Herrn Arndt:

Berlin, den 13. Mai 1895.
Viktoriastraße 22.

Sehr geehrter Herr Doktor!

Am Dienstag nachmittag habe ich mit dem Verbinden der Wunden so viel zu schaffen, daß ich dankbar sein würde, wenn Sie mir erst am Mittwoch die Ehre Ihres Besuchs schenken möchten.

Mit vorzüglicher Hochachtung
sehr ergeben

gez. Kahser.

beweist nun keineswegs, daß Dr. Arndt bereits am 9. Mai den schwerkranken Dr. Kahser gesprochen hatte. Nach dem Wortlaut dieses Briefes ist es vielmehr nicht nur sehr wohl möglich, sondern höchst wahrscheinlich, daß Dr. Arndt sich am 9. Mai nach der Privatwohnung des Dr. Kahser begeben hatte und daß, weil dieser infolge schwerer Erkrankung nicht zu sprechen war, Herr Arndt entweder erklärt hatte oder aber gebeten wurde, am darauffolgenden Dienstag wiederkommen; daß sodann aber Herr Dr. Kahser Herrn Arndt aus dem im Briefe angegebenen Grunde bat, „ihm erst am Mittwoch die Ehre seines Besuchs zu schenken“.

Auf Seite 61/62 der Broschüre, unmittelbar vor dem hier zitierten Briefe des Dr. Kahser vom 13. Mai 1895, schreibt Dr. Arndt:

„Frau Dr. Kahser hat erklärt, daß ich nur einmal in der Privatwohnung ihres Mannes gewesen sei, ich habe dagegen im April 1895 ausgesprochen, daß Dr. Kahser mich wiederholt in seine Privatwohnung bat. Jetzt stellt sich heraus, daß ich auch hierin recht hatte. Am 9. Mai kam mir Dr. Kahser jedenfalls nicht zugerufen haben, ich verbiete Ihnen, jemals wieder mein Haus zu betreten,“ denn ich fand folgenden eigenhändigen Brief Dr. Kahser's mit einer Einladung zu einer zweiten Unterredung, die augenscheinlich am 9. für den 14. Mai verabredet war. Der Brief lautet: (folgt Wortlaut obigen Briefes).

Als ob Frau Kahser jemals bestritten hat, daß ihr Mann den Dr. Arndt wiederholt in seine Privatwohnung gebeten hat. Wenn Herr Dr. Arndt feststellt, daß er da Recht habe, wo ihm niemals Unrecht vorgeworfen ist, dann kann es mit der Beweiskraft seiner „Belege“ nicht weit her sein! Warum erklärt Herr Arndt gegenüber der von ihm richtig wiedergegebenen Aussage der Frau Kahser, daß er nur einmal in der Privatwohnung ihres Mannes gewesen sei, d. h. diesen nur einmal in der Privatwohnung gesprochen habe, nicht frank und frei, daß er Dr. Kahser bereits am 9. Mai gesprochen hat und daß in dieser Unterredung am 9. Mai eine weitere Rücksprache für den 14. verabredet worden ist, die dann auf den 15. Mai verlegt wurde? Und wo steht denn im Briefe des Dr. Kahser vom 13. Mai an Dr. Arndt etwas von einer Einladung zu einer zweiten Unterredung, wie Herr Arndt schlankweg angibt. Dr. Kahser bittet in diesem Briefe den Dr. Arndt, ihm, Dr. Kahser, „erst am Mittwoch — 15. Mai — die Ehre seines Besuchs zu schenken“. Wäre Herr Arndt schon am 9. Mai bei Dr. Kahser gewesen, so hätte dieser doch wohl in seinem Briefe vom 13. gebeten, ihn wieder zu besuchen. Das ist nicht geschehen! Der Besuch des Dr. Arndt am Mittwoch, 15. Mai, dürfte daher gerade nach dem Wortlaut des Kahser'schen Briefes vom 13. Mai und auch nach der Schilderung Arndt's selbst der erste und einzige Besuch Dr. Arndt's in der Privatwohnung Dr. Kahser's gewesen sein.

Man sieht, der Beweis, den Dr. Arndt anzutreten unternehmen hat, daß er Herrn Kahser mehrmals persönlich in dessen Wohnung gesprochen hat, steht auf recht schwachen Füßen. Wird die Aussage der Frau Kahser aber durch die Angaben im Tagebuch ihres Mannes und vielleicht noch durch die bereits in Aussicht gestellte Aussage eines Diensthofen bestätigt, der obendrein noch angeben könnte, daß Dr. Arndt zwar beim Dr. Kahser in dessen Privatwohnung vorgesprochen hatte,

aber zuerst nicht vorgelassen wurde, so müßte Herr Dr. Arndt schon einen durchschlagenderen Beweis für die Richtigkeit seiner eidlichen Erklärung antreten.

Im Anschluß an den hier zitierten Brief des Direktors Kahser schreibt nun Herr Arndt:

„Also auch am 15. Mai erschien ich auf Grund besonderer Einladung und auch da war die von Frau Kahser geschilderte Eindringenszene unmöglich (nebenbeobachtet war also die Krankheit nicht im Februar, wie Frau Dr. Kahser angab, sondern im Mai 1895). Immerhin hätte es ja hier noch zu einem Streit kommen können, der damit endete, daß Dr. Kahser mir die Tür wies, obwohl das nach der Konart der beiden obigen Briefe schon als recht unwahrscheinlich angesehen werden müßte.“

Herr Dr. Arndt berichtet recht harmlos, daß er auch am 15. Mai in der Privatwohnung erschien. Es erscheint dies wohl glaubhaft; es ist auch sogar anzunehmen, daß er an diesem Tage auch tatsächlich zu dem immer noch Kranken, aber inzwischen empfangsbereit gewordenen Dr. Kahser geföhrt wurde. Man muß sich aber hüten, das „Erscheinen“ des Herrn Arndt mit einem „Rücksprachen gehen“ zu verwechseln. Herr Dr. Arndt, dem eine baldige zufriedenstellende Erledigung der Peters'schen Angelegenheit sehr am Herzen lag, mag wohl wiederholt bei dem erkrankten Herrn Kahser in dessen Privatwohnung erschienen, d. h. vorgesprochen haben, ohne daß er allem Anschein nach eher als am 15. Mai, und offenbar auch nur dieses einzige Mal, zu Herrn Kahser gelassen wurde. Denn daß die weiteren Rücksprachen wieder im Auswärtigen Amt stattfanden, gibt, wie wir gleich sehen werden, Herr Arndt selbst zu.

Wenn Herr Arndt sodann meint, daß „nach der Konart“ der von ihm zitierten beiden früheren Briefe — nämlich des hier wirklich wiedergegebenen Briefes des Herrn Kahser vom 13. Mai und des inhaltlich angeführten Briefes des Legationsrats von Schwarztoppen vom 7. Mai 1895 — „es schon als recht unwahrscheinlich angesehen werden müßte, daß Herr Kahser ihm — am 15. Mai — die Tür wies“, so ist es eigentlich recht bedauerlich für Herrn Arndt, daß er sich eine solche Unwahrscheinlichkeit jagert. Denn es gehört doch in der Tat recht wenig dazu, um begreifen zu können, daß es sehr wohl möglich ist, daß jemandem, der zu nächst in üblich höflicher Weise eine Einladung zu einer Rücksprache erhält, nachher wegen verletzenden Benehmens die Tür gewiesen wird!

Nun aber fährt Herr Dr. Arndt sein schwerstes Geschöh gegen die eidliche Aussage der Frau Kahser auf. Er sagt nämlich in seiner Broschüre weiter:

„Allein Dr. Kahser's Krankheit war nun zu Ende. Anfang Juni war er wieder im Auswärtigen Amt und vor mir liegt nun wieder eine Einladung dorthin: Auswärtiges Amt.“

Der Direktor der Kolonialabteilung, Wirklicher Geheimer Legationsrat Dr. Kahser bittet Herrn Dr. Arndt, Mitglied des Abgeordnetenhauses, ihn morgen vormittag (von 10 Uhr ab) im Auswärtigen Amt mit seinem Besuch zu beehren.
Berlin, den 3. Juni 1895.“

*) Wenn mit Dr. Kahser am 15. Mai die Tür gewiesen hätte, konnte er mich nicht am 3. Mai bitten, ihn mit meinem Besuche zu beehren. Mit dieser Einladung ist also bewiesen, daß die angeblich am Krankenbett von Frau Dr. Kahser als Augen- und Ohrenzeugin erlebte Szene freie Phantasie der Dame ist.“

Ganz und gar nicht! Das, wie Herr Arndt glauben machen will, schwerste Geschöh gegen Frau Kahser ist noch nicht einmal eine Flakpatrone! Die bloße Anstandsspflicht gebietet es, Frau Kahser, die uns völlig unbekannt und deshalb sonst herzlich gleichgültig ist, gegen eine so verfehlt begründete schwere Anschuldigung nachdrücklich in Schutz zu nehmen. Nur wer mit den in Betracht zu ziehenden amtlichen Verhältnissen nicht vertraut ist, kann durch eine solche Beweisführung täuscht werden. Durchaus zutreffend hat auch Frau Kahser im Petersprozeß auf den Vorhalt des Vorsitzenden: „Aber wie sind die beiden, Dr. Kahser und Dr. Arndt, über diesen Vorfall — nämlich über die Hinausweisung des Herrn Arndt durch Herrn Kahser — hinweggekommen? Sie haben doch nachdem mit einander verhandelt“ erwidert: „Die Verhandlungen fanden im Auswärtigen Amt statt.“ In seiner Eigenschaft als Beamter hatte der Kolonialdirektor gar nicht das Recht, den ihn im Auswärtigen Amt in dienstlicher Angelegenheit aufsuchenden Abgeordneten Arndt abzuweisen! Eine fernere Verhandlung mit dem Dr. Arndt in seiner Privatwohnung hätte Dr. Kahser wohl zurückweisen können, nicht aber eine amtliche Verhandlung im Auswärtigen Amt!

Uebrigens läßt die im Vergleich zu dem eigenhändigen, in freundschaftlichem Tone abgefaßten Briefe des Herrn Kahser vom 13. Mai höchst formell gehaltene, kalte Höflichkeit atmende schriftliche Note vom 3. Juni es an sich keineswegs unmöglich erscheinen, daß das von der Frau Kahser behauptete Rencontre stattgefunden hat.

So viel für diesmal über die nach Herrn Arndt's Ansicht für ihn so wichtigen „Belege“, über die er sich am Schluß seiner Broschüre zu folgenden Worten ausschwingt:

„So kann ich auch jetzt, nachdem der Tatbestand durch die aufgefundenen Briefe zu meinen Gunsten klar gestellt ist und niemand mehr meinen Eid und meine Ehre anzweifeln kann, davon absehen, die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft zu übergeben, wie das meine Pflicht war, als die Berichte über die Münchener Verhandlungen eintrafen.“

Unseres Erachtens befindet sich Herr Arndt im Zustande arger Selbsttäuschung, wenn er meint, daß es ihm durch seine Broschüre, insbesondere durch Bekanngabe der aufgefundenen Belege, gelungen sei, die seiner Erklärung entgegenstehende Behauptung der Frau Kahser „völlig zu widerlegen“!

Herr Raumann auf dem Rückzuge.

Leider hat die Zentrums-Presse den letzten Artikel Raumanns richtig beurteilt: ein neuer Artikel dieses beispiellos wandlungsfähigen Politikers beweist es ganz zweifellos, daß Herr Raumann sich in der Wahlrechtsfrage auf dem Rückzuge befindet.

Herr Raumann hatte — nach anfänglichem Schwanken — unumwunden erklärt, daß es für den Freisinn nur eine Parole gebe: die des Reichstagswahlrechts für Preußen. Und dies Reichstagswahlrecht sei die Voraussetzung für die weitere Blockpolitik. Um alle Schwankenden mit fortzureißen, gelte es, zum Herbst Hausaren zu blasen, einen Volkssturm zu entfesseln.

Mit all diesen Ansichten und Forderungen hat Herr Raumann bei der Masse der freisinnigen Politiker und Wähler nicht nur keine Gegentende, sondern sogar eine Zurückweisung gefunden. Die übergroße Mehrheit der in Parlament und Presse führenden Freisinnspolitiker hat mit aller Entschiedenheit erklärt, daß der Freisinn das Reichstagswahlrecht nicht zur Voraussetzung der ferneren Blockpolitik machen, daß er sich vielmehr auch mit einem Kompromißwahlrecht zufrieden geben und endlich auch jeden Appell an die Volksmassen vermeiden müsse!

Als nun Herr Raumann trotz alledem noch immer in der „Gilde“ von der „Einigkeit“ des Freisinn phantasierte, blieb uns nichts anderes übrig, als Herrn Raumann seiner rätselhaften Selbsttäuschung wegen zu verspotten. Allerdings, sagten wir, sei sich der Freisinn „einig“, aber nur in der Ablehnung des Raumannschen Standpunktes und der verräterischen Absicht, gegen ein neues Klassenwahlrecht das Reichstagswahlrecht zu veräußern!

Darauf entgegnet nun Herr Raumann abermals in einem ganz wunderbaren Erguß. Hier ist er:

In den Zeitungen unserer Gegner wird viel Redens davon gemacht, daß der Freisinn gegenüber der Frage des preussischen Landtagswahlrechts uneinig sei, und die „Gilde“ wird verspottet, weil wir geschrieben haben, die Einigkeit sei vorhanden. Trotz dieser schönen und billigen Spottes halten wir unsere Behauptung aufrecht, daß alle linksliberalen in der Forderung des Reichstagswahlrechts für den preussischen Landtag einig sind. Für die freisinnige Volkspartei ist diese Forderung im Programm festgelegt; sie ist wiederholt im Landtage zum Ausdruck gebracht worden und wird auch jetzt, so viel wir sehen, von allen Parteimitgliedern vertreten. Dasselbe gilt von der freisinnigen Vereinigung und von den preussischen Bestandteilen der Deutschen Volkspartei. Jüngende Veranlassung, an der grundsätzlichen Gemeinschaft aller Linksliberalen in dieser Frage zu zweifeln, liegt nicht vor, und es ist nur wohlberedene Bosheit der politischen Gegner, wenn sie bald diesen, bald jenen Teil des Freisinn als unzuverlässig hinstellen wollen. Die Meinungsverschiedenheiten, über die man so viel Wesens macht, sind lediglich taktischer Natur. Es werden folgende Fragen aufgeworfen:

Ob es gerade jetzt richtig und angebracht ist, die Frage des preussischen Landtagswahlrechts agitatorisch zu behandeln oder ob es nicht richtiger ist, sie vorläufig mehr zurückzustellen, bis andere Dinge erledigt sind, beispielsweise die für den Reichstag angekündigten Vorlagen über ein Reichsvereinsgesetz, Börserreform und vielleicht auch die Reichsfinanzfragen.

Ob nicht durch eine öffentliche Behandlung der Wahlrechtsfrage die Politik der Paarung gefährdet und dadurch das Zentrum wieder in seine frühere Macht eingesetzt werde. Man solle, so heißt es, auf die Konservativen mehr Rücksicht nehmen.

Daß derartige taktische Fragen erörtert werden, ist ganz in der Ordnung, und es würde ein Zeichen von politischer Interesslosigkeit sein, wenn sie nicht erörtert würden. Ueberall, wo jetzt Liberale zusammenkommen, wird naturgemäß die Lage des Liberalismus im ganzen besprochen, und es kann nicht ausbleiben, daß dabei verschiedene Meinungen zutage treten. In keiner Partei vollziehen sich folgenschwere Entschlüsse ohne Meinungsverschiedenheiten. Daraus auf innere Zwietrigkeiten schließen zu wollen, ist völlig falsch. Wenn beispielsweise der „Vorwärts“ nicht aufhört, Liberale gegen Liberale auszuspielen, so soll er doch dabei nicht vergessen, daß es bei jeder größeren Aktion in der Sozialdemokratie genau ebenso zugeht. Auch dort gibt es auf Grund eines gemeinsamen Programmes stets Unterschiede des Temperamentes und der taktischen Auffassung. Wenn daraus der Sozialdemokrat Vorwürfe gemacht wurden, so pflegten sie zu antworten, daß es für sie eine Ehre sei, ihre Meinungsverschiedenheiten rückhaltlos auszusprechen. Nichts anderes ist es, was der Liberalismus für sich in Anspruch nimmt. . . .

Zum Schluß stimmt dann Herr Raumann einer Auslassung der „Liberalen Korrespondenz“ zu, in der es heißt, daß über das Endziel der Wahlrechtsbestrebungen innerhalb der freisinnigen Parteien keinerlei Meinungsverschiedenheit bestehe.

Sehen wir der wunderlichen Stillung Raumanns kurz die Tatsachen gegenüber!

Herr Raumann hatte dem diplomatisierenden, zu einem Wahlrechtsstuhndel aus Gründen der Erhaltung der Blockpaarung bereiten Teil des Freisinn gerade seine Taktik des prinzipiellen Wahlrechtskampfes gegenüber gestellt. Daraufhin wurde er von allen einflussreichen Freisinnspolitikern als Sündenfried abgetrumpft. Der Freisinn wolle seine Blocktrübe haben und sein Wahlrechtschachergeschäft nicht durch prinzipielle Forderungen durcheinander bringen. Und da erklärt nun Herr Raumann, daß der Freisinn gleichwohl ein ehrlicher und prinzipieller Wahlrechtsfreund sei, denn das Reichstagswahlrecht bilde ja einen Teil seines — Programms! Als ob Herr Raumann es nicht gerade selbst als Kernpunkt der ganzen Frage bezeichnet habe, diese Programmforderung nunmehr einzulösen!

Und daß die gesamte Freisinnspresse mit Ausnahme des „Verl. Tageblatts“ und der „Gilde“ sich gegen diese praktische Eintreten für die programmatische Forderung gewendet hat, hält Herr Raumann, dieser unergiebliche Optimist, sogar für ein erfreuliches Zeichen des Interesses für die Wahlrechtsfrage! Mit demselben Recht kann man dann auch der reaktionären Presse ein solches „Interesse“ nachrühmen, da sie ja ebenfalls gegen Herrn Raumann polemisiert hat!

Begreift denn Herr Raumann wirklich nicht, daß es gar nicht darauf ankommt, daß man zur Wahlrechtsfrage Stellung nimmt, sondern wie man sich zu ihr stellt?!

Das ganze krause Gerede des Herrn Raumann beweist nur das eine, daß Herr Raumann, der weiße Freisinnstrabe, sich wieder zu schwarzen beginnt, daß er in aller Form den Rückzug antritt!

Der Freisinn will die Frage des Reichstagswahlrechts nicht zur Bedingung der Blockpolitik machen, er will keinen Volkssturm entfachen, sondern tushandeln und sich dann für alle Verräterei damit herausreden, daß er ja doch im Prinzip fürs Reichstagswahlrecht sei — siehe doch diese

Forderung im Programm. Daß sie dort stehen bleibt und ja nicht als Zankapfel in die Politik geworfen wird, ist die eifrigste Sorge aller freisinnigen „Staatsmänner“, zu denen sich jetzt auch Herr Raumann gesellt!

Zentrums-Schachzüge.

In ihrer Montags-Abendnummer faßt sich endlich auch die „Köln. Volksztg.“ veranlaßt, sich mit dem Leitartikel „Das Zentrum und das Landtagswahlrecht“ der Nr. 202 des „Vorwärts“ zu beschäftigen. Auf die geschichtlichen Nachweise der bisherigen Stellungnahme der Zentrumsführer zu der Forderung eines allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Preußen läßt sich das liberale Blatt vorfichtigerweise gar nicht ein. Es beschränkt sich darauf, den betreffenden Artikel als eine lediglich auf die Herauslösung und Vorwärtstreibung des Zentrums berechnete „Fuchspredigt“ hinzustellen und mit folgendem Resonanzmoment zu antworten:

„Wir müssen zunächst fragen, wo denn eine „Wahlrechtsbewegung“ besteht? Herr Raumann schrieb einen Zeitungsartikel, der zuerst bei seinen Freunden Zustimmung fand, heute aber ganz allgemein verurteilt wird. Bei den Sozialdemokraten sehen wir auch nichts als Zeitungsartikel; in der Zentrums-Presse ist es ebenso. Aber eine „Wahlrechtsbewegung“ ist vorerst nicht vorhanden, und ob sie im Herbst eingeleitet wird, wollen wir ganz ruhig abwarten. Das Zentrum lemt seinen Weg und die Arbeiter, die zu ihm halten, wissen das auch; auf eine Belehrung von sozialdemokratischer Seite verzichten sie gern.“

Das Organ der evangelischen Arbeitervereine in Berlin und des Nationalen Arbeiterwahlausschusses (Sig. Pessen), „Die Arbeit“ meint gegenüber den sozialdemokratischen Versuchen ganz gelassen: „Die Sozialdemokratie mag sich beruhigen. Wir glauben, daß die Führer der Zentrums- wie die der christlich-sozialen Partei den Wünschen und dem Drängen der Arbeiter Rechnung tragen werden, wie sie ja das bisher in anderen Fragen auch getan haben.“

In Arbeiterkreisen beurteilt man also diese bedeutsame Frage ganz nüchtern; es ist freilich selbstverständlich, daß die zum Zentrum haltenden Arbeiter von ihrer Partei ein zielbewusstes Arbeiten für die Wahlrechtsreform fordern. Wenn ein Arbeiter im ganzen Abgeordnetenhaus sitzt, so ist das ganz ungenügend; die Arbeiterschaft hat ein Anrecht auf erhöhte Berücksichtigung. Das Zentrum erkennt dies an und wird mehr Arbeiter schon bei den kommenden Landtagswahlen als Kandidaten aufstellen. Da die Zahl der Doppelmandate verringert werden muß, so wird eine ganze Reihe von Stammesgenossen im Zentrum frei. Es ist Sache der Wahlkomitees, sich jetzt schon nach tüchtigen Arbeiterkandidaten umzusehen.“

Die Herren sind recht gewandte Diplomaten. Zuerst stellen sie sich, als bemerkten sie nichts von einer Wahlrechtsbewegung, und dann schieben sie die ganze Wahlrechtsfrage auf ein Nebengleise, indem sie die Forderung, daß dem Arbeiter das Recht eingeräumt werde, bei den preussischen Landtagswahlen in gleichem Maße seiner Meinung Geltung zu verschaffen wie der Besitzende, mit der Frage identifizieren, ob es sich nicht für die Politik des Zentrums empfehle, unter ihre Landtagskandidaten noch einige Handarbeiter mehr aufzunehmen. Dieses absichtliche Zusammenwerfen der beiden Fragen mag vom Zentrumsstandpunkt ganz gelöst sein; doch zweifeln wir daran, daß die Herren Zentrumsdiplomaten mit diesem Trick unter den katholischen Industriearbeitern den erhofften Erfolg haben werden. Der intelligente Arbeiter, auch der katholische, verlangt, daß seine Stimme in gleichem Maße zählt und gilt, wie die Stimme dessen, der durch Fleiß, rücksichtslose Ausnutzung der Arbeitskraft anderes oder durch Zufall in den Besitz eines großen Vermögens gelangt ist, nicht aber, daß da und dort unter Hunderten von Kandidaten anderer Berufe auch einige Personen, die sich durch Handarbeit ernähren oder einmal ernährt haben, in das preussische Abgeordnetenhaus gewählt werden. —

Der 40. Jahreskongreß der britischen Trade-Unions.

London, 31. August. (Eig. Ber.)

Am 2. September tritt in Bath der 40. Jahreskongreß der britischen Gewerkschaften zusammen. Es nehmen an ihm 518 Delegierte teil, die 1.700.000 Arbeiter vertreten. Unter den Delegierten befinden sich 84 Parlamentsabgeordnete, 26 Friedensrichter, 17 Gemeinderäte und 3 Aldermen, die selbstverständlich gleichzeitig Gewerkschaftsmitglieder sind. Dem Kongresse liegen zahlreiche Resolutionen der verschiedenen Gewerkschaften vor, die das ganze wirtschaftliche und politische Leben der Arbeiterklasse betreffen. Von den Resolutionen dürften folgende erwähnenswert sein:

Ausländische Streiks: Der Kongreß spricht den schärfsten Tadel über diejenigen britischen Arbeiter aus, die sich dazu hergeben, in den Dienst kosmopolitischer Gesellschaften zu treten, um ausländische Arbeiterstreiks zu schädigen; der Kongreß ist der Ansicht, daß diese Machinationen von den kapitalistischen Syndikaten absichtlich unternommen werden, um die Arbeiter der verschiedenen Länder gegeneinander zu heizen und der allgemeinen Tendenz der Arbeiter der Welt, kameradschaftlich miteinander zu leben und sich auf internationalem Wege gegenseitig zu unterstützen, entgegenzuwirken. Der Kongreß beantragt, daß die Regierung eine Vorlage im Parlament einbringt, die die Grundzüge der Foreign Enlistment Act auf ausländische Streiks ausdehnt, um diejenigen zu bestrafen, die Streikbrecher-Expeditionen nach anderen Staaten ausrüsten, und um der Möglichkeit internationaler Konflikte vorzubeugen, die aus derartigen gefährlichen Verschwörungen entstehen können. (Die Gewerkschaft der Erdarbeiter, Bauarbeiter und Tagelöhner.)

Das Oberhaus: Der Kongreß beurteilt die Handlungsweise des Hauses der Lords, welches Vorlagen verwirft, die von den Vertretern des Volkes im Unterhause angenommen und auch vom Lande gebilligt werden. Die Handlungsweise der Lords hindert den politischen Fortschritt und die soziale Hebung des Volkes. Wir fordern die Regierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, die entweder zur Abschaffung oder zur Beschränkung der Macht des privilegierten Hauses führen, um auf diese Weise das Hindernis hinwegzuräumen, das der Ausführung des Volkswillens im Wege steht. (Die Gewerkschaft der Bazararbeiter.)

Tägliche Arbeiterzeitung: Der Kongreß beauftragt das parlamentarische Komitee, eine Spezialkonferenz der Gewerkschaften einzuberufen zum Zweck der Beratung über die Mittel und Wege, eine tägliche Arbeiterzeitung zu gründen. (Der Verein der Londoner Buchdrucker.)

Allgemeines Wahlrecht: Der Kongreß ist der Ansicht, daß die Zeit reif sei für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für alle erwachsenen Männer und Frauen, und erklärt sich gegen eine weitere Ausdehnung des Frauenwahlrechts. Das parlamentarische Komitee wird beauftragt, in der nächsten parlamentarischen Sitzung eine Vorlage betreffend das allgemeine Wahlrecht einzubringen. (Die Union der Ladengehülften.)

Heimarbeiter: Da der Kongreß überzeugt ist, daß die niedrigen Löhne der Heimarbeiter eine bedrohliche Gefahr für die organisierten Arbeiter bilden, so fordert er die Regierung auf, einen gesetzlichen

Minimallohn für die Heimarbeiter festzulegen. (Allgemeiner Verband der weiblichen Arbeiter.)

Ladenschluß: Angeichts des Mißerfolges des im Jahre 1904 erlassenen Gesetzes betreffend frühzeitigen Ladenschluß, billigt der Kongreß die von den Ladengehülften durch Sir Charles Dille eingebrachte Vorlage, welche die Arbeitszeit der Ladengehülften auf 60 Stunden die Woche festsetzt. (Die Union der Ladengehülften.)

Alterspensionen und 1. Mai: Das parlamentarische Komitee wird beauftragt, einen Tag festzusetzen, an dem alle Arbeiter in Stadt und Land für die gesetzliche Einführung von Pensionen für die Veteranen der Arbeit demonstrieren sollen. (Der Verband der Messingarbeiter.) Der Demonstrationstag soll der 1. Mai sein. (Die Union der Geschäftsbuchbinder.)

Ferner die alljährlich wiederkehrenden Resolutionen über Achtstundentag, obligatorische Schiedsgerichte bei gewerblichen Konflikten, Fabrikarbeiterschutz, Verweilung der Schule, Arbeitslosigkeit und Sozialismus, Behauptung der Arbeiter usw.

Marokko.

Am 1. September haben die französischen Truppen ein neues Gefecht mit den Marokkanern provoziert, das diesen schwere Verluste beigebracht haben soll, jenen sechs Tote gekostet hat. Die Affären werden also für die Franzosen blutiger, doch sind ihre Verluste nach wie vor verhältnismäßig gering. — Die Kriegsschiffe angegriffen haben, wird nicht gemeldet. — Die Zeit rückt heran, wo die periodischen Stürme der marokkanischen Küste die Kriegsschiffe zwingen werden, die Ankerplätze zu verlassen, sodas für das Landungs-Scorp der Schut und Bestand ihrer weittragenden Kanonen fortfällt.

Nach französischer Darstellung ist die Regierung zu Paris über die nächsten Schritte noch unentschieden; sie zieht danach vor, die Dinge sich selber weiter entwickeln zu lassen. Zudeo dauert die Sendung von Verstärkungen an.

Die folgenden Meldungen sind zu verzeichnen:

Casablanca, 8. September. Eine Aufklärungsausschreibung verließ das Lager vorgefrüh 1 Uhr nachmittags und stieß gegen 3 Uhr auf den Feind. Nachdem sie Verstärkungen erhalten hatte, brachte sie den Marokkanern große Verluste bei, in deren Gefolge, wie unbestätigt, aber glaubhafte Gerüchte besagen, die Mahalla von Taddert zerstreut worden ist. Die Franzosen hatten sechs Tote, darunter einen Offizier.

Paris, 8. September. Dem „Matin“ wird aus Casablanca gemeldet, daß die Stämme Baer und Tadra sich den gegen General Grude in Febe stehenden Kabylen anschließen. Die beiden Stämme verfügen über zwölf alte Kanonen, welche vom früheren Sultan Mulah Hasan in Damaker zurückgelassen worden waren.

Der Kriegsminister und der Kolonialminister haben der „Dépêche coloniale“ zufolge vereinbart, eine Brigade Kolonialtruppen und ein aus Reservisten zu bildendes Regiment sudanesischer Schützen für Marokko bereit zu halten.

London, 2. September. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) In Casablanca werden heute zwei weitere Bataillone Schützen erwartet. — Die Lage in Mazagan wird sich vermutlich in den nächsten Tagen kritisch gestalten. Im dortigen Hohlhause lagern zwei Millionen Patronen, die Mulah Hasan ausgeliefert haben will. Die Munition gehört der marokkanischen Regierung, aber da die Stadtbefestigung zu Mulah Hasid hält, so möchte diese sie Mulah Hasid ausgeliefert sehen. Die französischen Behörden sind entschlossen, die Fortschaffung der Patronen mit Gewalt zu verhindern und möchten sie an Bord eines Kriegsschiffes schaffen. Man besorgt sich, daß ein derartiger Versuch zu Feindseligkeiten mit der Bevölkerung führen würde.

London, 8. September. Man besorgt sich, daß die jetzt bald einsetzenden Stürme die Kriegsschiffe zwingen werden, ihre Ankerplätze zu verlassen, so daß ihre Geschütze nicht mehr wirken können, da ihre Scheinwerfer nicht mehr fähig sein werden, die Gelände zu beleuchten.

Aus Larraoch wird demselben Blatte vom 1. September gemeldet: Die letzte europäische Familie, die Fes verlassen hat, ist heute hier angekommen. Sie besteht aus der Frau des deutschen Arztes Cohen mit drei Töchtern und zwei Söhnen. Dr. Cohen ist auf Witten der Eingeborenen in Fes verblieben, die ihn ersuchten, die Stadt nicht ohne Arzt zu lassen.

London, 8. September. Wie berichtet wird, hat Mulah Hasid 2000 Reiter um sich versammelt und wartet weitere Verstärkungen ab, um nach Casablanca vorzurücken. Es heißt, daß er nicht gegen die Franzosen vorgehen werde, sondern nur als Vermittler zwischen den Franzosen und den sie umlagernden Stämmen auftreten wolle.

Paris, 2. September. (Meldung der Agence Havas.) Die Minister hielten heute Abend eine Besprechung über die marokkanischen Angelegenheiten ab. Der Ministerpräsident erklärte auf eine Frage über den Verlauf, daß man sich zu keiner bestimmten Aktion entschlossen habe. General Druce und Admiral Philibert hätten das volle Vertrauen der Regierung, es könne ihr nicht einfallen, ihnen den Plan ihrer Operationen vorzuschreiben.

Paris, 8. September. Blättermeldungen aus Tanger zufolge haben sich alle Vergäme mit Kaituli vereinigt, dessen Macht dadurch erheblich verstärkt worden ist.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. September 1907.

Flotten-Spaßn und nationales Spähnhgen.

Bekanntlich hat ja Herr Peter Spahn, Zentrumsdiplomats und Oberlandesgerichtspräsident in Kiel, sich kürzlich der Miße unterzogen, den durch die ultramontane Kolonialopposition komponierten Hinder des Zentrums wieder aufzubürsten. Herr Spahn hat ein marokkanisches Velenminis angelegt, dessen sich der entragteste Flottenvereiner nicht zu schämen braucht, was ja von den Flottenvereineren nicht ohne Anflug von Reid zugestanden wurde. Nun erzählt die „Vossische Zeitung“ ein pikantes Geschichtchen, wie Herr Spahn bereits im Juni dieses Jahres die neue übermarinistische Vera des Zentrums eingeleitet verlor.

Als im Juni Mitglieder des Bundesrats und des Reichstages eine Marinereferatmission nach Kiel antraten, nahm auch Herr Spahn als Mitglied der Budgetkommission an dieser marokkanischen Exkursion teil. Aber er benutzte nicht nur die Gelegenheit, sich für seine nun im August vom Stapel gelassene Rede vorzubereiten, sondern er lud auch die in Kiel anwesenden Mitglieder des Bundesrats, die Vertreter des Reichsmarineamts und sämtliche an der Sprigjour beteiligten Reichstagsabgeordneten zu einem Feste ein, das er, das Mitglied einer „niedergerittenen“ Oppositionspartei, zur Feier des Tages und des Wählens Jwedens der Marinereferatmission veranstaltete. Wie die „Vossische Zeitung“ erzählt, nahmen sämtliche Geladenen an dem Feste teil, in dessen Verlauf Herr Spahn auch seinen Sohn, den Strahburger Professor, den Erläuterten vorstellte. Am Tage darauf, bei einer Abschiedsfeier, nahm Herr Spahn Veranlassung zu einer Rede „in den gehobenen Tönen“. Herr Spahn, der noch recht neuhacone Kieler Oberlandesgerichtspräsident, stellte sich in dieser Rede den Versammelten als „Mann von der Waterkant“ vor. Er — Herr Peter Spahn und Wint in Alheingau — gebrauchte mit

Vorläufige Wendungen wie „Wir Schleswig-Holsteiner“, „Wir Söhne der Meer umschlungenen Provinzen“, „Wir Männer aus Holsteinland.“ Mit besonderer Eindringlichkeit und Feierlichkeit plädierte er schließlich in einer Weise für Deutschlands Wehrfähigkeit zur See und für die Stärkung seiner Rüstung, daß er nach dem Zeugnis der „Vossischen Zeitung“ „von keinem Heißhörn des Flottenbereichs übertroffen werden konnte“. Seine schöne Rede schloß Herr Spahn mit einem Hoch auf die Kaiserin, die er als seine „Landmännin“ reklamierte.

Erlasst man, daß der Freisinn diese rednerischen Anstöße der Öffentlichkeit so lange vorenthielt! Es kam das nur aus dem Grunde geschehen sein, um den marinistischen Eifer des Freisinn nicht durch einen so überlegenen Wettbewerb in den Schatten zu stellen! Daß dies der Grund der sonst unbegreiflichen Diktation des Freisinn gewesen ist, geht auch aus den heutigen Glossen der „Vossischen Zeitung“ hervor. Voll sittlicher Empörung fragt das freisinnige Blatt, ob denn die Meldung eines national-liberalen Münchener Blattes wirklich zutrefte, daß Herr v. Tirpitz dem Schalmekrieg des Herrn Spahn gefolgt sei, ihn in die Grundlinien seiner Marinepolitik eingeweiht und hinter den Kulissen die Verhandlung mit dem Zentrum wieder angeknüpft habe. Die „Vossische Zeitung“ will das einstweilen noch nicht glauben, meint aber, daß man „gut tun werde, die Entwicklung der Dinge in der nächsten Zukunft, insbesondere die Geschäftigkeit des Herrn Spahn mit der schuldigen Aufmerksamkeit zu verfolgen“.

Es gibt ja nun freilich nur ein Mittel, das marinistische Liebeswerben des Zentrums zu durchkreuzen: die Ueberbietung der ultramontanen Flottenbetrieblust durch den Freisinn! Und daß der Freisinn tatsächlich der Aufrechterhaltung der konservativ-liberalen Paarung zuliebe das Zentrum auf diesem Gebiete auszusuchen bereit sein wird, dafür liegen ja bereits hinlängliche Beweise vor!

Daß das Spahnchen nicht weit vom Spahne fällt, beweist Herr Professor Martin Spahn dadurch, daß er in zwei präsen-geschwollenen Artikeln im „Tag“ dem Würzburger Katholikentag das ehrende Zeugnis ausstellt, daß er an „Intensität der nationalen Empfindungen“ alle seine Vorgänger geschlagen habe. Er als „Altpreuße“ stehe von Natur der patriotischen Begeisterung der Süd- und Westdeutschen zweifelnd gegenüber; aber die Kundgebungen des „vaterländisch staatlichen Sinnes“ in Würzburg seien „so lebendig und echt, so herzlich und warm“ gewesen, „daß der Teilnehmer davon ergriffen werden mußte“.

Herr Spahn überblättert sich in Marinebegeisterung, das Spahnchen in altpreussischem Nationalismus.

Der arme Freisinn! Er wird es schwer haben, auf die Dauer in marinistischer Gesinnungstätigkeit mit dem Zentrum zu konkurrieren! —

Kein marineoffiziöser Vertrauensbruch!

Der Zwischenträger der „Frankfurter Zeitung“, Herr Stein, wendet einen ganzen (telegraphierten!) Leitartikel auf, um die bloßbange Demokratie dahin zu beschwichtigen, daß Herr Spahn von Herrn Tirpitz keine Informationen über die Pläne der Regierung empfangen habe, sondern daß seine Rede auf bloßen Kombinationen und nichtoffiziösen Arierklatschen beruhe.

Damit wären der Freisinn und der Bloß wieder einmal gerettet. Dem Zentrum sind die offiziellen Speisungsanträge verschlossen; nur die freisinnige „Demokratie“ besuchten sie mit ihrem Schlamme! —

Eisenbahnbürokratie.

Das staatliche Eisenbahnwesen in Preußen hat stets unter dem Bürokratismus gelitten; seit aber Herr Reitenbach auf Herrn v. Budde gefolgt ist, hat sich das Schematisieren, Reglementieren, Disziplinieren, Revidieren und Annullieren noch beträchtlich gehäuft und speziell die Eisenbahntarifreform hat einen derartigen Wust von dauernden, zeitweisen und partiell beschränkten Verfügungen zutage gefördert, daß in dem Gewirr von neuen Bestimmungen mit ihren Duzendern von nachträglichen Ergänzungen und Einengungen kein Mensch mehr klug wird — die Fabrikanten der Verfügungen am allerwenigsten. Dieser Bürokratismus nimmt das preussische Eisenbahnnetz demnach in Anspruch, daß für die Berücksichtigung der Verkehrsbedürfnisse wenig Zeit bleibt. Die Hauptsache ist, daß für alle irgend möglichen Vorfälle im Eisenbahndienst eine schöne Reglementierung gefunden wird und daß ferner möglichst hohe Ueberschüsse herausgewirtschaftet werden. Ein besonders krasses Beispiel dieser Wirtschaft liefert folgende von der „Verl. Morgenztg.“ veröffentlichte Zuschrift:

Seit längeren Jahren müssen unsere Kinder mit der Eisenbahn von Jessen und Elster an der Elbe nach Wittenberg, Begleit Halle an der Saale in die Mittelschule und zum Gymnasium fahren, wenn sie etwas lernen sollen, um später ein nützliches Glied der menschlichen Gesellschaft werden zu können. Im Winterhalbjahr sind nun die Zugverbindungen so schlecht, daß die armen Kinder um 5 Uhr früh zur Bahn müssen; der Zug geht schon um 1/2, respektive 3/4 Uhr von Jessen und Elster ab. Die Kinder müssen dann von 6 Uhr früh bis 8 Uhr vor-mittags warten, und wo? Auf dem Bahnhof in Wittenberg, wo die Räume um diese Zeit sämtlich gereinigt werden. Man kann sich wohl lebhaft die Mühe und den Windzug in solchen Räumen vorstellen, in denen die Kinder von einer Ecke in die andere getrieben werden. Wir Interessenten würden über diese Zustände nicht böse sein, wenn es nur einmal nicht anders ginge. Aber es geht doch. Die Eisenbahnbeamten haben das Recht, ihre Kinder mit dem 6 1/2 Uhr früh abgehenden Güterdurchgangszug zu befördern und zahlen keinen Pfennig für die Fahrt, wo hingegen wir Interessenten für ein Kind jährlich 150 M. Fahrgehalt entrichten. Wir haben schon mehrmals Vorschläge an die königliche Eisenbahndirektion in Halle a. S. gerichtet, sind aber stets abschlägig beschieden worden. Wir meinen doch, daß wir Interessenten, die wir unser schweres Geld für die Fahrt zahlen, doch nichts dafür können, oder vielmehr, daß unsere Kinder nicht dafür können, daß wir keine Eisenbahnbeamten sind. Wir wünschen durchaus nichts Unbilliges. Da doch einmal um 1/2 Uhr früh ein Güterzug geht, mit welchem die Bahnbeamtenkinder fahren dürfen und unsere nicht, so haben wir, wie schon gesagt, mehrmals darum gebeten, diesen Zug als gemischten Zug gehen zu lassen, aber nein. Ich bemerke, daß Jessen und Elster eine Einwohnerzahl von circa 6000 haben, und die Kinderzahl sicher bei besserer Zugverbindung auf 40 bis 50 steigen würde. Wir können aber doch auch nicht dafür, daß wir nicht über Portemonnoies verfügen, die es ermöglichen, unsere Kinder in die teuren Pensionen geben zu können; und doch wünschen wir, daß unsere Kinder etwas Nützliches lernen. Wir sind durchaus keine Reibden der Bahnbeamten gegenüber; aber wir meinen doch und nehmen es an, daß das, was dort möglich ist, auch bei uns möglich sein muß, denn wir sind doch alle preussische Staatsbürger.

Dem Uebel ließe sich leicht dadurch abhelfen, daß in den betreffenden Güterzug ein Personenwagen eingestellt und mit den Kindern der Eisenbahnbeamten auch die der anderen Jessen- und Elsterer Einwohner befördert würden. Jedoch das würde das Schema F nicht; der Zug figuriert nun einmal in den Dienstbestimmungen als Güterzug und folglich darf ein feiner Preis ein Personenwagen mitgeführt werden, denn dadurch würde das ganze mühsam konstruierte Reglement in Unordnung geraten. —

Das „gleiche“ Reichstagswahlrecht.

Daß unser angeblich gleiches Reichstagswahlrecht infolge der seit dem Jahre 1871 unverändert beibehaltenen Wahlkreiseinteilung immer mehr ein total ungleiches wird, ist eine bekannte, von der Arbeiterpresse häufig genug hervorgehobene Tatsache. Fast der gesamte Bevölkerungszuwachs ist seit jener Zeit den Großstädten und industriellen Zentren zugute gekommen, deren größtenteils dem Arbeiterstande angehörende Wähler dadurch ein relativ immer geringeres Stimmrecht erhalten im Vergleich zu den Wählern der ländlichen Kreise, in denen die Bevölkerung stationär geblieben oder gar zurückgegangen ist. Einer in dem kürzlich erschienenen statistischen Handbuch für das Deutsche Reich veröffentlichten Zusammenstellung zufolge gab es im Jahre 1900 noch 86 Wahlkreise, deren Einwohnerzahl unter der bei der ursprünglichen Einteilung vorgesehenen Durchschnittszahl von 100 000 stand, obwohl sich die Gesamtbevölkerung seitdem um rund 59 Proz. vermehrt hatte. Davon hatten die folgenden sogar einen direkten Einwohnerverlust erlitten:

Wahlkreis	1871	1900
Rangard-Regenwalde . . .	102 868	97 724
Labiau-Beblau . . .	98 714	97 413
Heiligenbeil-Pr.-Ehlan . . .	100 968	94 903
Pr.-Holland-Woburg . . .	100 883	98 382
Hersfeld-Rotenburg-Bünfeld	87 908	85 885
Greifenberg-Rammn . . .	80 924	79 668
Hollenberg-Grottsau . . .	84 884	78 617
Franckenstein-Pünsterberg	88 281	77 257
Angerburg-Löben . . .	77 715	75 124
Glogau . . .	74 237	72 622
Gebweiler . . .	64 181	61 844
Rappoldsweller . . .	67 102	61 064

Die kleinsten Wahlkreise waren: Baldeck mit 57 918, Lauenburg mit 51 033 und Schaumburg-Lippe mit 43 132 Einwohnern.

Diesen stehen auf der anderen Seite die Rieswahlkreise gegenüber, an ihrer Spitze Berlin VI mit 696 608, Teltow-Weesford mit 689 444, Bochum mit 568 813, Berlin IV mit 464 583, Hamburg III mit 448 614, Leipzig-Band mit 421 749 und München II mit 421 102 Einwohnern. Ein Schaumburg-Lippescher Wähler hat also unter diesen Umständen ein etwa 16 mal, ein ostpreussischer oder pommerischer Bauer ein 8 bis 10 mal so großes Wahlrecht wie ein Wähler des VI. Berliner Wahlkreises, obgleich man den letzteren doch selbst beim besten Willen keine entsprechend größere politische Intelligenz wird zusprechen können. Tatsächlich läuft die in dieser Richtung immer weiter fortschreitende Entwicklung darauf hinaus, ein ausgesprochenes Pluralwahlrecht zugunsten der agrarischen und zumgunsten der industriellen Bevölkerungsschichten des Deutschen Reiches zu schaffen! —

Noch eine Peter's-Klage.

In den „Hamburgr Nachrichten“ gibt Peter's bekannt, daß er nun auch gegen den Korrespondenten der „Allgemeinen Zeitung“ in Berlin, Herrn v. Bennigsen, Verleumdungsklage eingereicht hat. Demjenigen hatte im März 1900 in der „Allgemeinen Zeitung“ berichtet: Es liege bei dem Peter's-Akten im Archiv des Amt ein Brief von Peter's an den Bischof Woodwood von Manila, der denselben Inhalt habe, wie der gefälschte Tuderbrief; es handle sich bei dem ganzen Tuderbrief-Streit also nur um eine Namensverwechslung.

Peter's bezeichnet diese Angabe als eine Unwahrheit und läßt durchblicken, daß Demjenigen seine Wissenschaft von dem Geheimen Legationsrat a. D. Hellwig habe, der dieselbe Behauptung schon 1903 dem Herrn v. d. Heydt gegenüber aufgestellt habe. In dem Prozeß will Peter's v. d. Heydt darüber vernehmen lassen und dann die erforderlichen Maßregeln gegen Herrn Hellwig ergreifen. Herrn Hellwig wird mittelbar der Vorwurf der Verleumdung gemacht. Peter's schreibt: „Der konnte die Akten ganz genau und wenn er eine solche Behauptung ausspricht, wird er sich kaum mit Jertümmern entschuldigen können.“

Der Prozeß verspricht demnach sehr interessant zu werden. —

Die Revision des Polizei-Strafgesetzbuches

ist in Bayern geplant. Die bayerische Regierung fordert auf diesem Anlaß die einzelnen Behörden auf, Ergänzungen oder Abänderungen des bayerischen Polizei-Strafgesetzbuches anzugeben. Der Stadtmagistrat in Hof i. L. schlägt die Aufhebung der Bestrafung der im Konkubinat Lebenden vor und begründet diesen Wunsch folgendermaßen: Die Bestrafung des Konkubinats stelle sich in seinen Wirkungen dar als ein Strafgesetz, das hauptsächlich die Kinderbemittelten trifft, weil diese einerseits oft nicht sofort in der Lage sind, die bei der Verheiratung fällige Heiratsgebühr zusammenzubringen, andererseits nicht wie die Bemittelten das Gesetz dadurch umgehen können, daß beide Teile eigene Wohnungen haben. Wenn auch nicht verkannt werden soll, daß unter den im Konkubinat Lebenden viele Personen sind, welche die Verheiratung ohne zwingende Gründe hinausschieben, so muß doch auf Grund der ersteren Erwägung die Abschaffung dieser Strafbestimmung verlangt werden, zumal Verdächtige gegen die Sittlichkeit auch schon durch das Reichsstrafgesetzbuch geahndet werden.

Als ein Ausnahmefall erklärt ferner der Stadtmagistrat von Hof die Bestrafung des Kontraktbruchs der Diensthoten und landwirtschaftlichen Arbeiter. Dieses Gesetz widerspreche der im modernen Rechtsleben immer mehr zur Geltung kommenden Anschauung, daß der Vertragsbruch nur zivilrechtliche Folgen haben soll. Unter allen Umständen aber hätte die polizeiliche Zurückführung in das Dienstverhältnis in Wegfall zu kommen; denn sie erscheint nicht nur entwürdigend, sondern in den meisten Fällen auch zwecklos.

Die Bestrafung des „Feierns des blauen Montags“ ist auch ein speziell bayerisches Gesetz. Der Arbeiter, der am Montag „während der üblichen Arbeitszeit zecht“, also „blau“ macht, wird nach Artikel 155 des bayerischen Polizei-Strafgesetzbuches bestraft, während das Feiern des „blauen“ Dienstag oder Mittwoch usw. nicht bestraft wird. Dieses Gesetz ist also nicht nur nicht zeitgemäß, sondern auch ein Unfuss. Der Stadtmagistrat Hof fordert deshalb auch die Abschaffung dieses Gesetzes.

§ 175 und Zurechnungsfähigkeit.

Vor dem Kriegsgericht der ersten Gardedivision hatte sich gestern der Leutnant Freiberger von Patow vom dritten Bataillon des Garde-Pfüllierregiments wegen Fahnenflucht und Mißbrauchs der Dienstgewalt gegen seine Untergebenen zu verantworten. Dem Angeklagten wird die schwere Mißhandlung vorgeworfen, sich an Soldaten in unsittlicher Weise vergangen zu haben. Wie wir erfahren, liegen die Straftaten, die dem Offizier vorgeworfen werden, schon längere Zeit zurück. Leutnant v. F. hatte die Oberaufsicht über die Stallwache, in dem die Offizierpferde untergebracht sind. Es wurden bald unter den Mannschaften Gerüchte in Umlauf gesetzt, daß sich der Angeklagte im Stalle gegen die Wachtposten verging. Eines Tages wurden von einem Pfüllier entsprechende Beobachtungen gemacht, worauf eine Anzeige erfolgte. Leutnant v. F. zog es nun vor zu fliehen. Er wurde jahreslang und durch das Gericht der I. Gardedivision wurde ein Steckbrief hinter ihm erlassen. Er stellte sich dann selbst der Behörde und wurde in Untersuchungshaft genommen. Wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt gegen Untergebene und wegen Fahnen-

flucht wurde ein Untersuchungsverfahren gegen ihn eingeleitet. Gestern fand vor dem Kriegsgericht die Hauptverhandlung statt. Auf Antrag des Vertreters der Anklage wurde die Öffentlichkeit während der ganzen Dauer der Verhandlung ausgeschlossen und zwar wegen Gefährdung militärischer Interessen und der Disziplin. Das Gericht kam jedoch nicht zu einem Urteilspruch. Nach längerer Beweisaufnahme verhandelte der Verhandlungsführer vor der wiederhergestellten Öffentlichkeit den Gerichtsbeschluss, wonach der Angeklagte daraufhin untersucht werden soll, ob er sich bei Begehung der Straftaten in einem Zustande krankhafter Störungen befunden hat bezw. ob er für seine Handlungen verantwortlich zu machen ist. Unter Hinzuziehung hervorragender ärztlicher Sachverständiger werden über den Angeklagten Gutachten eingeholt werden. Von dem Ausfall dieser Gutachten wird es abhängen, ob der Angeklagte für seine Straftaten zu Rechenhaftigkeit gezogen werden kann. —

Schweiz.

Die Glaubens- und Gewissensfreiheit beim Militär.

Zürich, 2. September. (Eig. Ber.)

Für eine Petition an den schweizerischen Bundesrat werden gegenwärtig Unterschriften gesammelt: Der Bundesrat wird aufgefordert, dem Artikel der Bundesverfassung über Glaubens- und Gewissensfreiheit auch beim Militär Geltung zu verschaffen und so zu verhindern, daß auf die Soldaten irgendwelcher Zwang ausgeübt werde. Die Petition lautet:

Unter Berufung auf Art. 49 Abs. 2 der eidgenössischen Bundesverfassung, welcher lautet: „Niemand darf zur Teilnahme an einer Religionsgenossenschaft oder an einem anderen religiösen Unterricht oder zur Vornahme einer religiösen Handlung gezwungen oder wegen Glaubenssachen mit Strafen irgendwelcher Art belegt werden.“

und in Erwägung, daß die Konfignierung der nicht an einem Gottesdienst teilnehmenden Soldaten den Zwang zu einer religiösen Handlung und einer Strafe wegen Glaubensansicht gleichstellen ist,

haben die Unterzeichneten die Ehre, Sie aufzufordern, die nötigen Maßregeln zu treffen, damit der Art. 49 unserer Bundesverfassung befolgt werde und der Soldat während der Zeit des Gottesdienstes völlige Freiheit genieße.“

Es kommt heute vor, daß über Soldaten, die sich weigern, dem Offizierskommando zum Kirchenbesuche Folge zu leisten, Konfignierung oder Straferzergieren verhängt und so in der Tat die verfassungsmäßig gewährleistete Glaubens- und Gewissensfreiheit für der Schweizerbürger im Besonderen völlig illusorisch gemacht wird. —

Finland.

Helsingfors, 2. September. Der Landtag ist heute wieder eröffnet worden. —

Die russische Revolution.

Zum Pogrom in Odessa.

Odessa, 3. September. Die Panik in der Stadt dauert fort. Die Mitglieder des Verbandes des russischen Volkes sehen ihre Gewalttaten fort, es werden noch immer Personen geißelt und verwundet. Die Patronen bleiben unfähig. Die Läden, besonders in der Unterstadt, sind geschlossen.

In den Kreisen der wahrhaft russischen Leute wird das Treiben der „Verbandeten“ in Odessa als ein „Präludium“ zu den bevorstehenden Reichsdumawahlen bezeichnet, da sich die jüdischen Wähler bereits vielfach geweigert haben, der vom „Verband wahrhaft russischer Leute“ gestellten Forderung Folge zu leisten, keine Reichsdumakandidaten jüdischen Glaubens aufzustellen.

Ist dem „Verband wahrhaft russischer Leute“ bei der Ausbildung seines „patriotischen“ Werkes schon früher die tatkräftigste Unterstützung seitens der russischen Verwaltungsbehörde zuteil geworden, so haben die „wahrhaft russischen Leute“ seit der Bekanntmachung der Depesche an Dr. Dubrovkin, den ersten Präsidenten ihres Verbandes, insofern noch mehr gewonnen, als ihnen jetzt, zumal kurz vor dem eigentlichen Beginn der Wahlkampagne zur dritten Reichsduma, gewissermaßen die Nordkonzeption eingeräumt worden ist, um Blut-taten nach Herzenslust auszuführen. Nur so war es den „wahrhaft russischen Leuten“ möglich, am letzten Sonntag den Pogrom von Odessa zu organisieren, obwohl die erbarmungslos verfolgten Juden sich nichts haben zuschulden kommen lassen, da der Tod des Offiziers und der drei Schulkolde lediglich durch deren Unvorsichtigkeit bei der Entladung einer Bombe herbeigeführt worden ist.

Wieweit die behördlichen Konzeptionen an die wahrhaft russischen Leute gehen, beweist die Nummer der „Wjeschtsje stolnago goroda Kiwka“ vom 25. August, in der sich auf der ersten Seite mit großen Buchstaben der „Befehl Nr. 10“ befindet und wo in drei schwarzumrandeten Rechtecken Namen solcher Personen aufgeführt sind, die in Kiwka, Odessa und Petersburg unschuldig gemacht werden sollen! Unter den letzteren befinden sich Witschow, Jessen, Winawez, Kusler und Gurland. Diese Nummer ist natürlich nicht beschlagnahmt worden; im Gegenteil: sie findet dank der behördlichen Unterstützung die weiteste Verbreitung.

Aus der Partei.

Zum Essener Parteitag.

In einer Parteiversammlung des fünften sächsischen Reichstagswahlkreises (Dresden-Nischni) wurde nach längerer und lebhafter Debatte eine Resolution des Genossen Niem gegen eine Annahme angenommen, die sich gegen die Lokalorganisierten und Sonderbündler in der Gewerkschaftsbewegung richtete. Sie lautet:

„Die Parteigenossen des 5. sächsischen Reichstagswahlkreises (Dresden-N.) sprechen die Erwartung aus, daß der Parteitag in Essen energig Stellung nimmt gegen das die gesamte Arbeiterbewegung schwer schädigende Treiben der Lokalorganisierten und anderer Gewerkschaftszersplitterer, soweit diese Mitglieder der Partei sind. Der Parteitag möge ausdrücken, daß angesichts der fortwährend zunehmenden Konzentration des Kapitals und des brutalen Vorgehens des isolierten Unternehmertums gegen die Organisationen der Arbeiter solche Gewerkschaftszersplitterungen eine schwere Schädigung der Arbeiterbewegung bedeuten und geeignet ist, die Einheit in den Reihen der Arbeiter zu tragen.“

Die Parteigenossen haben die Pflicht, soweit sie in einem Arbeitsverhältnis stehen, Mitglied der von der Generalkommission anerkannten gewerkschaftlichen Zentralverbände zu sein.“

Ebenso wurde ein Amendement einstimmig angenommen, das besagt:

„Die Genossen, die sich den Beschlüssen des Parteitages zur Frage Partei und Gewerkschaft nicht unterwerfen, haben sich selbst außerhalb der Partei gestellt.“

Ein Vertreter der in Dresden neugegründeten Filiale des sächsischen Metallarbeiterverbandes bekämpfte die Resolution, von einigen Debattierern und auch vom Antragsteller wurde darauf hingewiesen, daß die Beschlüsse früherer Parteitages (Lübeck, Mannheim) in die Tat umgesetzt werden müßten. Das werde am ehesten die Sondergewerkschaftler zur Besinnung bringen.

Als Delegierte zum Parteitag wurden die Genossen Niem und Dr. Gradnauer, als Ersatzmann Genosse Weinkamp, Bevollmächtigter des Metallarbeiterverbandes, gewählt.

Der Wahlkreis Heidemünde-Heidemünde-Walk hielt in Jahnitz seine Generalversammlung ab. Der Mitgliederbestand weist 771 Genossen auf. Gewerkschaftlich organisiert sind im Kreise 1791: unter

diesen soll in Zukunft mehr agiliert werden. Beschlossen wurde mit einem anderen vierteljährlichen Extrabeitrag von 10 Pf. zu arbeiten für Delegationen usw. Als Delegierter für den Essener Parteitag wurde Genosse Steinführer gewählt.

Genosse v. Elm hat folgenden Antrag an die Parteileitung des 2. Hamburger Wahlkreises gestellt:

Als Mitglied des 2. Hamburger Wahlkreises beantrage ich die Einsetzung eines unparteiischen Schiedsgerichts zu dem Zweck, festzustellen, ob die Aufschuldigungen der Lagerhalter, der Genossen Scharnberg, Ehlers, Zellkamp, Heibrich und eventuell auch Findorf, falls derselbe auf von mir in meinen Reden auf dem Düsseldorf Genossenschaftstages begangenen „Prinzipienverrat“ berechtigt sind oder nicht. Die Aufschuldigungen der Lagerhalter sind von der gegnerischen Presse des 6. schließlichen Wahlkreises, in welchem ich als Kandidat für die nächste Reichstagswahl aufgestellt bin, übernommen worden und werden zweifellos von dem Reichslagerverband nicht nur gegen mich, sondern auch gegen die Gesamtpartei in ihren Flugblättern veröffentlicht werden. Habe ich „Prinzipienverrat“ begangen, kann ich selbstverständlich nicht Kandidat der Partei bei Wahlen sein, möchte im Gegenteil aus der Partei ausgeschlossen werden. Stellt sich dagegen heraus, daß die betreffenden Genossen bewußt die Unwahrheit gesagt haben und weigern sich diese, dies öffentlich zu bekennen, so ist dies zweifellos eine parteischädigende, ehrlose Handlung und müßten die betreffenden Genossen aus der Partei ausgeschlossen werden. Im Interesse der Partei sehe ich mich zur Stellung meines Antrags gezwungen und bitte die Vorstände der Partei in Hamburg, meinem Antrage zuzustimmen und das Weitere veranlassen zu wollen.

42 Arbeitersekretäre gibt es zurzeit in der Schweiz, wovon 5 auf das Schweizerische Arbeitersekretariat in Zürich entfallen, 8 auf die Züricher Arbeiterunion und je 1 auf Winterthur, St. Gallen, Schaffhausen, Aarau, Basel, Bern, Luzern, Genéve und Sion; 25 Sekretäre stehen im Dienste der Gewerkschaften, und zwar entfallen 7 auf den Metallarbeiterverband, je 2 auf die Verbände der Lebens- und Genussmittel, sowie Holzarbeiter und der Schneider, je 1 auf die Verbände der Zimmerer, Maler, Steinarbeiter, Buchdrucker, Uhrenarbeiter, Schalenmacher und 6 im Dienste der verschiedenen Gewerkschaften. Dazu kommen noch die beiden Sekretäre der schweizerischen sozialdemokratischen Partei und der deutschen Sozialisten in der Schweiz, ferner der internationale Buchdruckersekretär in Bern, total 45 Arbeiterbeamte.

Gewerkschaftliches.

Die Hungerpeitsche.

Der Verband deutscher Steinmetzgeschäfte versendet folgendes Zirkular:

Berlin, Dinstag, 15. den 28. August 1907.

Hierdurch zur Nachricht, daß die auf beiliegendem Verzeichnis näher bezeichneten Marmorarbeiter der unserem Verbands angehörenden Firma Deutsche Steinindustrie L. G., Berlin, in den Ausstand getreten sind, weil die Firma an einem Sonntag zwei Arbeiter an einem Bau mit einer kleinen wenig umfangreichen Arbeit beschäftigt hat, die sich Sonntags nur ausführen ließ, da der Raum in der Woche anderweitig in Anspruch genommen war. Wir ersuchen unsere Mitglieder, die Ausständigen sayungsgemäß bis auf weiteres von der Einstellung auszuschließen und bitten die nicht unserem Verbands angehörenden Geschäfte um ihre Unterstützung.

Gleichzeitig geben wir bekannt, daß der Streik der Marmorarbeiter in Düsseldorf ununterbrochen fort dauert. Alle von dort kommenden Marmorarbeiter bitten wir von der Einstellung auszuschließen, etwa seit Ende Juni eingestellte Marmorarbeiter aus Düsseldorf aber wieder zu entlassen.

Hochachtungsvoll

Das Geschäftsamt
des Verbandes deutscher Steinmetzgeschäfte.

Dem Anschriften liegt eine „schwarze Liste“ bei, welche die Namen von 45 Steinmetzen, 6 Hoblern, 12 Handschleifern und 6 Maschinenschleifern enthält.

Wie heißt jenes bekannte Wort? — „Schwerste Strafe dem, der seinen Mitmenschen an freiwilliger Arbeit hindert! — Und das andere Wort? — „Die Religion muß dem Volke erhalten bleiben!“ Daran auf's Pfloster mit denen, die nicht im Interesse des Kapitalismus willig den Sabbat schänden!

Berlin und Umgegend.

Achtung, Bauknepper! Die Zustände auf dem Bau Tegel (Wasenplatz) bei Ausführung der Dacharbeit sind beispiellos miserabel. Die Firma Winkler, Christinenstraße, führt daselbst die Klempnerarbeit aus. Da für den Schutz der Arbeiter in keiner Weise gesorgt ist, sei jeder Klempner davor gewarnt, die Arbeit ohne Nützung auszuführen.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Achtung, Schuhmacher! In der Schuhfabrik von F. Schach, Gollnowstr. 12, sind Differenzen ausgebrochen.

Die Ortsverwaltung.

Achtung, Sattler, Tischler, Portefeulien!

Die Firma Ludwig u. Casparius hat den für die Galanterie- und Wästelbranche abgeschlossenen Tarifvertrag unter schriftlich anerkannt. Die Sperre über den Betrieb ist demzufolge aufgehoben.

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Sattler.

Glasschleifer! Bei der Firma Horst Heimann in Dresden-Lößlau, Gröbelsstraße, sind Lohn Differenzen ausgebrochen. Zugut ist streng fernzuhalten. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Nachdruck gebeten.

Deutsches Reich.

Der Konfessionsstreit in Stettin ist beendet. Zwischen dem Vorstand des Verbandes der Stettiner Konfessionäre und der Lokalkommission der Arbeiter fanden am Freitag und Sonnabend Besprechungen statt, die den Frieden herbeiführen sollten. Angeregt wurden diese Besprechungen von einem Teil der Mitglieder der Unternehmerorganisation. Bei diesen Besprechungen wurde von den Unternehmern erklärt, daß sie laut statutarischer Bestimmung nicht in offizielle Unterhandlungen mit den Arbeitern einzutreten dürften, so lange der Streik dauert. Die Arbeitervertreter betonten demgegenüber, daß sie nicht gewillt seien, ohne verbindende Erklärungen die Aufhebung des Streiks zu empfehlen. Darauf verständigten sich die Vertreter beider Parteien dahin, daß die Arbeitgeber sich verpflichten, über alle die Punkte des Tarifnachts in entgegenkommender Weise mit der Lokalkommission zu verhandeln, wodurch die seit herigen Schiedungen der Unternehmer unmöglich werden. Alle neuen Extrarbeiten sollen bezahlt werden. Die Aussperrung ist aufgehoben in dem Moment, wo die Arbeiter den Streik beendet erklären. Die Arbeitsaufnahme braucht nicht in vollem Umfange zu geschehen, sondern es bleibt der Organisation der Arbeiter überlassen, zu beschließen, wieviel Stühle der einzelne Arbeiter mitnehmen und ob er daran arbeiten soll oder nicht. Die offiziellen Unterhandlungen beginnen sofort. Werden dieselben nicht beschleunigt, so wird der Streik erneut proklamiert. Mit diesen Bedingungen erklärte sich die Generalversammlung der Unternehmer am Sonnabend einverstanden. Für die Arbeiter war unter vorliegenden Umständen die Arbeitsaufnahme eine reine Formsache. Um den Kampf nicht unnötig zu verlängern, nahmen deshalb auch die Streikenden am Montag obige Vereinbarung an mit der Bestimmung, daß der einzelne Arbeiter sich nicht mehr als zwei Stühle holt. Die Konfessionsarbeiter haben den Unternehmern

bewiesen, daß sie eine Macht sind, die sich ihr Mitbestimmungsrecht nicht freiwillig machen läßt. Die Beschlußfassung über Aufhebung des Streiks ließ keinen Zweifel, daß, wenn die Arbeitgeber den Wünschen der Arbeiter nicht entgegenkommen — die geholte Arbeit nach 2—3 Tagen wieder genau so abgeliefert wird.

Der Streik des Hamburger Schlepplampferpersonals ist durch Vergleich beendet. Nachdem im Laufe des Montagmorgens Verhandlungen mit dem Hafenbetriebsverein stattgefunden hatten, die nur in wenigen Punkten Zugeständnisse zeitigten, ist der Streik aufgehoben worden. Die Schiffsleute dürften wohl die Lehre aus diesem Kampfe gezogen haben, daß ein fester Zusammenschluß erfolgen muß. Die jetzige Vereinigungsleiter, die den Unternehmern nicht imponiert, wird auch in Kürze aufgegeben werden, indem Kommissionen eingesetzt worden sind, die das Einigungsverbot betreiben sollen. Wie uns mitgeteilt wird, gedenken die Schiffer und Deckleute als eine Sektion dem Hafenarbeiterverbande beizutreten, während die verschiedenen Klubs der Maschinisten und Heizer zum Maschinisten- und Heizerverbande überzutreten wollen. Das war die Stimmung, die eine vor kurzem stattgehabte Versammlung der Streikenden befeuerte.

Am Streik der Hamburg-Altonaer Elektriker. Die Situation hat sich in den letzten Tagen wenig verändert. Die Zahl der Ausständigen beträgt etwa 400, während in 85 geregelter Betriebe 128 Monteure und Hilfsmonteure arbeiten.

Ausland.

Aus einem wilden Lande.

Im April dieses Jahres streikten die Handwerker in einer chemischen Fabrik in Basel, unter denen sich auch Metallarbeiter befanden. Bei Ausbruch des Streiks unterzeichneten sie einen Verpflichtungsschein, nach dem jeder von ihnen im Falle des Streikbruchs 100 Frank Konventionalstrafe und den Betrag der erhaltenen Unterstützung an den Schweizer Metallarbeiterverband zurückzahlen hätten. Es wurden in der Tat mehrere zu Streikbrechern und das Basler Gericht hat nun 4 derselben zur Zahlung von je 108 Frank, 121 Frank, 110 Frank und 115 Frank an den genannten Verband verurteilt, ferner haben sie die Prozesskosten zu bezahlen. Das Streikbrechervergnügen wird so etwas kostspielig.

Achtung, Leistenvergolder! Bei der Firma Fischer u. Co. in Budapest (Ungarn) stehen die Kollegen im Streik. Zugut nach Budapest ist darum streng fernzuhalten.

Die Zentralkommission der Vergolder.

Die Bauhilfsler von Kopenhagen nahmen in einer gestern Mittag abgehaltenen Versammlung einstimmig einen Vermittlungsvorschlag an, der schon früher vom Arbeitgeberverein für unannehmbar erklärt worden ist. Damit ist die vom Arbeitgeberverein angekündigte Generalaussperrung in sämtlichen diesem Verein angehörigen Betrieben wahrscheinlich geworden.

Der Kampf der Antwerpener Dockarbeiter.

Antwerpen, 2. September. (Fig. Ver.)

Die Unternehmer ernten nun, was sie gesät haben... Man kann sagen, daß sie systematisch die Sache auf die Spitze getrieben haben. „Wir unterhandeln nicht“, war ihre Losung. Glaubten sie nun etwa, man könne 15 000 Arbeiter, die sich bis jetzt für die Herren schinden durften, platt an die Wand drücken? Ruhe, Besonnenheit, Vernunft — haben die Streikenden nicht all das in diesen Wochen bewiesen? Aber die Herren haben freventlich Bündstoff um Bündstoff gehäuft — darf sich jemand wundern, wenn die Arbeiter, die wochenlang auf eine friedliche Lösung gehofft, an die Einsicht appelliert haben, nun nicht länger die fremden gegen sie zu Hilfe gerufenen ehelosen Elemente arbeiten lassen wollen? Noch einmal: Die Unternehmer haben systematisch auf diese Situation hingearbeitet. Man hat ja schon vor mehr als einer Woche die Bürgergarde in Bereitschaft gehalten... Nun ist den Herren die Polizei bereits zu wenig, und sie führen Klage über zu geringen Schutz. Kostbar ist ihre Unverschämtheit, den Bürgermeister zur Verantwortung zu ziehen, weil die Arbeiter sammeln. Dadurch macht sich die Bevölkerung zum „Mitschuldigen“, erklärte Herr Steinmann! Die Unternehmer dachten sich das Aushungern von 15 000 Menschen doch zu bequem...

Es ist selbstverständlich das Interesse der Arbeiter, daß die Ruhe nicht gestört wird, und das Streikkomitee will durchaus keine andere Taktik, wie sich aus allen seinen Kundgebungen ergibt. Wenn die Erbitterung da und dort nicht mehr zu zügeln ist, wenn die Streikenden ihr Recht auf Arbeit verteidigen, trägt die Schuld allein die Taktik der Unternehmer, die tausende Taugenichtse ins Land schleppen, um ehrlichen Arbeitern das Brot zu nehmen. In einem Manifest hat das Streikkomitee heute sämtliche Hafenarbeiter unterschiedslos aufgefordert, die Arbeit einzustellen, nachdem die Unternehmer mit der Zufuhr deutscher und englischer Streikbrecher fortfahren und die Situation immer ernstlicher wird. Das Komitee fordert den Kampf bis zum äußersten, der nun das Zusammenschließen aller erfordert.

Was jetzt war vom Komitee aus immer noch bloß die Fortführung der Streiks der Holz- und Getreideverlader allein als Forderung aufgestellt. Nach diesem Aufruf ist es aber begreiflich, daß da alle Einheimischen zur Arbeitseinstellung verpflichtet werden, die Streikenden auch die Fremden nicht arbeiten lassen wollen, und heute ist es ihnen gelungen, die Arbeit im Hafen so gut wie brach zu legen. 15 Präfektur, die man zur Arbeit verwenden wollte, gelangten nicht einmal zur Arbeitsstätte und erklärten, zurückzukehren. Auch die Engländer begehren Heimzukehren. Heute arbeiten auch die Arbeiter der „Nations“ nicht mehr, ebenso die bei den letzteren beschäftigten Frauen. Bei einzelnen Schiffen kam es zu Gewalttaten, und in der Erbitterung wurden Werkzeuge vernichtet, Räder zertrümmert und Säcke heruntergeschleudert. Die Padträger, die bisher arbeiteten, wurden gleichfalls von den Schiffen gejagt. — Statt die immer ernstlicher werdende Situation durch einen Friedensbeschluß zu beenden, rufen die Unternehmer nach der Polizei, nach dem Staatsanwalt, nach Schutz der Arbeit. Aber die Arbeit ist nur von den Unternehmern bedroht, die mit ihrer Aushungerungstaktik die einheimischen Arbeiter am arbeiten hindern.

Nachtrag. Der Vorstand der Unternehmervereinigung sprach im Rathaus vor, um vom Bürgermeister erhöhten Schutz, d. h. militärische Assistenten zu fordern; doch war der Bürgermeister zur großen Verstimung der Herren, die sich schon früher melden ließen, nicht anwesend, und sie wurden nur vom Sekretär empfangen. Dieses Nichtempfangenwerden der Herren wird vielfach kommentiert, um so mehr, als vorher der Bürgermeister anderen Abordnungen erklärt hatte, vorläufig nicht einschreiten zu können.

Eine Firma hat sich an den Minister gewendet, damit dieser interveniere.

Inzwischen ist es in Antwerpen zu erheblichen Unruhen gekommen. Wir geben darüber bis zum Eintreffen der Mitteilungen unseres Antwerpener Korrespondenten mit Vorbehalt die Nachrichten des von Unternehmernseite informierten Wolffschen Bureau wieder.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Antwerpen, 2. September. Das Vorgehen gegen die Arbeitswilligen und die Angriffe mit Revolvern gegen die englischen Arbeiter, die sich zur Arbeit begeben oder zurückkommen, mehren sich. Die Polizeibeamten, welche die Engländer geleiteten, wiesen die Angreifer durch Revolvergeschüsse zurück und veranlaßten sie zur Flucht.

Antwerpen, 3. September. Ungefähr 200 ausländische Hafenarbeiter, die in der Nacht hier eingetroffen waren, wurden beim Verlassen des Bahnhofes von der Menge angegriffen, die Polizei mußte, um die Arbeiter zu schützen, von der Waffe Gebrauch machen.

Antwerpen, 3. September. Die Erregung nimmt zu. Die Polizeimannschaften sind der Menge gegenüber machtlos und sind genötigt, wiederholt von der Waffe Gebrauch zu machen. Es ist beabsichtigt, unverzüglich die Bürgergarde einzuberufen.

Eingegangene Druckschriften.

„März“, Heft 17, Halbmonatsschrift für deutsche Kultur. Herausgeber: L. Thoma, D. Heff, A. Langen, R. Gram. Preis 1,20 M. Verlag von Albert Langen in München.

Die Kartoftelektroden von Dr. W. Behrend. 1,50 M. Geschäftsstelle des Vereins Deutscher Kartoftelektroden, Berlin N. 65.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Rechtlosigkeit der Frau.

Die Trepptower Parteigenossen hatten zu gestern Abend eine Versammlung einberufen, in der die Berichterstattung vom Internationalen Kongress in Stuttgart gegeben werden sollte. Unter den zahlreich erschienenen Genossen befand sich auch eine Anzahl Frauen, die in dem für dieselben geschaffenen „Segment“ Platz nahmen. Der überwachende Beamte hielt offenbar die anwesenden Frauen für nicht berechtigt, der Versammlung beizuwohnen und löste dieselbe kurzerhand auf. Die eingelegte Beschwerde wird ihn hoffentlich eines Besseren belehren. Den proletarischen Frauen werden derartige Rechtslosmachungen ein Ansporn sein, mit aller Kraft einzutreten für ein freies, vom Willen untergeordneter Polizeiorgane unabhängiges Vereins- und Versammlungsrecht.

Das Recht der Kritik.

Essen, 3. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Bergmann Hermann Linke hatte in einer sozialdemokratischen Versammlung ein Urteil kritisiert, durch das ein Polizeibeamter freigesprochen wurde, der einen Arbeiter erschossen hatte. Der Erfolg der Kritik war zunächst die Verurteilung zu 50 M. Geldstrafe wegen Beleidigung des Gerichts. Das Reichsgericht hob jedoch das Urteil auf und sprach Linke frei.

Des Amtes enthoben.

Welskirchen, 3. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Mandant Bok von der Städtischen Sparkasse wurde seines Amtes plötzlich enthoben. Wie verlautet, handelt es sich bei dieser Maßnahme um Manipulationen, die der Mandant in seiner früheren Wirkungsstätte Neckendorf vorgenommen haben soll.

Nicht Menschen ertrunken.

Reuß, 3. September. (B. Z. V.) Heute nachmittag 4 Uhr kam an der Erftmündung bei Grimlinghausen ein kleiner Schlepplampfer zum Sinken. Der Dampfer sank so schnell, daß 8 Personen, nämlich die Frau des Kapitäns, der Maschinist und sechs Kinder den Tod in den Wellen fanden.

Dem Tode entronnen.

Dosum, 3. September. (B. Z. V.) Auf der Fische Damm wurden in vergangener Nacht im Schacht 2 durch die zu Brüche gehende Strecke 3 Bergleute abgesperrt. Bei den Rettungsarbeiten gelang es, ein Rohr durch den Bruch zu treiben, wodurch die Verhängung mit den Verschütteten hergesteuert wurde. Heute nachmittag gelang die Rettung der Verschütteten, die sämtlich unverletzt waren.

Eine Liebesheirat.

London, 3. September. (B. Z. V.) Wie hier verlautet, wird der Großfürst Michael von Rußland, der Bruder des Zaren, sich demnächst mit der Prinzessin Viktoria, der Tochter des Königs von England, verloben. Der Großfürst ist 29 Jahre alt, die Prinzessin ist zehn Jahre älter.

Der englische Gewerkschaftskongress.

Bath, 3. September. (B. Z. V.) Der Trades-Union-Kongress wurde heute durch den Präsidenten, Parlamentsmitglied Gill, mit einer Ansprache eröffnet, in der dieser auf das ständige Anwachsen der Trades-Union-Bewegung seit Eröffnung des ersten Kongresses vor 40 Jahren hinwies. Der jetzige Kongress zählte, wie Redner ausführte, 521 Delegierte, die 1 700 000 Mitglieder vertraten, unter ihnen 34 Parlamentsmitglieder. Gill prieg die Nacht des Verbandes und wies auf den Wert des Zusammenarbeitens der Arbeiterpartei angehörenden Parlamentsmitglieder hin, durch das bereits in der letzten Session des Parlaments eine Anzahl wertvoller Gesetze zustande gekommen seien. Die erste Aufgabe der Regierung müsse es sein, allgemeine Alterspensionen ohne Beitragsleistung im Mindestbetrage von fünf Schilling monatlich für Arbeiter, die das 60. Lebensjahr überschritten haben, einzuführen, und der Finanzminister müsse das Geld dazu schaffen. Nach der Eröffnungsbrede gab es eine scharfe Debatte über das Arbeitslosenproblem, bei der Burns die Verwaltungsbehörden und das Gesetz, das die Arbeitslosigkeit behandelt, scharf kritisierte.

Internationaler Schuß den Ausdeutern.

Antwerpen, 3. September. (B. Z. V.) Der Bürgermeister unternahm heute eine Rundfahrt durch den Hafen, um sich von der Lage persönlich Rechenschaft abzulegen. Er weigerte sich trotz der heftigen Vorwürfe, die Bürgerwehr einzuberufen. Diese seine Haltung hat unter den Hafenbehörden großen Mißmut hervorgerufen. Es heißt, daß gegebenenfalls die auswärtigen Reeder sich an ihre Regierungen wenden werden, um diese zu ersuchen, die belgischen Behörden zu bestimmen, ihnen besseren Schutz angedeihen zu lassen. Der Führer des Hafenbundes Steinmann erklärte: „Wir werden bis zum Ende kämpfen, es handelt sich um das Wohl des Hafens.“

Den Henkern überliefert.

Petersburg, 3. September. (B. Z. V.) Nikitenko, Sinjanski alias Purkin und Raunow, die am 20. August zum Tode durch den Strang verurteilt worden waren, weil das Militärgericht sie für schuldig befunden hatte, ein Attentat auf das Leben des Kaisers vorbereitet zu haben, sind heute hingerichtet worden.

Die „gelbe Kolonialgefahr“!

New York, 3. September. (B. Z. V.) Angebliche japanische Forschungsreisende hielten die japanische Flagge auf der Proteus-Insel in der Nähe der Philippinen.

Gerüden.

New York, 3. September. (B. Z. V.) Der Seismograph in Washington registrierte ein schweres Erdbeben in einer Entfernung von 9000 Kilometern.

Eine Partei- und Preßfrage.

Zur Frage des Preßbureaus hat die „Leipziger Volkszeitung“ zwei weitere Artikel veröffentlicht, denen wir das Folgende entnehmen:

„Nach unseren gestrigen Ausführungen brauchen wir nicht zu sagen, daß die weit überwiegende Mehrzahl der Nachrichten, mit deren Verbreitung die kapitalistische Presse einherprunkt, von vornherein von der Uebermittlung durch das geplante Nachrichtenbureau der Partei ausgeschlossen ist, also aller diplomatische, aller böfische, aller parlamentarische Klatsch. Prinzipiell wird darüber vollkommene Uebereinstimmung in der Partei herrschen, praktisch wird die Sache aber doch ihren Haken haben. Werden die Aufgaben des Nachrichtenbureaus nicht viel genauer spezifiziert, als in dem Entwurfe des Parteivorstandes geschehen ist, so werden seine Vertreter ihren Eifer und Fleiß zu betätigen und Nachrichten zu erlangen“ suchen, wo sie irgend können, wobei es nicht ausbleiben kann, daß ihr ehrliches Bemühen in ein arges Gedränge mit der notwendigen Kritik gerät.

Wenn wir sagen, daß die große Mehrzahl der Nachrichten, die von der kapitalistischen Presse kolportiert werden, für unsere Parteipresse nicht nur völlig gleichgültig ist, sondern sogar von ihr verschmäht werden muß, so ist von der Mehrzahl wirklich wichtiger Nachrichten wiederum die Mehrzahl längst durch die bürgerlichen Telegraphenbureaus verbreitet, ehe unser Nachrichtenbureau überhaupt in die Lage käme, an die Uebermittlung solcher Nachrichten zu gehen.

Wir wissen nicht, ob irgendwo in der Partei die Ansicht besteht, daß die neue Einrichtung etwa die großen Telegraphenbureaus Wolff, Girsch oder wie sie sonst noch heißen, aus der Parteipresse verdrängen solle. Jedenfalls wäre diese Ansicht eine heillose Illusion, wenn sie irgendwo bestände. Schon aus finanziellen Gründen ist gar nicht daran zu denken, namentlich aber auch deshalb nicht, weil das größte jener Bureaus, das im offiziellen Dienste der Regierung steht, den Vorzug genießt, mit seinen telegraphischen Meldungen allen übrigen Depeschen vorzugehen. Sicherlich hat es seine große Wichtigkeit, daß diese Bureaus auch von unserer Presse benutzt werden müssen, und mehr als ein Parteiblatt sollte die Verringerung seines Nachrichtenendienstes damit beginnen, daß es den Wolffschen Depeschen die nötige Kritik entgegenbringt. Es ist manchmal erlaubt, zu sehen, wie Parteiblätter Depeschen veröffentlichen, denen die offiziös-reaktionäre Wache mit plumpsten Leitern an die Stirn geschrieben steht, ohne ein Wort des Kommentars hinzuzufügen. Jedoch ganz entbehren kann auch die Parteipresse die kapitalistischen Telegraphenbureaus nicht, inwiefern wir einstweilen noch in der kapitalistischen Gesellschaft leben, deren Einrichtungen wir als Handhaben des proletarischen Emanzipationskampfes benutzen, sie eben deshalb aber auch brauchen.

Wachen wir uns auch hier durch ein Beispiel klar. Jemandem in der Parteipresse ertönte vor einiger Zeit ein Schmerzensschrei eines Parteiredakteurs über die Mangelhaftigkeit des Nachrichtendienstes für unsere Parteipresse, wofür er zwei typische Fälle beibrachte. Und in der Tat waren diese Fälle typisch, wenn auch nicht in seinem, so doch in unserem Sinne. Er beklagte sich erstens, daß die Reichstagsauflösung im Dezember v. J. von dem bürgerlichen Blatte seines Wohnortes hätte eher veröffentlicht werden können, ehe sie ihm zugegangen sei, und knüpfte daran die Aufforderung, der Parteivorstand solle solche wichtigen Ereignisse sofort an alle Parteiblätter telegraphieren. Das war aber ein ganz törichtes Verlangen. In dem Augenblick, wo der Reichstag aufgelöst wurde, blühte das Wolffsche Bureau die Nachricht in alle Weltgegenden hinaus, und es wäre einfach eine unnütze Kraft-, Zeit- und Geldverschwendung gewesen, wenn der Parteivorstand die Nachricht nun noch an alle Parteiblätter telegraphiert hätte. Hier ist die einzige Abhilfe nur, daß jedes Parteiblatt den bürgerlichen Telegraphendienst benützt, was schon für gutes Geld, ohne gute Worte möglich ist.

Der andere Fall, den jener Parteiredakteur anführte, bezog sich darauf, daß der Tod Liebknechts seinerzeit ebenfalls früher von dem bürgerlichen Blatte seines Wohnortes gemeldet werden konnte, ehe die Nachricht in seine Hände gelangt sei. Die Klage hierüber war berechtigt, und inwiefern die bürgerlichen Telegraphenbureaus wichtige Parteiereignisse telegraphieren, ist ihre Ergänzung durch ein Parteinachrichtenbureau allerdings wünschenswert und selbst notwendig. Hier ist wirklich noch eine Lücke der Parteipresse auszufüllen.

Indessen ist auch dazu noch zu bemerken, daß die größeren Parteiblätter sich solchen ergänzenden Nachrichtendienst längst eingerichtet haben. Sollen sie nun diesem mit großer Mühe und vielen Kosten hergerichteten Apparat zerstören, zugunsten des neuen Nachrichtenbureaus? Oder wenn nicht, sollen sie — da die Kosten des neuen Bureaus von der Parteipresse nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit aufgebracht werden sollen — eine Einrichtung, die sie weder gebrauchen noch wünschen, auf ihren Redaktionsetat mit übernehmen? Wir legen auf diese finanzielle Frage keineswegs ein entscheidendes Gewicht — wenigstens von Redaktionswegen nicht, denn wie die Preßkommissionen der größeren Blätter darüber denken werden, ist eine andere Frage — aber entscheidend ist, daß sich die Interessen der größeren und der kleineren Parteiblätter in diesem Punkte gar nicht vereinigen lassen. Soll das Nachrichtenbureau so eingerichtet werden, daß es auch den größeren Parteiblättern genügt, so würde es die kleineren mit einem Segen überschweben, den diese in ihren Speichern gar nicht zu bergen wissen; soll es aber nur für die kleineren Blätter gelten, so müssen die größeren Blätter ihren besonderen Nachrichtendienst beibehalten. Ob daraus nicht mancherlei Unbequemlichkeiten entstehen werden, wollen wir dahingestellt sein lassen....

Inzwischen hat unsere Forderung, daß die Aufgaben des neuen Nachrichtenbureaus ungleich schärfer präzisiert werden müssen als in dem Entwurfe des Parteivorstandes, eine kürzere und schlagendere Bestätigung, als wir sie in zwei langen Artikeln zu geben vermochten, durch zwei Zeilen der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ gefunden, deren leitender Redakteur bekanntlich der Verfasser des privaten Organisationsentwurfs ist, den einige Parteiredakteure ausgearbeitet haben.

Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ schreibt nämlich: „Der Antrag der Parteileitung befaßt über die Aufgaben des Bureaus im wesentlichen dasselbe, was der Entwurf der Redakteure ausführlich dargelegt hat.“ Diese Bemerkung ist unseres Wissens irrig, wenn damit gesagt sein sollte, daß die Parteileitung „im wesentlichen“ den Entwurf der Redakteure habe annehmen wollen. Aber sie ist vollkommen richtig insofern, als der Entwurf der Parteileitung in dem § 2 sich unbestimmt und verschwommen genug ausdrückt, um den Entwurf der Redakteure, soweit es auf die Aufgaben des neuen Bureaus ankommt, mit all seinem Drum und Dran hineinzubugssieren.

Diesen Entwurf hier eingehend zu kritisieren, müssen wir uns versagen, da die Aufgabe schon vom „Vorwärts“ in seiner Nummer vom 27. August gründlich erledigt worden ist. Wir könnten seine blühenden Ausführungen nur wiederholen, mit dem einzigen Vorbehalte, daß er manchmal noch zu milde urteilt. Wenn er beispielsweise die erste Forderung des Redakteurenentwurfs: telegraphische und telephonische Uebermittlung wichtiger Auslassungen der führenden bürgerlichen Presse, als ein journalistisches Hilfsmittel schätzt, und es nur nicht überschätzt haben will, so würden wir uns nicht jeden Feinigen für weggeworfen erachten, der an diese Aufgabe gewendet würde. Es ist vom Standpunkt des Parteivorstandes völlig gleichgültig, ob der Kohl, den der Dividenden-

Müller oder der Knuten-Dertel oder ähnliche Größen, die „zur führenden bürgerlichen Presse“ gehören, auf ihren Inseraten-Plantagen bauen, unserer Provinzpresse um ein paar Stunden früher oder später serviert wird....

Man wendet vielleicht ein, daß der Entwurf der Redakteure nur ein „Informations-, Nachrichten- und Materialbureau“ verlange und sich ausdrücklich dagegen verwahre, die selbständige Redakteurarbeit und die Tätigkeit individueller Mitarbeiter überflüssig zu machen. Allein diese Versicherung ist bei der Natur der von ihm erhobenen Forderungen innerlich so brüchig, daß er alsbald erklärt, „es verheißt sich natürlich, daß die Nachrichten, Informationen und Materialien, die das Bureau übermittelt, keineswegs etwa lediglich trockene Tatsachenangaben sein sollen, sondern daß sie selbständig geordnet, gefärbt, literarisch dargelegt und mit selbständiger Beurteilung versehen sein müssen.“ Da haben wir die literarische Oberbarmundschaffsbehörde der Parteipresse, wie sie lebt und leidet.

Scheinbar ist der Entwurf der Parteileitung in diesem Punkte schärfer und unabweislicher, indem er in seinem § 3 die Abfassung von Kritiken und Artikeln, die geeignet seien, die Selbständigkeit und Selbsttätigkeit der Redakteure zu beeinflussen, von der Tätigkeit des Bureaus ausgeschlossen haben will. Aber leider trägt dieser Schein. Ein solches Bureau braucht nicht das leiseste Wort der Kritik zu äußern und kann doch in der stärksten Weise die Selbsttätigkeit der Redakteure beeinflussen. Siehe das offiziöse Wolffsche Bureau, das nie einen Hauch von Kritik enthält, sondern in düreftem Tone Tatsachen meldet, und gleichwohl die „Färbung“ der Depeschen in einem Umfange betreibt, der selbst von den abgestumpften Nerven Lothar Buchers, der ebendem zu den Angestellten dieses Bureaus gehörte, als völlig unträglich empfunden wurde.

Vor einer „Färbung“ der Depeschen in dem Sinne einer gewissenlos betriebenen Meinungsmache ist ja das neue Nachrichtenbureau geschützt; dazu würde sich kein Parteigenosse hergeben. Aber auch der ehrlichste und gewissenhafteste Mensch sieht die Dinge doch nur mit seinen zwei Augen und kann sie nicht anders sehen, und es geht nicht an, daß ein oder ein paar Parteigenossen, mögen sie auch mit der größten Sorgfalt ausgewählt sein und mögen sie sich auch der strengsten Sachtlichkeit befleißigen, als Leiter des Nachrichtenbureaus die Parteipresse dirigieren und reglementieren. Das Wesen der Parteipresse, deren Uniformierung leider jetzt schon auf einen sehr bellagerten Wertes Grad gestiegen ist, würde dadurch im innersten Wesen verfälscht, ihre geistige Entwicklung in verhängnisvoller Weise gelähmt und um diesen Preis die ohnehin nur in bescheidenem Maße mögliche Verbesserung ihres Nachrichtenendienstes hundertmal zu teuer erkauft werden.

Die innerlich desorganisierende Wirkung des von einigen Redakteuren ausgearbeiteten Entwurfs machte sich äußerlich dadurch in ganz konsequenter Weise bemerklich, daß die Einrichtung und Leitung des Preßbureaus einem Vereine übertragen werden sollte, der überhaupt nicht zur Parteioorganisation gehört. Davon ist jetzt keine Rede mehr, aber nun kommt ein revidierendes Parteiblatt mit der Forderung, die Leiter des Bureaus dürften nur nach ihrer Tüchtigkeit, nicht nach ihrer „guten Gesinnung“ ausgewählt, aus der Bureaufrage dürfe keine Vorwärtsfrage gemacht werden. Diese sinnigen Anspielungen lassen nur den Sinn zu, daß die Einrichtung und Leitung des Bureaus der revidierenden Journalisten gewiß nicht fehlt, was wir um so bereitwilliger anerkennen, als wir in dieser Beziehung gleich frei von Ehrgeiz wie von Neid sind. Obgleich sich nun die Forderung jenes Blattes mehr durch Offenheit, als durch Bescheidenheit auszeichnet, so begrüßen wir sie dennoch, weil sie mit dem Finger auf die nächste und nicht die geringste Gefahr deutet, die mit jedem übereilten Vorgehen in dieser Richtung verbunden sein würde, auf die Gefahr innerer Parteikonflikte der — weil immer persönliche Momente hineinspielen würden — gefährlichsten und häßlichsten Art.

Man mag es beklagen, aber man kann es nicht bestreiten, daß gegenwärtige Richtungen in der Partei bestehen, die man, gleichviel ob richtig oder unrichtig, auf die Namen des Radikalismus oder Revisionismus getauft hat. Und da der Revisionismus sich in der beträchtlichsten Minderheit befindet, so wäre es schon ein Verstoß gegen das demokratische Prinzip, ihm die Leitung des Bureaus anzuvertrauen. Die Redensart von der „Tüchtigkeit“ erledigt sich dadurch, daß der routiniertere Journalismus, an dem die revidierende Richtung den für sie erfreulichsten Ueberfluß haben mag, nicht entfernt die einzige und weitest ausgedehnte die wichtigste Vorbedingung für eine so verantwortliche Stellung ist, wie die Leitung des Bureaus sein würde. Allein so unumwunden wir und hierüber aussprechen, so unumwunden fügen wir hinzu, daß wir deshalb keineswegs die Leitung des Bureaus radikalsten Genossen anvertrauen wollen. Solange diese Gegenfrage innerhalb der Partei bestehen, sollen sie sich ehrlich, klar und offen ausleben können; wir wünschen so wenig, daß die revidierenden Parteioorgane von radikaler Seite, wie daß die radikalen Parteioorgane von revidierender Seite in der Weise „beeinflusst“ werden, wie es geschehen müßte und würde, wenn das neue Bureau auch nur annähernd im Geist und Sinne des Redakteurenentwurfs eingerichtet würde.

Und deshalb muß der Entwurf der Parteileitung so verbarilladiert werden, daß der Lote nicht doch noch hineinschlüpfen kann. Wir gestehen gern, in dieser Beziehung an der „Wespennestfurcht“ zu leiden, von der die „Sächsische Arbeiterzeitung“ spricht.

Die erste internationale Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen.

(Fortsetzung statt Schluß.)

Hiernach referiert Müller-Rasmö kurz über

Die Alkoholfrage.

Er weist auf die Macht und die Erfolge der Antialkoholbewegung in Schweden hin, und schlägt die Annahme der Resolution naheheim vor, die auf dem Kongreß des Verbandes junger Arbeiter Deutschlands in Mannheim angenommen wurde. Sie lautet:

„Die Generalversammlung erachtet im Alkoholisismus einen schweren Schädiger der körperlichen und geistigen Entwicklung, der Kampftätigkeit der Arbeiterklasse, ein schweres Hindernis aller organisatorischen Bestrebungen und Kulturarbeiten. Die daraus erwachsenden Schäden zu bekämpfen, ist eine ernste Aufgabe der Arbeiterbewegung. Insbesondere die Organisationen der arbeitenden Jugend sind mit Rücksicht auf die besonderen Schädigungen, die der Alkohol der heranwachsenden Generation zufügt, zu diesem Kampfe berufen. Das erste Mittel in diesem Kampfe wird sein die wirtschaftliche und geistige Hebung der Arbeiterklasse sein, wie sie durch die politische und gewerkschaftliche Organisation geleistet wird. Eine notwendige Ergänzung hierzu bilden aber die Aufklärung über die Wirkungen des Alkohols und die Erfrischung der Trinkkurteile.

Die Generalversammlung empfiehlt daher allen Ortsvereinen und Verbandmitgliedern die Förderung der alkoholgegnerischen Bestrebungen. Sie erklärt als ersten wichtigen Schritt in dieser Richtung die Abschaffung des Genusses alkoholhaltiger Getränke bei allen geschäftlichen und belehrenden Zu-

sammenkünften und die Befestigung des Trinkwanges und der Verherrlichung des Alkoholgenusses bei allen Gelegenheiten. Denn die große Aufgabe der Arbeiterbewegung erfordert ein klares, gesundes, willensstarkes Geschlecht.“

Diese Resolution wurde debattelos einstimmig angenommen. (Lebhafte Beifall.)

Die Nachmittagsitzung wurde um 5 Uhr eröffnet. Als bald ergriff Genosse Liebknecht das Wort zu einem Referat über den

Kampf gegen den Militarismus.

Er führte etwa aus:

Die Grundlage für unseren Kampf gegen den Militarismus muß ein klares Verständnis über das Wesen des Militarismus und seiner Bedingungen sein.

Das Geistesleben hat historisch zwei Wurzeln, die eine in den Gegenjahren der einzelnen Organisationen von Menschen (politischen Einheiten) gegeneinander, die andere in den Gegenjahren innerhalb dieser politischen Einheiten selbst. In erster Beziehung handelt es sich um den Konkurrenzkampf der politischen Einheiten untereinander. In der zweiten Beziehung spielen nationale Differenzen innerhalb des Staates, vor allem aber die Klassegegenjäre eine entscheidende Rolle.

Wir pflegen zu sagen, die Regierung sei ein Ausschüß der herrschenden Klassen. Das trifft so schlechtthin nicht überall zu. Die Regierungsgewalt selbst hat sich vielfach in beträchtlichem Umfange verfestigt, sich eine eigene ökonomische Grundlage geschaffen, ein großes Beamtenheer und andere Kostgänger in seine unmittelbare ökonomische Abhängigkeit gebracht und sich schon durch das Recht zur mehr oder minder weitgehenden Disposition über die bereiten Nachmittel des Staates einen besonders charakteristischen Einfluß gesichert. Abgesehen von den rein demokratischen Ländern bildet die Regierung daher, und zwar besonders in alten, festfundierten Monarchien, gewissermaßen eine Klasse für sich selbst. — Und die Klassen, auf die sie sich stützt, brauchen auch in kapitalistischen Ländern nicht unter allen Umständen die kapitalistischen Klassen zu sein, wenigstens nicht nur. Dafür bietet Oesterreich ein Beispiel. Dort hat die Monarchie ja erst in allerjüngster Zeit gegenüber den zentrifugalen Kräften der nationalen Gegenjäre durch Verleihung des allgemeinen Wahlrechts die zentrifugale Kraft des Proletariats, der umfärzlerischen Sozialdemokratie, anrufen müssen. Natürlich liegt das nicht innerhalb der normalen Entwicklungstriebe. Das Normale und Wesentliche ist immerhin durch den Satz getroffen: daß die Regierung ein Ausschüß der herrschenden Klasse, das heißt für den Kapitalismus, der kapitalistischen Klassen ist.

Nedner geht dann des näheren auf die besondere politische Funktion ein, die die Gewalt, insbesondere die physische Gewalt, übt, auf die politische Bedeutung der Waffen und der schlagfertigen Organisation der Gewaltausübung.

Der Militarismus ist nicht spezifisch kapitalistischer. In der kapitalistischen Gesellschaft tritt er in drei Formen auf: als Land-, See- und Kolonialmilitarismus; die Armeesucht ist zusammen aus dem Landheer, der Marine und den besonderen Kolonialtruppen. Es ist bedauerlich, daß die Resolution des Internationalen Kongresses zum Punkt Militarismus, so wie sie auch die Rolle des Militarismus in der inneren Politik gänzlich übergangen hat, auch dem Marinismus keine hinreichende Beachtung schenkt. Unsere englischen Freunde haben anscheinend nur unter Einfluß dieser Gedankenrichtung wiederholt betont: in England lenne man keinen Militarismus. Dabei haben sie ganz vergessen, daß gerade in England der See- und Kolonialmilitarismus einen Grad der Entwicklung erreicht hat, der den festländischen Militarismus in den Schatten stellt.

Natürlich entwickeln sich diese verschiedenen Arten von Militarismus nicht überall und auch nicht überall gleichmäßig, weil eben nicht in allen Staaten die Bedingungen oder wenigstens die gleichmäßigen Bedingungen für die Ausbildung jeder seiner Form gegeben sind. Welches sind nun diese Bedingungen?

Nedner erörtert eingehend zunächst die internationalen Gegenjäre innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft. Die Kolonialpolitik vor allem schafft neue Reibungsflächen von größter Gefährlichkeit zwischen den kapitalistischen Staaten selbst. Sie hat aber auch ihre besonderen Kriegsgefahren: die Gefahr der Konflikte zwischen den selbständigen Kolonien und dem Mutterland und die Gefahr der Eingeborenenempörungen; denken Sie nur an Alger, Tonkin, die verschiedenen Gebiete Afrikas und schließlich Indiens.

Die kapitalistische Expansion, die wir als ein Naturgesetz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erkennen, macht die einzelnen kapitalistischen Staaten zu immer schärferen Konkurrenten untereinander. Die kapitalistische Expansion ist es, die allenthalben auf die Verschärfung der Rüstungen hinwirkt, eben weil sie die internationale Spannung verschärft. Nur einige wenige kleine Staaten stehen fast außerhalb dieser internationalen und kapitalistischen Konkurrenz. Im übrigen entwickelt sich vor unseren Augen in lebhaftem Tempo besonders der Marinismus und der Kolonialmilitarismus — ein deutliches Anzeichen für die Ursachen der zunehmenden internationalen Spannung.

Auch der Landmilitarismus steigert sich überall dort, wo seine Verwendung überhaupt in Frage kommt. England schien hier bisher geschützt. Durch die Verbesserung der Technik aber ist es erreicht, daß die insulare Lage nur noch ein immer schwächer werdendes Hindernis für den Einfall feindlicher Truppen bildet. Daher eine gewisse Unsicherheit und die außergewöhnliche Vielgeschäftigkeit Edwards. Daher die Haltung auf der Haager Konferenz und das lebhafteste Streben nach einer Reform des Landmilitarismus, wobei die Einführung einer Miliz, der allgemeinen Wehrpflicht, das haben unsere englischen Freunde deutlich genug erkannt, einen Schritt zur Verstärkung des Militarismus bedeuten würde.

Je größer die Armeesucht, um so stärker die Waffe: daher ist die Tendenz zur Vergrößerung von Heer und Marine der kapitalistischen Entwicklung immanent, ohne daß sich diese Tendenz freilich überall zu realisieren braucht. Die Tendenz geht zur höchstmöglichen Ausbildung der militärischen Kraft, also zur allgemeinen Wehrpflicht. Die kapitalistische Expansion aber bedarf auch eines Heeres, das zum Angriff die höchste Tüchtigkeit besitzt, und das gilt für die Form des stehenden Heeres, einer Art Zwitter zwischen Berufsheer und Volkwehre: Das stehende Heer der allgemeinen Wehrpflicht ist das letzte Wort unserer internationalen militärischen Entwicklung. Es ist insbesondere in den großen Staaten des europäischen Festlandes schon seit langem zum höchsten Raffinement ausgebildet und Japan steht nicht zurück.

Diese Form des stehenden Heeres bildet aber selbst eine neue besondere Kriegsgefahr. Nedner führt dies unter Anführung einer brutal offenherzigen Auslassung aus Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ des näheren aus.

Dies die Tendenzen für den äußeren Militarismus. Ihre Darstellung ist aber nur die halbe Wahrheit.

Die Steigerung der Lasten, besonders die ungeheuerliche Zunahme der Kostenlast, ist unseren Herrschenden höchst unangenehm. Freilich suchen sie nach Möglichkeit diese Lasten auf die Schultern der minder bemittelten Volksklassen abzuwälzen — auch in der höchst brutalen, selbst gemeinen Art der Invalidenabfindung. Indessen hat das seine zwei Seiten und seine Grenze, da es zur Verschärfung der innerpolitischen Situation beiträgt und die Ausbeutungsfähigkeit des Proletariats vermindert. Ein wesentlicher Grund für die großen Kosten ist die lange Dienstzeit; eine Verkürzung der Dienstzeit ermöglicht die raschere und billigere Ausbildung eines großen Heeres. Trotz der aus der innerpolitischen Situation sich ergebenden Neigung zur Ausdehnung der Kasernierung als eines besonderen Mittels zur Züchtung des militärischen Geistes

gegenüber dem äußeren und dem inneren Feind steht sich daher in neuerer Zeit vielfach die Tendenz zu einer Verklärung der Dienstzeit durch. Das neueste Beispiel bietet Frankreich, wo freilich auch der Antifederalismus mitwirkt.

Wesentlich wichtiger aber ist folgendes. Der Ausprägung der Interessengegensätze zwischen den kapitalistischen Staaten steht eine sich fortgesetzt verstärkende Verknüpfung der Lebensinteressen dieser Staaten gegenüber. Handel und Verkehr, das Bankwesen und selbst die Industrie sind längst international geworden. All die großen Staaten sind auf den gegenseitigen Güterausgleich schlechthin angewiesen. Eine internationale Arbeitsteilung beherrscht die Weltwirtschaft, selbst der Arbeitsmarkt ist längst im größeren Umfange international geworden. Daß sich auch im übrigen die geistigen Kulturen der kapitalistischen Staaten immer mehr untereinander nähern und gegenseitig durchdringen, spielt daneben freilich nur eine geringe Rolle. Natürlich bildet all dies für eine kriegerische Auseinandersetzung ein schwerstes Hindernis.

In der gleichen Richtung wirkt die immer größere Miesenhaftigkeit der Armeen, die sich nicht in diesen Staaten fast alle arbeitsfähigen Menschen umfassen, deren Einberufung dem gesamten Volke die Möglichkeit, für seinen Unterhalt zu sorgen, nehmen und in Verbindung mit der Unterbrechung der andauernden Fuhre zunächst zu einer gewaltigen Steigerung aller Preise und Schlag auf Schlag zu einer gänzlichen Unterbindung aller Lebensquellen führen muß. Und noch ein weiteres: Die technische Entwicklung unseres Kriegswesens geht geradezu in Phantastische. Ein Jules Verne und selbst die größten Konzeptionen der Menschheit von den Schreden des jüngsten Gerichts und der Hölle sind übertrumpft durch unsere heutigen Kriegsinstrumente und die Grauenshaftigkeiten unserer heutigen Kriege. Ich will nur auf eines hinweisen. Noch ist's nicht lange her, daß die kriegerischen Kämpfe auf gleichem Niveau, auf der Oberfläche von Meer oder Land ausgefochten wurden. Das gehört der Vergangenheit an. Das Unterseeboot und die kolossal entwickelte Minentechnik ermöglicht den Kampf von unten nach oben und nun ist auch durch das lenkbare Luftschiff die Luft erobert: der Krieg kann von oben nach unten geführt werden. Der dreidimensionale Krieg ist die gegenwärtige kriegerische Wirklichkeit. Damit sind alle Grundlagen unserer gegenwärtigen militärischen Systeme verändert. Die Awaubere verlieren ihre Bedeutung. Ich erinnere an den bekannten amerikanischen Roman „Cäsars Denkmäler“, in dem schon vor mehreren Jahrzehnten die Folgen einer solchen technischen Entwicklung besprechend ausgemalt sind. Die Verwendung von giftigen Gasen, die in den Festungskriegen bereits gegenwärtig, z. B. in den sogenannten Giftbomben, hatten, eröffnet hier unangenehme Perspektiven. Die in meinem besprochenen Buch erwogene Möglichkeit einer so hohen technischen Entwicklung, daß die Kriege schon allein durch sie unmöglich werden, scheint sich trotz des Spottes, mit dem sie hier und da überschüttet wurde, rascher zu verwirklichen, als ich selbst geglaubt hatte.

Doch auch damit nicht genug. Die Entwicklung und Verschärfung der Klassengegensätze selbst mag zwar eine gewisse Reizung zu bonapartistischen Kunststücken entwickeln, indessen wirkt sie zweifellos viel energischer in der entgegengesetzten Richtung und erzeugt eine Tendenz gegen kriegerische Auseinandersetzungen. Im Kriege ist weit mehr als in Friedenszeiten das ganze Volk in Waffen. Der Kasernenhofdrill vermag das Kriegsheer weit schwerer zu umklammern als das stehende Heer des Friedens. Die zur Ergänzung herangezogenen älteren Mannschaften sind an sich zur Selbstständigkeit mehr geneigt. Der Stand unserer heutigen Kriegstechnik zwingt zur Verleihung immer größerer Selbstständigkeit an den einzelnen. Die persönliche Bravour des einzelnen Soldaten spielt eine gefährdete Rolle. Die große Masse des Heeres muß mit Leib und Seele, mit dem ganzen Herzen für den Krieg enthusiastisch sein, wenn das Heer seine volle Schlagkraft entfalten soll, und das um so mehr, je unumschließlicher, wahnwitziger Anforderungen rein psychologisch, aber auch psychologisch die heutige Kriegsführung, aber auch die Schlacht erhebt. Die Stellung der breiten Masse des Volkes zum Kriege kann den herrschenden Gewalten weniger denn je gleichgültig sein. Das schlagendste Beispiel ist, von den Koalitionskriegen und dem Wundenkrieg abgesehen, der russisch-japanische Krieg. — Damit gewinnen die Interessengegensätze innerhalb der kapitalistischen Staaten, die verschiedene Stellung der einzelnen Klassen zu den internationalen, insbesondere den aus der kapitalistischen Expansion folgenden Konflikten, eine stets wachsende Bedeutung.

Das Proletariat steht diesen Konflikten allenfalls mindestens nicht feindlich gegenüber. Das Proletariat aller Länder wird auch mit der zunehmenden Klassencheidung die internationale Interessensolidarität immer mehr selbstverständlich und zu Fleisch und Blut. Demgegenüber steht die fortwährende Steigerung des Gegensatzes zwischen dem Proletariat und den herrschenden Klassen innerhalb der einzelnen Staaten; und die damit immer mehr wachsende Abneigung der großen Masse der Bevölkerung, sich zum Konventionen für die herrschenden Klassen herzugeben, die sich die Entscheidung über Krieg und Frieden vorbehalten. Kurzum, die Arme wird auch gegenüber dem äußeren Feinde mit der Ausprägung der Klassengegensätze und je mehr sich das Proletariat zur Erkenntnis seiner besonderen Interessen und zum Entschluß, diese Interessen rücksichtslos zu vertreten, durchdringt, d. h. Klassenbewußtsein erwirkt, immer unzuverlässiger. — Und dieses Klassenbewußtsein verbreitet sich um so leichter, je mehr auch der Kapitalismus selbst zu seiner vollen Entfaltung einer gesteigerten Intelligenz des Proletariats bedarf, und infolgedessen diese Intelligenz, wenn auch noch so widerwillig, erzeugen muß. Die herrschenden Klassen fühlen auch immer mehr, daß das klassenbewußte Proletariat vor der Tür steht, bereit und imstande, beim Ausbruch eines Weltkrieges die Pflgel des Völkergeschicks selbst in die Hand zu nehmen, mag der Ausgang des Krieges sein, welcher er wolle.

So erzeugen Kapitalismus und Militarismus selbst den Feind, der sie zu Boden werfen wird.

Sie sehen, aus alledem, aus diesen vielen widerstreitenden Tendenzen in schlagender Weise den antagonistischen Charakter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und im speziellen des Militarismus, ihre innere Dialektik.

Es bedarf nicht mehr der besonderen Darlegung, daß das Proletariat die Sozialdemokratie allen den heute praktisch wahrnehmbaren Kriegen mit Notwendigkeit grundsätzlich gegenübersteht, daß sie schon aus diesem Grunde durch und durch antimilitaristisch ist und daß ihre Forderung, dort wo bisher stehende Heere bestehen, diese durch eine allgemeine Volkswehr zu ersetzen, den äußeren kapitalistischen Militarismus, der eben der Angriffsarmee bedarf, ins Herz trifft.

8. Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins.

Dresden, 2. September.

Gestern abend wurde die von etwa 30 Delegierten besetzte Generalversammlung im prächtig geschmückten Saale des Volkshauses eröffnet. Abends fand in den Räumen des Volkshauses zu Ehren der Delegierten ein prächtig verlaufener Kommerz statt.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung gibt der Geschäftsführer Schmidt die Erklärung ab, daß den Mitgliedern christlicher Organisationen selbstverständlich das Gestrecht der Generalversammlung nicht verweigert werden würde. Aber der anwesende Vertreter des christlichen Gärtnerverbandes, Müller, habe beim Berliner Streik den Arbeitswilligeren mit Hilfe gemacht. Es verbleibt dem Kongreß seine Arbeit, mit solchen Reuten zusammenzuführen. Die Generalversammlung beschließt einstimmig, daß Müller sich zu entfernen habe. Die Randatsprüfungsmission erklärt alle Mandate für richtig. Beschlossen wird, daß Schäfers-Tagdeburg beim 3. Punkt der Tagesordnung nur mit beratender Stimme teilzunehmen habe.

Am Geschäfts- und Tätigkeitsbericht, dessen wichtigste Zahlen und Tatsachen wir bereits mitteilten, sei aus den

Ausführungen Schmidts noch hervorgehoben: Unser Erstarren schloß die Unternehmerorganisation, ihre Aussperrungsgeleüste wuchsen, aber dennoch — oder deshalb — sind wir erstarbt. Dafür gibt es keinen besseren Beweis, als daß in den Jahren 1906 und 1907 die Hälfte unserer Mitglieder ausständig war und wir sie halten konnten. Die Hamburger Mitgliederschaft ist sehr hager, während Dresden, Berlin nur Durchzugsorte für die Gärtner sind. Besonders in Süddeutschland entwickelt sich unsere Bewegung gut. Aber in den Kleinstädten haben wir noch ein großes Arbeitsfeld. Auch in Rheinland-Westfalen kommen wir vorwärts. Wie überall, übertragen wir auch dort die Christlichen bedeutend. Quedlinburg und Erfurt müssen von uns in den nächsten Jahren aus Korn genommen werden. Gelingt es uns, besonders in Erfurt, vorwärts zu kommen, dann bringen wir auch die Landarbeiterfrage praktisch ins Rollen. In Berlin steht jetzt die christliche Bewegung auf dem Nullpunkte. Mit dem Gemeindeförderer haben wir einen Vertrag abgeschlossen, der die Differenzen über die Zugehörigkeit der Mitglieder regelt. Die internationalen Verbindungen haben sich gebessert. Mit der Organisation in der Schweiz haben wir einen Vertrag abgeschlossen. Unsere Verbindung mit der böhmischen Brudervereinigung hat den erfreulichen Erfolg gebracht, daß sich unsere böhmischen Kollegen, die hauptsächlich für Dresden in Betracht kommen, auch unserer Organisation als Mitglieder anschließen. Die Unternehmer holen sich jetzt, wie auch für Holstein erwähnt werden muß, Gölzler und Küssen als billige Arbeitskräfte.

Im Ausschuhberichte bemerkt Rächte-Dresden, daß der Ausschuh der Gehaltsüberhöhung für Albrecht, um 200 M., nicht zustimmen konnte, da diese Erhöhung sechs Wochen nach der Generalversammlung gefordert worden war. Um keinen Präzedenzfall zu schaffen, stimmte man dem Ersah für den Markenverlust in Leipzig nicht zu, gegen die Auffassung des Hauptvorstandes. Die Form des Ausschusses muß geändert, seine Rechtsbefugnisse erweitert werden.

In der Diskussion über die Berichte wird kritisiert, daß Janson in die Generalkommission eingetreten sei und daß er davon der letzten Generalversammlung nichts mitteilte; daß ferner der Vorstand bei seinem taktisch nicht klugen Feldzug gegen die Allgemeine Gärtnerkrankenkasse die Hände hätte davon lassen sollen. Es seien der Organisation nur neue Feinde geschaffen worden. Trotz des Vertrages habe der Gemeindeförderer unsere Filiale in Straßburg i. E. — den Stützpunkt unserer Bewegung dort — absichtlich aufgegeben und sich selber eingeleitet. Mit diesem Verbands, der hier eine Taktik wie die „Christlichen“ eingeschlagen habe, müsse Braktur geredet werden. Im Verhältnis zu den Ausgaben seien die Einnahmen nicht genügend gestiegen. Aus-Hamburg hält die Ausgabe von 1100 M. an Unterstufungen für andere Verbände zu hoch. Ferner wird die Eigenmächtigkeit des Hauptvorstandes betreffs Verlegung der Generalversammlung getadelt. Lassen wir den Neutralitätsstandpunkt fahren, betonen wir in der Agitation den sozialistischen Standpunkt, dann werden wir größere Erfolge erzielen als bisher. In der Reiseerzählung müsse die Generalversammlung endlich einmal Richtlinien geben, damit man wisse, woran man sei. Der Wahl zum Reichstagsmitglied sei der Hauptvorstand nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt, sonst sähen dort nicht nur „Christliche“ als unsere Vertreter. Im Rheinlande arbeiten viele Krankenkassenbeamte den christlichen Gewerkschaften in die Hände. Ein Zusammenarbeiten mit den „Christlichen“ sei so lange zu verwerfen, bis sie sich geändert hätten.

Soziales.

Weberelend.

Aus dem sächsisch-schlesischen Weberbezirk wird uns über die jammervolle Lage der dortigen Weber geschrieben: In den hiesigen Weberindustriestädten trifft man zahlreiche gramdurchdrungene Gesichter, denen man die Unterernährung auf den ersten Blick ansieht. Ein alter Bekannter, der in einer Weberei in Ronneburg (S.-A.) beschäftigt ist, gab mir über die Lage, in der sich die hiesigen Weber befinden, folgende Auskunft:

„Es mag wohl vielerorts der Fall sein, daß die Weber einen auskömmlichen Lohn zu verdienen haben, d. h. soviel verdienen, daß sie sich fetteffen können, etwas auf die hohe Kante zu legen, wird wohl, wenn der Mann allein verdienen muß, nicht mehr der Fall sein. Ich bin seit einem halben Menschenalter Weber, seitdem verheiratet und gehöre noch nicht zu den schlechtesten Verdienern. Eine Reihe von Jahren arbeitete auch meine Frau mit in der Fabrik, aber trotzdem sind wir nie in die Lage verlegt worden, einen Pfennig sparen zu können. Es langte immer nur dazu, den wirtschaftlichen Unterhalt zu begleichen und sich halb satt zu essen. Dabei war aber der Lohn immer besser als gegenwärtig. Seit 1 1/2 Jahren ist es ein wahres Elend und mir graut stets, an die Arbeit zu gehen. Hier bis fünf Tage muß man mitunter auf Kette warten, oft auch gar einen oder zwei Tage nach Hause gehen, weil es keine gibt. Belommt man endlich Kette, dann was für welche! schlechte Garne, mitunter reinen Punder, meistens teils mehrbäumige, eine Nummer ist stets dabei, die nichts taugt. Ist die Kette wirklich einmal nicht schlecht, so taugt bestimmt der Saug nicht. Und dabei soll man gute, tadellose Ware liefern. Ist das nicht der Fall, so regnet es Geldstrafen und mitunter nicht zu knapp. Biefert der Weber ein Stück, und der Warenschauer findet einen Fehler, so wird der Weber verantwortung gemacht, selbst wenn die Schuld den Meister trifft. Handelt es sich gar um einen organisierten und „rot“ angestrichenen Mann, dann wehe ihm. Gewöhnlich hat der hurraratorische Warenschauer dann schon vorher Direktor, Werkführer und Zugmeister zitiert, die dann mit vereinten Kräften vierstimmig auf den Arbeiter und seinen „Lappen“ einhaken. Aus Rist von Wolle und Garn soll der nämlich fehlerfreie Ware herzu können. Wenn dagegen ein „Weber“ einen Fehler in seinem Stück hat, so ist das nicht halb so schlimm, der wird selten bestraft, da kommt der Warenschauer an die Stühle und sagt es ihm mündlich oder die Mitteilung wird auf dem Heimwege gemacht.“

Ist es schon eine Kunst, aus gutem Material ein fehlerfreies Stück zu liefern, so ist es bei schlechtem Garn, auf zwei Stühlen, und noch dazu im Afford, rein unmöglich. Die üblichen Löhne betragen jetzt 5—10 M. pro Woche. Doch gibt es tatsächlich Ausnahmen, die 20 M. und darüber verdienen. Wünscht man das auch einmal, so bekommt man zur Antwort: „Solche Stücke können nicht mehr eingerichtet werden.“ Damit basta!

Die Gründe, daß der Geschäftsgang gerade jetzt so schlecht ist, liegen wohl in der Konjunktur, die im Niedergehen begriffen ist. Man hört wohl allerlei Vermutungen von dem Einfluß schlechter Garne, von der durch den Zolltarif erheblich verteuerten Wolle, sogar von dem Ausdrücken der „roten Elemente“, aber das sind nur alles Phantasiegebilde. Bei Vollbeschäftigung können auf den 884 Webstühlen 192 Arbeiter beschäftigt werden. Gegenwärtig arbeiten aber auf 100 Stühlen 70 Leute, also die Mehrzahl auf nur einem Stuhl, und daraus sind die Hungerlöhne zu erklären. Man braucht sich nicht zu wundern, wenn die Leute trodenes Brot essen und an Fleischloft „niat gewöhnt“ sind. Seht man demgegenüber die Gehälter des kaufmännischen Personals und der Lageristen, deren Monatsgehalt 100 bis 200 M. und darüber beträgt, so hat man ein Bild von der Lage und findet wieder, daß die Mehrwertproduzenten viel besser als die Mehrwertproduzenten leben, die letzteren aber die Kosten zu tragen haben.

Am dem Leser einen erhaltenden Beweis über die Wahrheit dieses Weberelendes zu führen, sollen nachstehend noch zwei Lohnstatistiken folgen, deren Zahlen Bände reden. Es handelt sich um ein vorausgegangenes gutes Jahr und um das letzte, als schlecht bezeichnete.

Die Wochenlöhne betragen 1905/6: 15,85, 9,95, 14,80, 14,70, 14,75, 18,—, 16,20, 17,10, 15,55, 16,—, 12,10, 16,80, 6,10, 18,10, 16,—, 7,75, 16,—, 10,05, 17,15, 17,20, 11,70, 14,55, 12,75, 11,85, 17,10, 16,85, 22,15, 16,30, 13,15, 9,05, 15,—, 27,80, 11,85, 12,00, 15,05, 7,25, 20,80, 17,15, 10,80, 17,20, 16,—, 8,—, 12,55, 10,25, 7,25, 7,10, 7,30, 12,55, 16,30, 14,55, 13,25, 16,— M.

Im Jahre 1906/07 betragen die Wochenlöhne 14,15, 10,80, 8,05, 14,75, 14,00, 15,35, 18,75, 7,25, 7,10, 7,80, 12,00, 16,00, 13,15, 6,25, 7,65 (Weihnachtsabend), 3,75 (Neujahr), 15,65, 7,75, 14,85, 7,50, 0,00, 15,85, 6,95, 6,80, 7,05, 13,85, 8,40, 13,80, 12,65, 18,80, 6,30, 14,75, 12,05, 12,45, 6,30, 6,15, 13,90, 13,95, 9,50, 14,55, 14,40, 13,50, 12,00, 8,50, 9,00, 5,00, 11,45, 9,00, 6,45, 5,80, 13,10 M.

Das ist in dem „guten“ Jahre ein Verdienst von 722,48 M., und im letzten Jahre ist der Zimmerlohn von 542,40 M. zu bezeichnen. Davon werden pro Woche noch 40 M. Krankenlohn und Invalidenrente abgezogen, wofür im Falle der Krankheit je 6 M. Krankenkassenunterstützung bezogen werden. Wärslich ein Einkommen unter der gegenwärtig vorherrschenden Lebensmittelerhöhung, wie es erbärmlich nicht gedacht werden kann. Zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel. Aber wir leben auch in der besten der Welten!

Aus einem christlichen Mädchenheim.

In Greifswald wurden 22 Hinglinge des unter der Leitung des Pastors Jahn stehenden „Mädchenheims“, das den Charakter einer Zwangserziehungsanstalt hat, von der Strafkammer wegen Meuterei und Sachbeschädigung zu Gefängnisstrafen von 3 bis 9 Monaten verurteilt. 24 Insassen der Anstalt, die im Alter von 15—20 Jahren stehen, waren am 20. Juni aus derselben gemeinsam ausgebrochen und hatten bei der Gelegenheit sämtliche Fenster eingeworfen. Die Behandlung der Mädchen muß nach jener Gerichtsverhandlung eine geradezu skandalöse gewesen sein. Die Prügelstrafe, die statutenmäßig zulässig ist und vom Landeshauptmann genehmigt ist, wurde mit dem Stod reichlich angewandt. Ein Mädchen erhielt vom Pastor 6—8 Ohrfeigen hintereinander. Bei Zellenstrafen bis zu einer Woche erhielten die Mädchen nur Wasser und Brot. Bei längerer Strafen gab es außerdem morgens und abends noch eine Waffersuppe. Ein Mädchen war 3 Wochen bei Wasser und Brot eingesperrt. Ferner wurden die in den Zellen Internierten — mit Entziehung des Wasserversorgung bestraft. Ein beliebtes Strafmittel bestand darin, daß man den Mädchen, die Lust zum Fortlaufen zeigten, die langen Haare abschneidte! Die Zustände in dieser Anstalt sind so schmachvoll, daß selbst ein bürgerliches Blatt zugibt, daß solche Erziehungsanstalten den letzten Rest von Menschenwürde völlig erlöten muß. In einer an die Presse gesandten Erklärung suchte sich nun der prägelnde Pastor reinzuwaschen. Er teilt zunächst mit, daß der Landeshauptmann auf Antrag des Kuratoriums ihm Hofrecht und Rute verliehen habe. Ueber Strafen würde genau Buch geführt. Der christliche Hirte äußert sich ferner dahin: „Die einzelnen Fälle, die zu strengeren Maßnahmen geführt haben, anzugeben, fühle ich mich nicht verpflichtet, würde auch zu weit gehen.“ ... „Ich möchte ... behaupten, daß eine Strafe wohl der Ausfluß wahrer Nächstenliebe sein kann!“ Es kann gegenüber dieser „Erziehungs“methode nicht wundernehmen, daß in den letzten Tagen wieder eine Anzahl Mädchen aufgefunden sind.

Eine solche Methode der „Zwangserziehung“ kann unmöglich den Zweck einer vernünftigen Zwangserziehung erfüllen: die geistigen, sittlichen und körperlichen Fähigkeiten der zum mindesten zum übergroßen Teil durch die gesellschaftlichen Verhältnisse und ohne eigenes Verschulden verwahrlosten zu heben und ihnen den schweren Kampf ums Dasein erleichtern. Sie muß vielmehr die letzten besseren Keime in den solchen Institut Ueberwiesenen zerstören und die armen Opfer solchen Systems zur völligen geistigen und sittlichen Verwahrlosung treiben. Nicht zu nütlichen Gliedern der menschlichen Gesellschaft werden durch solche Methode die durch staatliche Organe der Fürsorgeerziehung Ueberwiesenen erzogen, sondern sie werden verrotzt und vertiert. Die Prügel verrotzt nicht bloß die Geprügelten, sondern, wie der Geheimrat Starke schon vor Jahrzehnten mit Recht darlegte, noch viel mehr die Prügelanwender selbst, sofern ein größeres Maß von Verrottung ihres Gefühls und ihrer Denkwiese noch möglich ist. Das preussische Fürsorgegesetz und noch weit mehr diese Art seiner Ausführung erzielt heute zu Verbrechen, statt den Mangel an Bildung und Erziehung, den die bestehende Gesellschaftsordnung verschuldet, zu beseitigen. Die Früchte dieser Fürsorgeart spiegeln sich in dem großen Prozentsatz wieder, den so „Erzogene“ zu schweren Kriminalfällen stellen. Nicht zuletzt ist an der Wirklichkeit solcher Brutalisierung von Menschen das elende und widersinnige preussische Dreifachwahl-system Schuld. Auf dem letzten Fürsorgekongreß wendete sich der ganz überwiegende Teil der Leiter von Fürsorgeanstalten gegen das durch die Gerichtsverhandlung festgestellte Prügelstrafensystem wie es der Pastor Jahn anwendete. Dem Rechtsbewußtsein hätte die Freisprechung der durch die Behandlung zur Meuterei-Meuterei-Bezugungen und eine Verurteilung des Prügelanwenders entsprochen. Der Pastor Jahn ist nicht der einzige für Prügel eingekommene Pastor, wir erinnern an den Pastor Mohr und an jenen Pastor, der zur Verfechtung seiner widernatürlichen Gerechtigkeit seine Hinglinge mißhandelte und deshalb zu langjähriger Zuchthausstrafe verurteilt wurde.

Ländliche und städtische Sparkassen.

Die sehr die Einrichtungen, die sich unter agrarischer Verwaltung befinden, gegenüber den städtischen von den Organen der preussischen Regierung begünstigt und gefördert werden, zeigt auch das verschiedene Verhalten der Aufsichtsböörden gegenüber ländlichen und städtischen oder Kreisparzellen. Das tritt besonders da hervor, wo sich zwei solche Sparzellen an einem Orte befinden.

So besteht in Rattowitz neben der von der städtischen Verwaltung eingerichteten städtischen Sparzelle auch die Kreisparzelle. Letztere darf mit Genehmigung der Aufsichtsböörde die bei ihr gemachten Einzahlungen mit 3 1/2 Proz. verzinsen, während die Stadt bei einem Zinsfuß von 3 Proz. festhalten muß. Natürlich bringt infolgedessen die Mehrzahl der Sparer ihre Sparzellen zur Kreisparzelle. Ferner darf die städtische Sparzelle von den bei ihr gemachten Einzahlungen nur zwei Drittel in Hypotheken anlegen; ein Drittel ist sie verpflichtet in Staats- oder Kreisparzellen anzulegen, bei denen sie infolge des Rückganges der Kurse schon bedeutende Verluste erlitten hat. Die Kreisparzelle aber darf unbehindert 93 Proz. ihrer Bestände in Hypotheken anlegen und ist daher von solchen Verlusten fast gar nicht betroffen worden. Zwar haben Magistrat und Stadtverordnete von Rattowitz wegen der Benachteiligung durch diese verschiedene Behandlung bei der Regierung und dem Oberpräsidenten reklamiert, doch ist wenig Hoffnung, daß diese eine Änderung veranlassen werden.

Ueber die Geschäftsführung einer solchen Kreisparzelle, der Reusfettiner, hat die „Nödliner Zeitung“ unlängst einige Mitteilungen gemacht, die ein eigenartiges Licht auf diese Geschäftsführung werfen. Die „Nödliner Zeitung“ glaubt durch Zahlen nachweisen zu können, daß seitens der Reusfettiner Kreisparzelle sehr hohe Bezeichnungen namentlich von Brennerreien erfolgt seien. Dies sei auch namentlich der Fall bei der Beilehung einer dem Vorsitzenden des Vorstandes der bestehenden Kreisparzelle, dem Landrat v. Bonin-Wangerow gehörigen Brennerreien. Ob und inwieweit die Angaben der „Nödliner Zeitung“, die in dem betreffenden Kreise Aufsehen erregt haben, zutreffen, wird die bei der Staatsanwaltschaft anhängig gemachte Untersuchung ergeben.

Die Stadt Greifswald in Westpreußen beabsichtigte 1903 eine städtische Sparzelle zu errichten, da in Greifswald noch keine solche bestand, sondern nur eine Annahmestelle der Kreisparzelle und andere Sparzellen über 25 Kilometer entfernt lagen, also ein Bedürfnis nach einer eigenen Sparzelle wohl vorlag, auch die städtischen Finanzen und Verwaltung sich in guter Ordnung befanden. Trotz alledem wurden wiederholte Gesuche des Magistrats um Genehmigung zur Errichtung einer städtischen Sparzelle sowohl vom Provinzialrat wie vom Oberpräsidenten abschlägig beschieden, weil die Annahmestelle der Kreisparzelle vollständig genüge. Auch der Minister des Innern erklärte auf die diesbezügliche Beschwerde, in seinem Bescheide vom 14. Dezember 1906, daß er sich nicht in der Lage befinde, eine andere Entscheidung zu treffen, als der Provinzialrat und der Oberpräsident. Der Beschluß dieser Bescheide auch sachlich wohlbegründet, da gegen die Errichtung einer Sparzelle wegen des geringen Vermögens der

Stadt Christberg wesentliche Bedenken gemäß §§ 3 und 4 des Reglements vom 12. Dezember 1888 überwaltet. Eine besondere Befürwortung des deutschen Sparassensverbandes bei dem Minister, die Errichtung einer städtischen Sparkasse in Christberg zu bewilligen, weil eine solche ein unbestreitbares Bedürfnis sei, indem die Annahmestelle kein geeigneter Ersatz für sie sei, da bei eintretendem Bedarf, Auszahlungen auf Sparguthaben bei derselben nicht sofort und ohne Umstände erhalten werden können. Aber auch diese Befürwortung hatte nur negativen Erfolg. So ist die Stadt Christberg bis heute ohne eigene Sparkasse. Die Sparere können dort nur auf dem umständlichen Wege durch die Annahmestelle der in Stuhm befindlichen Kreis-Sparkasse Einzahlungen machen. Dabei wird selbst unbedeutenden Dorfgemeinden die Genehmigung zur Errichtung von Sparkassen ohne Schwierigkeit erteilt.

Ein Kulturbild aus Ostpreußen.

Gutspächter der dem Grafen Lehndorf gehörigen Domäne Regitten im Landkreis Fischhausen ist ein Herr Schadowinkel. Unter anderen Mißständen herrscht dort auch das gefehrvürdige Krügeln von Landarbeitern. Besonders jüngere Arbeiter bekommen die Kräfte des Gutspächters recht unanständig zu spüren. So machte am 24. Juni d. J. der 19jährige Scharwerker L., der dort bei seinen Eltern wohnt, dem Gutspächter an seinem Gesponn irgend etwas nicht zu Dank. Sofort sprang er auf den jungen Menschen zu und schlug ihn mit den Kräften ins Gesicht, so daß dieselbe deutliche Spuren der Mißhandlung aufwies. Als der Gemißhandelte dann einige Worte zu seiner Verteidigung sagte, ergriff der Pächter einen Beistand und bearbeitete damit in unbarbarischer Weise den Körper des jungen Menschen. Dieser ging nun von der Arbeit fort zu seinen Eltern und erklärte, für Krügel nicht länger arbeiten zu wollen. Aber schon am nächsten Tage erhielt L. von dem als Amtsvorsteher fungierenden Landchaftsrat und Gutbesitzer Kühn aus Cornitten folgende Strafanzeige, ohne daß er verhört worden war:

„Nach einer heute hier von dem Gutspächter Herrn Schadowinkel eingegangenen Anzeige haben Sie am 24. d. M. ohne gesetzlichen Grund die Arbeit verweigert. Sie werden hiermit aufgefordert, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen, widrigenfalls gegen Sie eine Strafe von 10 M., und wenn dieselbe nicht beigetrieben ist, eine Haft von drei Tagen festgesetzt werden würde gemäß § 1 des Gesetzes vom 24. April 1854.“

Der Amtsvorsteher Kühn.

Der Arbeiter, der sich mit Recht nicht weiteren Mißhandlungen aussetzen wollte, ging trotzdem nicht zur Arbeit. Aber er erklärte dem Amtsvorsteher den Grund seiner Arbeitsverweigerung. Trotzdem erhielt er von diesem einen Strafbefehl über 10 M., oder drei Tage Haft. Und eines Tages, früh um 4 1/2 Uhr, holte ihn der Amtsbote zur Verbüßung einer dreitägigen Haft nach der im nächsten Dorf befindlichen Klause ab.

Als der Häftling Hunger verspürte und von dem das Gefängnis verwaltenden Stimmerer Essen verlangte, erklärte dieser, er habe keinen Auftrag, ihn zu versorgen. Wenn er zu großen Hunger habe, solle er nur nach Cornitten zum Amtsvorsteher gehen. Das ließ sich denn der Gefangene nicht zweimal sagen. Er bezahlte seine Hefle und ging nach Cornitten. Hier traf er den Amtsvorsteher nicht zu Hause. Und da sonst niemand verpflichtet sein wollte, ihm Nahrung zu geben, marschierte der hungerige Sträfling nach Regitten zu seinen Eltern, wo er gerade zur Besperzeit anlangte.

Einige Tage später erschien nun wieder der Amtsbote, um den Arbeiter nach dem über eine Meile entfernten Dorf Nebenau zur Verbüßung der Reststrafe zu transportieren. Als er nicht mitgehen wollte, wurde ihm und seinen Eltern in Aussicht gestellt, daß dann der Wendenarm zu Pferde kommen und ihn mit Gewalt dort hinführen würde. Darüber waren nun besonders die Eltern des jungen Menschen sehr entsetzt. Sie suchten daher ihre wenigen Groschen zusammen, um die Strafe zu bezahlen. Nun verlangte der Amtsbote aber nicht nur 10, sondern 11 M., trotzdem der junge Mensch schon einen halben Tag Strafe verbüßt hatte. Mit diesem Betrag erkaufte nun die Eltern die Freiheit ihres Sohnes.

Ob der Landrat des Kreises Fischhausen mit der Amtsführung des Amtsvorstehers von Cornitten, der, ohne zu untersuchen, wer der Schuldige ist, Strafen verhängt, und Häftlinge in menschenunwürdige schmutzige Kläusen einsperren läßt, einverstanden ist, und ob der Staatsanwalt gegen den Gutspächter und gegen den Amtsvorsteher einschreiten wird, bleibt abzuwarten.

Der Landarbeiter war vollumfänglich berechtigt, wegen der Mißhandlung den Dienst zu verlassen und seinerseits Schadenersatz wegen Vertragsbruch von dem Gutspächter, abgesehen von der Bestrafung dieses Herrn wegen Mißhandlung, zu verlangen. Hoffentlich erlangt er auf strafrechtlichem und zivilrechtlichem Wege volle Genugtuung von dem Gutspächter und dem Amtsvorsteher. Die Klage gegen den Amtsvorsteher wäre auch aus dem Grunde sehr angebracht, um das Reichsgericht zu einem Entscheid der Frage zu veranlassen, ob gegenüber dem § 888 der Zivilprozessordnung, der dem Richter Vollstreckungen zwecks Antritts des Dienstes verbietet, der Polizei das von ihr ausgeübte Rückführungsrecht in Preußen überhaupt zusteht.

Zur Blage der Konkurrenzklausel.

Ein Handlungsgehilfe in Dresden hatte in seinem Verträge eine Konkurrenzklausel unterschrieben, wonach er bei einer Konventionalkonkurrenz von 1000 M. innerhalb zweier Jahre nach seinem Austritt aus der Firma in keinerlei Weise für eine Konkurrenzfirma tätig sein dürfe. Nach mehrjähriger Tätigkeit trat der Handlungsgehilfe auf Grund eigener Kündigung bei der Firma aus und nahm Stellung bei einer anderen Firma. Es lagte darauf die erste Firma auf Zahlung der erwähnten Konventionalkonkurrenz beim Dresdener Kaufmannsgericht. Der Handlungsgehilfe machte geltend, daß die Konkurrenzklausel nur dem Buchstaben nach, keinesfalls dem Sinne nach verletzt worden sei, da sein jetziger Chef nur Spezialartikel der allerdings gleichen Branche führe, die eine Konkurrenz mit der ersten Firma nicht bedeuteten. Trotzdem verurteilte das Kaufmannsgericht den Handlungsgehilfen zur Zahlung der Konventionalkonkurrenz von 1000 M. Es führt aus, daß eine Verletzung der Konkurrenzklausel vorliege, obgleich eine Schädigung der klagenden Firma noch nicht eingetreten sei, „diese aber im Bereiche der Möglichkeit liege.“

Es mag unrichtig bleiben, ob in dem geschilderten Fall überhaupt die Ausprechung der Konventionalkonkurrenz sich rechtfertigte. Jedenfalls ist die Ausprechung der vollen 1000 M. mit § 343 B. G. B. unvereinbar, der ausdrücklich vorschreibt: „Ist eine verurteilte Strafe unverhältnismäßig hoch, so kann sie auf Antrag des Schuldners durch Urteil auf den angemessenen Betrag herabgesetzt werden.“

Aus Industrie und Handel.

Viehschlachtungen.

Nach den Zusammenstellungen der „Statistischen Korrespondenz“ über die Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischschau in Preußen, wurden im Jahre 1906 7 993 444 Schweine geschlachtet, das sind, obwohl die Bevölkerung um circa 1/2 Millionen Personen gewachsen ist, gegen das Vorjahr 84 565 Stück weniger. In ihrer rührend kindlichen Reue bemerkt die „Deutsche Tageszeitung“ dazu, der Rückgang könne als erheblich jedenfalls nicht bezeichnet werden. Wie würden die Agrarier schreien, wenn ihnen in derselben Weise die Fleischschäfte höher gestellt worden wäre. Aber Schweinefleisch konsumiert ja vorwiegend die arbeitende Bevölkerung und da ist ein Rückgang nicht „bemerkenswert“. Die Herren Agrarier haben extra hohe Preise bekommen und so haben sie Grund zu rufen zu sein. Vielleicht kommt die „Deutsche Tageszeitung“ auch noch auf die wichtige Idee, der Rückgang des Fleischkonsums sei ein Beweis für

die verbesserte Lebenshaltung der Arbeiter. Das Gesamtergebnis illustriert folgende Tabelle:

	1905	1906	in 1906 weniger — mehr +
Pferde und andere Einhufer	97 494	95 096	- 2 398
Ochsen	307 148	314 792	+ 7 644
Bullen	292 046	285 877	- 6 169
Rühe	1 012 311	982 305	- 30 006
Jungriinder, über 8 Monate alt	453 309	445 792	- 7 517
Kälber bis 8	2 279 109	2 154 588	- 124 521
Schweine	8 027 999	7 938 444	- 89 555
Schafe	1 037 508	1 056 846	+ 19 338
Ziegen	157 924	169 581	+ 11 657
Hunde	1 563	1 594	+ 31

Die Schlachtung von Rindern hat einen Rückgang erfahren; bei 2 154 588 Stück stellt sich das Minus auf 5,46 Prozent. Weiter wurden 1 056 846 Schafe geschlachtet oder gegen das Vorjahr ein Rückgang um 4,98 Prozent.

Die Zahl der Schlachtungen von Rindern sank um 2,96 Prozent, sie betrug 982 305 Stück. Jungriinder wurden 1905 453 309 Stück geschlachtet, während 1906 diese Zahl auf 445 792 fiel. Bei Pferden und Bullen ist die Zahl der Schlachtungen ebenfalls gesunken, bei Ochsen, Ziegen und Hunden dagegen etwas gestiegen.

Zahlungsschwierigkeiten. Die hiesige Glacéleder-Fabrik von Emanuel Meyer (Prutzen-Klöse) ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Passiven sollen sich auf 4 914 000 M., die Aktiven auf 4 816 000 M. belaufen. Der Status per 31. Dezember d. J. hatte noch ein Vermögen von 1/2 Millionen ausgewiesen. Die Verlegenheiten der Firma sind dadurch entstanden, daß dieselbe in den Vereinigten Staaten eine Fabrik errichtet hat, deren Baukosten sich auf circa 1 000 000 M. belaufen sollen. Ferner ist die Firma mit 350 000 M. an einer Korkhaarfabrik in Guben beteiligt. Als beteiligt von hiesigen Banken werden die Kommerz- und Diskontobank und der Schaaffhausensche Bankverein bezeichnet. Beide Institute sind indes durch Hypotheken gedeckt, sodas Verluste derselben ausgeschlossen erscheinen.

Kinderausbeutung lohnt! Die Mansfeldische Kupferhütte bauende Gewerkschaft in Giesleben wird eine Herbstausbeute von 20 M. zur Verteilung bringen. Für das erste Halbjahr 1906 wurden 20 M. Abschlagsausbeute ausgezahlt. Die Gewinnziffern sind noch nicht offiziell bekannt gegeben, doch verlautet, daß sie das vorjährige Gesamtergebnis von circa 7 1/2 Millionen Mark wiederum erheblich übersteigen. Was schadet, wenn zarte Kinder in der merkwürdigsten Weise ausbeutet werden, erfreut sich das Kapital dabei nur guten Besdens, dann fördern im christlichen Staate der besten Sozialpolitik solche unbedeutende Schönheitsfehler nicht.

Keine gute Aussichten für die Eisenindustrie. Aus Exportkreisen wird der Rhein-Westf. Ztg. geschrieben: Die Situation im Exportmarkt hat sich inzwischen weiter verschlechtert. Die Nachfrage von allen Märkten bewegt sich in den geringsten Mengen und die Berichte, sowohl von dem Osten als auch von Südamerika lassen nicht auf eine demnächstige Besserung der Nachfrage schließen. Infolgedessen sind die Preise auf allen Gebieten nicht unerheblich zurückgegangen, wobei die belgischen Werke die Führung übernommen haben. Flußstabeisen ist mit 125 M. pro Tonne, Antwerpen leicht erhältlich. Grobbleche zu 130/- bis 132/-. Die deutschen Werke müssen Notabemerkungen folgen, da sich bei einigen Mangel an Spezifikationen fühlbar zu machen scheint. In der Hauptsache scheint es an Bedarf für Feinbleche zu mangeln, wohl infolge des Rücklassens der Quantität im Inlande. Träger sind unverändert zu 119/-, Antwerpen angeboten, jedoch bietet die zweite Hand etwas unter diesem Preise an. Die Situation ist zurzeit zweifelhaft, ohne nicht normal, wenn man den Preis für Stabeisen von 125/- mit jenem für Träger von 119/- vergleicht. In Stahlwerkskreisen meigt man zu der Ansicht, daß der Stahlwerksverband unter diesen Umständen zu einer Reduzierung seiner Preise schreiten würde. Ein solcher Schritt würde jedoch voraussichtlich keine Besserung, sondern nur eine weitere Zurückhaltung hervorrufen und wahrscheinlich zu einer vollständigen Demoralisierung des Marktes führen. Bleibt der Verband fest, so wird sich die überflüssige Nachfrage doch wohl früher oder später betätigen müssen, weil die Läger, wenn zurzeit auch noch reichlich versehen, doch schließlich erneuert werden müssen. Eine Reduzierung der Preise würde nur zu einer neuen Ueberflutung der Märkte führen, ohne eine Gesundung im Gefolge zu haben.

Aus der Frauenbewegung.

Genfur.

Mit unfehlbar sicherem Urteil analysiert Lydia Gustava Heymann in der bürgerlichen „Zeitschrift für Frauenstimmrecht“ die internationale Frauenkonferenz und den internationalen Kongress. Daß sie der Genoffin Zeitkin sehr gram ist wegen der „abgeschmackten Ausfälle auf den Massenstaat und die bürgerliche Frauenbewegung“, darüber reden wir nicht; man kann von der Dame wirklich nicht ernsthaft verlangen, sich näher mit den tiefdurchdachten, von zwingender Logik getragenen Darlegungen der Genoffin Zeitkin zu beschäftigen. Sie kann nicht anders, sie muß sich mit einer albernen Bemerkung darüber hinweghelfen.

Die Genoffin erlaubt sich dann aber weiter sämtlichen sozialistischen Führern und der Gesamtpartei eine geheime Feindschaft gegen das gleiche Frauenwahlrecht zu unterstellen. Sie schreibt:

„Nicht ein Führer der sozialistischen Parteien aller Länder, die sich in Stuttgart zusammensanden, erachtete es der Mühe wert, zu diesem Punkte der Tagesordnung das Wort zu ergreifen, es herrschte eine so allseitige Gleichgültigkeit, daß ein früherer, energischer Kampf dagegen befreitend gewirkt hätte. Wer je darüber im Zweifel war, was wir Kampfkräften fürs Frauenstimmrecht von der Sozialdemokratie zu erwarten haben, dem müssen die Verhandlungen über Frauenstimmrecht in Stuttgart volle Klarheit bringen. Selbst der größte Parteianhänger kann nicht so blind machen, daß sozialistische Führerinnen es auch in Zukunft noch wagen könnten, ihren Anhängerinnen bei der Propaganda draußen im Lande zu erzählen, die einzige Partei, die auch das Wahlrecht erkämpft, ist die Sozialdemokratie. Hier wie in allen übrigen politischen Parteien gibt es aufrichtige Anhänger des Frauenstimmrechts, auf die wir Frauen, wenn die Zeit einmal da ist, zählen können, daß sie unsere Rechte wahren, d. h. wenn die ihrigen dadurch nicht geschädigt werden. Aber auf die Masse der Männer ist in der Frage des Frauenstimmrechts nirgends Verlaß, mag sie durch Parteibeschlüsse oder Programme gebunden sein, Verlaß ist da nur — und das sollten sich die Frauen aller Nationen und aller Parteien gesagt sein lassen, — auf uns selbst, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil hier Geschlechtsinteressen allerklärtester Potenzen den Ausschlag geben, die stärker und fester binden als alle Klassen- und Parteinteressen.“

Als Gesamtergebnis der Debatten dieses internationalen Kongresses der Sozialdemokratie über das Frauenstimmrecht kann man jedenfalls verzeichnen — völlige Bedeutungslosigkeit.

Wir wissen die Ehre zu schätzen, daß die bürgerliche Dame dem Kongress trotz seiner „völligen Bedeutungslosigkeit“ einen langen Artikel widmete. Aus Dankbarkeit wollen wir dafür auch gleich berichten, was der Zweck der Uebung des Fräulein Heymann ist: Sie soll eine vorbereitende Selbverurteilung sein für das Versagen der bürgerlichen Damen in Wahlrechtsfragen und -bewegungen. Sie verlangen und wünschen nicht, daß die bürgerlichen Parteien einen energischen Kampf führen, um für die Männer das allgemeine und gleiche Wahlrecht zu allen gesetzgebenden und Verwaltungsg-

Körperschaften zu erlangen; noch viel weniger entspräche es ihren Wünschen, wenn die liberalen Parteien solches allgemeine politische Recht auch für die Frauen erkämpfen helfen wollten, die Damen beanspruchen nur ein Damenwahlrecht. Und das ist auch von ihrem Standpunkt konsequent. Wenn sie der Auffassung sind, daß die Frage des Wahlrechtes eine solche des Geschlechtsinteresses ist, dann ist es ja auch ganz folgerichtig, wenn die Damen für sich ein Wahlrecht verlangen, das dem Herrenwahlrecht entspricht; für die Arbeiterinnen genügt das Wahlrecht, das man den Proletariern gestattet. Um Himmelswillen nur nichts fordern, was das Interesse der Männer schädigt. Die bürgerlichen Männer sehen das allgemeine gleiche Wahlrecht natürlich als ein sie schädigendes an. Und Lydia Heymann muß das anerkennen, denn nach ihr verteidigen sie ja Geschlechtsinteressen, und darin will man nicht hinken. Die bürgerlichen Männer verteidigen weiter Klasseninteressen und darin will man erst recht nicht hinken. Es ist nur zu erklärlich, wenn die Damen sich jetzt schon die Lippe aufmachen, durch welche sie — rückwärts marschieren. Sie werden kräftig für das allgemeine Wahlrecht eintreten — mit Worten, und sie jauchzen, wenn sie nachher verkünden können: wir haben wenigstens das beschränkte — das heißt ein Damenwahlrecht — Frauenstimmrecht erobert. Lydia Heymann hat allzu sehr merken lassen, daß tatsächlich Geschlechtsinteressen verbunden mit Klasseninteressen die sie bestimmenden Motive sind. Die Anrempelung der Partei, die man leicht als Ausfluß prinzipieller Forderung des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes für alle erwachsenen Personen werten könnte und darum trotz ihrer Ungerechtigkeit noch Sympathien auslösen müßte, ist in Wirklichkeit der vorbereitende Anlauf der sich am radikalsten gebenden bürgerlichen Frauen in der Frage des Frauenwahlrechtes. Bei der kommenden Landtagswahlbewegung werden wir die radikalen Damen schon durch die Rottfär sichten sehen, die ihnen Lydia Heymann aufgestoßen hat.

Keine Frauen im Schulvorstand. In Katernberg (Kreis Essen) hatten die Lehrerinnen den Antrag gestellt, zu Schulvorstandsmitgliedern zugelassen zu werden. Wie uns ein Privattelegramm meldet, hat der Gemeinderat den Antrag abgelehnt. Frauen verstehen ja nichts von Kindererziehung — dachten die Rechenverketter und Bau-spekulanten.

Verfammlungen.

Genoffe Ernst Krewski sendet uns folgende Zuschrift:

Der Bericht über die Generalversammlung der Arbeiter-Bildungsschule enthält in bezug auf die Materie: Literaturgeschichte einige böse Unstimmigkeiten, die der gegenwärtigen Presse, wie vorausgesehen war, erwünschte Gelegenheit zu häßlichen Bemerkungen gegeben haben. Insofern, als meine Person in Frage kommt, setze ich mich veranlaßt, jene augenscheinlich beabsichtigten Entstellungen zu korrigieren. Im April trat Genoffe Brunwald im Auftrage des Vorstandes der Arbeiter-Bildungsschule an mich mit dem Wunsche heran, die literarisch-wissenschaftlichen Vorträge zu übernehmen. Dabei wurden mir die Gründe für diese Aenderung bekannt gegeben. Ich machte jedoch gleich darauf aufmerksam, daß mir die gedachte Lehrverpflichtung außerordentlich schwer fiel, weil meine ganze Arbeitskraft bereits von traktmäßig an die Fertigstellung meines nunmehr in Kürze erscheinenden illustrierten Werkes: „Richard Wagner in der Karikatur“ gebunden wäre, und ferner, daß ich in Rücksicht darauf wahrscheinlich in die Zwangslage kommen würde, die Vorträge vorzeitig einstellen zu müssen. Am 7. Mai hielt ich den ersten Vortrag. Es waren kaum zwei Dutzend Zuhörer. Auf mein über diese laue Beteiligung geäußertes Erstaunen wurde mir erwidert, daß die Ursachen hierfür — ganz abgesehen von der Jahreszeit — in rückläufigen Umständen zu suchen wären, die ich hier de Erläuterung entziehe. Anlässlich der zweiten Stunde fand die Leitung es für angezeigt, die nächste Stunde auszusparen, weil in anbeacht des schönen Wetters kaum jemand kommen würde. Ich hielt dann noch einen dritten Vortrag. Inzwischen war da Raß meiner Arbeit — vermehrt durch die mittelmittelslaufenden Storkenfahrten — so gewachsen, daß ich mich gezwungen sah, den Vorlesenden der Schule: Genoffen D. Lammé brieflich unter dem 31. Mai zu bitten, mich auf die Dauer von etwa drei Wochen von meiner Verpflichtung zu entbinden. Zugleich erklärte ich mich bereit, den Ausfall durch vermehrte Vorträge ab Juli weit zu machen. Unglückseligerweise war Genoffe Lammé verreist. Der Brief war bei ihm liegen geblieben! Infolgedessen konnten die Teilnehmer nicht rechtzeitig von meinem Wunsch unterrichtet werden. Erst einige Zeit danach teilte mir der Vorlesende mit, daß man beschlossen habe, den Kursus während der Sommermonate überhaupt ausfallen zu lassen, weil da an eine regsame Beteiligung erfahrungsmäßig nicht zu denken sei. Das ist der Sachverhalt. Jedenfalls fand ich einen arg verfahrenen Starren vor und habe meinesseits keinerlei Veranlassung gegeben, daß der Kursus „abgebrochen werden mußte“, weil er nicht „den Anforderungen der Schüler entsprechen“ hätte. Zuschriften, die mich nachträglich zugegangen sind, haben mich vom Gegenteil überzeugt. Ernst Krewski.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichs, 16. August 4, eine Treppe (Candellstraße) Bellevue, Durchgang nach Lindenstr. 101, wochentags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Sonntags von 10 bis 12 Uhr. Bei Besuchen um 6 Uhr. Jeder Vorfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Westzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

G. B. 100. Die Höhe der Unterstufung richtet sich nach der Zahl der eingeschriebenen Warten und nach der Höhe der einzelnen Warten. — G. B. 27. Besondere wäre zulässig, insofern es kaum anzunehmen, daß in dem von Ihnen angeführten Fall die Unterbringung in eine Fremdenanstalt ohne Grund statthaft ist. Die Besondere können Sie an das Amtsgericht richten. — B. 100. 1. Wenden Sie sich an den Rentamtsverwalter für Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands, Neue Königsstr. 39. Verlangen Sie es mit einer Eingabe an die Stützungsdeputation, Magistral.

R. Braudo. Die Kirchensteuern müssen Sie zahlen. Sie können sich für die Zukunft von der Zahlung nur dadurch befreien, daß Sie aus der Kirche austreten. Treten Sie noch in diesem Jahre aus der Kirche aus, so haben Sie vom 1. Januar 1907 an Kirchensteuern nicht mehr zu zahlen. — H. B. 97. 1. Wenden Sie sich direkt an eine Rederei. 2. Anknüpfen über Heilen u. dergl. erhalten Sie in amtlichen Auskunftsstellen: Alexanderplatz, Friedrichstraße, Potsdamer Bahnhof, Anhalter Bahnhof, Schlesischer Bahnhof. 3. Ein Paß wäre zweckmäßig. — Jakob 26. Wenn aus der Police nichts Gegenteiliges hervorgeht, nein. — W. G. 8. Vera. — G. W. 38. Die Ablegung des Eramens kann für Ihren Sohn von Vorteil sein. Wegen der Bedingungen, Kosten usw. wenden Sie sich direkt an die Generalkammer. — H. G. Den Text des bürgerlichen Gesetzbuches und der Zivilprozessordnung können Sie in jeder öffentlichen Bibliothek z. B. Alexandrinenstr. 26 einsehen. — W. J. 100. Einbahnlinien liegen vor. — Müller. Der Zug des sogenannten Hauptmanns von Köpenick fand am 18. Oktober, seine Verurteilung am 1. Dezember 1906 statt. — H. G. 10. Die Genoffin Ida Baar, Blumensdorf, Kallenberg 17, wird Ihnen die zutreffende Auskunft geben können. — H. B., Charlottenburg. Ob wann ist zur Zahlung des Buches nicht verpflichtet. Auf Sie nicht, wenn Sie etwa noch nicht volljährig, also noch nicht 21 Jahre alt sind. Sind Sie volljährig, so sind Sie zur Zahlung verpflichtet, weil Sie trotz der häufigen Warnungen unermesslich den Restbetrag unterschreiben haben. Gehen Sie nicht, dann kann der Gläubiger auch nichts holen. — R. B. 32. 1. bis 3. Doch. Der Schloßherr in Berlin aufnimmt. In verpflichtet, innerhalb einer Woche nach der Aufnahme des ersten Schloßganges eine schriftliche Anzeige bei der Polizeidirektion in einem Formular über die Aufnahme von Schloßleuten zu machen. Die Polizei prüft darauf, ob die Schloßleute den polizeilichen Bestimmungen entsprechen und erteilt eine Bescheinigung hierüber. Jeder Schloßraum muß mindestens je zwei Quadratmeter Bodenfläche und je 10 Kubikmeter Luftraum auf den Kopf enthalten. Für Kinder unter 6 Jahren genügt 1/2, für Kinder von 6 bis 14 Jahren genügt 7/8, dieser Maße. Der Schloßraum darf mit Werten nicht in offener Verbindung stehen. Eine besondere Erlaubnis dürfen Schloßleute verschiedenen Geschlechts, die zu einander nicht im Verhältnis

von Eheleuten, Eltern, Kindern oder Geschwistern...
2. 50. 1. Ja, aber die Gerichtsbarkeit ist eine schwebende. 2. Nein.
3. Sie können zwei Jahre lang mit der Klage warten, aber aus der Richt-
erhebung der Klage wird in der Regel auch ein Verzicht der Ansprüche ge-
schlossen. — R. G. 1907. 1. Ja. Die die Namensbeilegung erfolgt, ist
unter R. 14 dargestellt. 2. Ja. 3. Ja. Es können aber daraus polizei-
liche Sanktionen entstehen. — Ländere 99. Sie würden in vollem Um-
fange haftbar sein. — Tausch 7777. Sie sind zur Haftung verpflichtet,
die Krankenverwaltung kann Ihnen Kosten beteiligen. — S. 5. Eine
solche Bestimmung besteht nicht. — R. W. 709. Wenden Sie sich an den
Transportarbeiterverband, Engel-Ufer 15. — S. P. Im Jahre 1879.
— 20. Die Beschäftigung der Kinder ist verboten, beantragen Sie Be-
schränkung. — G. 2. 50. Ja, jedenfalls sollte der Vater den Antrag, ihm
auf Grund des Gesetzes vom 22. Mai 1885 die Rechte von 10 W. monatlich
zu bewilligen, stellen. — R. G. 80. Lassen Sie sich von dem Gericht
zwei Urteilsanforderungen, eine mit der Vollstreckungsklausel versehen,
erstellen und beantragen Sie einen Gerichtsvollzieher mit der Vornahme der
Wandlung. — W. 2. 10. Ja. — G. 2. 22. Der Fall würde nach dem
früheren Gesetz entfallen, wenn etwa jetzt noch anzustellende Klage
würde daher, wenn alljährlich eine in Frage kommt, abgewiesen werden.
— S. P. 15. 1. Ein solches Gesetz besteht nicht. 2. Ja. 3. Durch 1. er-
ledigt. — W. 2. 1. 1. In Ihrem Falle würde die festgesetzte Verein-
barung gültig sein. Die sogenannte Tage tritt nur bei dem Mangel einer
Vereinbarung ein. 2. Ja. — S. 101. 1. In Pfand besetzte Sachen

dürfen nicht verkauft werden. Man kann lediglich die Forderung einlagern
und dann das Pfand durch den Gerichtsvollzieher verkaufen lassen. 2. Ein
einfacher Kaufvertrag in Verbindung mit einem Verpächtervertrag würde genügen.
Soweit der Vertrag aber vorhandene Mängel der Sache enthält, ist er
ungültig. 3. Nein. — R. W. Die Betonung fällt bei Thalia auf 1.
— R. 25. 1. Ja. 2. Der Lohn ist unpfändbar. Soweit ersichtlich, liegt auch im
übrigen kein Wandlungsgeld vor. — Senje. Dammstraße 111. Ubr.
— G. 34. Wenden Sie sich schriftlich beschwerdeführend an das Vor-
mundschaftsgericht. Sollte aber etwa die Ueberweisung durch Strafgerichts-
urteil ausgesprochen sein, so würden Sie gegen das Strafgerichtsurteil
Reklusion oder Berufung einlegen müssen und haben auch zu verlangen, daß
Ihnen das Urteil zugestellt werde. Bei der Wichtigkeit der Angelegenheit
empfiehlt es sich, die Gültigkeit in Ansuchen zu nehmen. —
R. 2. 10. Wenden Sie sich an Genossen Simonowitsch, Engel-Ufer 15.
— O. R. 75. Uns nicht bekannt. — Port Allegre. Seien Sie mit dem
Abschluß des Vertrages sehr vorsichtig. Zuerst sollte die Kaufsumme
über die Verhältnisse in Brasilien durch die amtliche Konsulatsstelle, Berlin,
Schellingstr. 4. — T. W. 33a. Wenn nicht etwa aus Ihren Miet-
verträge das Gegenteil hervorgeht, so sind Sie nicht verpflichtet, die Eheleute
zu erheben, die beim Umziehen von Ziehlenten eingetragene ist. Der Inhaber
des Möbeltransportgeschäftes ist in vollem Umfange schadensersatzpflichtig.
— G. R. 1863. 1. Da die betreffende Person Mitglied der Kasse ge-
blieben ist, ja. 2. Ja. — R. P. 14. Zur Umschreibung des Namens ist
erforderlich, daß der Vormund, die Mutter und der Ehemann vor dem
Standesbeamten zu Protokoll ihre einwilligenden Erklärungen abgeben.
Die Erklärungen können auch in notariell oder gerichtl. beglaubigter
Form abgegeben werden. Die Kosten sind unerheblich, der außerordentlich
Erzeuger wird durch die Umwandlung des Namens seines Kindes keines-

wegs von der Verpflichtung entbunden, Alimente zu zahlen. — R. W. 33.
Da Sie die Verpflichtung ausdrücklich übernommen haben, ist eine Be-
freiung von derselben ohne Zustimmung der Gemeinde nicht möglich.
— R. P. 61. 1. In zwei Jahren. 2. Ja. — W. P. 50. 1. Sie
können den vereinbarten Lohn beim Amtsgericht einlagern. 2. Ja, aber die
volle Schadenersatzforderung stünde Ihnen gegen den Vater zu, mit dem Sie
Vertrag geschlossen haben. — Abonent 60. 1. und 2. Der Lohn ist
wegen Alimentenforderungen außerordentlich pfindbar. Jedoch muß
dem Schuldner sonst gelassen werden, als er zu seinem notwendigen und
zu dem handesgemäßen Unterhalt seiner Ehefrau und seiner ehelichen
Kinder gebraucht. Wieviel das ist, hat der Richter von Fall zu Fall zu
entscheiden. 3. Auch ohne Vertrag leben Eheleute außer Gütergemeinschaft.
Zweckmäßig ist es aber, durch einen gerichtlichen oder notariellen
Vertrag das Eigentum der Ehefrau ausdrücklich anzuerkennen und
auf das Verwaltungs- und Nießbrauchrecht zu verzichten. 4. Ja.
Die Ehefrau kann aber mit Erfolg dagegen klagen. — S. J. 3a.
— Otto 400. 1. Ja. 2. In Stelle der Gerichtskosten kann nicht Haft-
sicherheit werden. Der Pächter kann wie jeder Pfandgeber Pfänden lassen,
event. Offenbarungsbild verlangen. 3. Der Eid wäre ein unrichtiger. Die
Sachen würden nach wie vor Ihnen gehören und nur verpfändet sein. —
G. W. 500. Die Kinder erster Ehe können Nachlassregulierung hinter
dem Nachlass der Mutter verlangen. Ob dabei für die Kinder etwas
herauskommt, oder ob ein überschuldeter Nachlass vorliegt, läßt sich erst aus
näheren Angaben des Vaters ersehen. — J. R. 44. Sie könnten nur
auf Einräumung des verpächtermäßig Ihnen zustehenden Kellers und auf
Schadenersatz klagen. Wenn Sie aber nicht sofort protestiert, die Sache
vielmehr fast 2 Jahre haben laufen lassen, so hätte die Klage wenig Aussicht
auf Erfolg.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Rittwoch, den 4. September.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Oberhaus. Die Walküre.
Anfang 7 Uhr.
Kgl. Schauspielhaus. Die Raben-
heilerin.
Deutsches. Robert und Bertram.
Kammerstücke: Fräulein Julie.
(Anfang 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Berliner. Die tanzenden Mädchen.
Festung. Die Stützen der Gesellschaft.
Sailer O. (Sailer-Theater.)
Nonna Vanna.
Schiller Charlottenburg. Ein
Fallissement.
Neues Schauspielhaus. Die
Hochzeitsfeier.
Neues. Der Dieb.
Komische Oper. Tosca.
Westen. Die lustige Witwe.
Vestpielhaus. Sufarenfieber.
Zentral. Orpheus in der Unter-
welt.
Kleines. Vater und Sohn.
Residenz. Haben Sie nichts zu ver-
zollen?
Trianon. Fräulein Josette — meine
Frau.
Thalia. Ihr Segn. — Ubr. — Otel.
Bernhard Rote. Der große Un-
bekannte. Anfang 8 1/2 Uhr.
Theater an der Spree. Der
Altenbubler.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Apollo. Schwester Schiffer. Spe-
zialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Gebr. Herrnsfeld. Madame Wig-
Wag. Es lebe das Nachleben.
Passage. Lona Nansen. Spezialitäten.
Wintergarten. Amie Dancrey.
Mimie Dirksen. Spezialitäten.
Prater. Der Tanzteufel.
Luisen. Turandot.
Kaisers. Die wilde Jagd.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Urania. Tautentropfen 18/49.
Abends 8 Uhr: Von der Zug-
spitze zum Watzmann.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/58.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze
zum Watzmann.
Invalidenstr. 57-59: Sternwarte.
Täglich geöffnet von 7 1/2-11 Uhr abds.

WINTERGARTEN

Täglich ab nachm. 4 Uhr:
Großes
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mk., von abends
6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter
10 Jahren die Hälfte.

Zentral-Theater.

Heute und folgende Tage:
Orpheus in der Unterwelt.
Sonntag nachmittag: Geisha.
Friedrich-
Wilhelmst. Schauspielhaus
Chausseest. 30/31.
Eröffnungs-Vorstellung
Freitag, 6. September, abends 8 Uhr:
„Die Nibelungen.“
Von Fr. Hebbel.
I. Abend: „Der gebornete Siegfried.“
Siegfrieds Lob.“

Luisen-Theater

Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Turandot.
Donnerstag: Turandot.
Freitag zum erstenmal: Die beiden
Reichsmüller.
Sonntag: Turandot.
Sonntag nachm.: Gelpenker.
Abends: Gebildete Menschen.
Montag: Turandot.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern
von Julius Freund. Musik von
Viktor Hollaender. Dirigent Max
Roth. In Szene gesetzt von
Direktor Richard Schultz.
Rauchen überall gestattet.

Apollo Theater

915
8 Uhr: Debuts d. neuen Spezialitäten
Silvester Schäffer,
der berühmte Universal-Künstler.
Tan Wilson u. Miss Helvia, Bar-Alt.
Ponscherry's Drahtseil-Akt.
Geschwister Amoros,
Equilibristische Neuheit.
Ines et Taki,
Musikalische Eccentrics u. a. m.

WINTERGARTEN

Anne Dancrey, Pariser Säng.
The 8 English Girls,
Gesangs- und Tanztruppe.
Die 4 Barowskys, Akrobaten.
„Die Bauernjungen im Walde“.
Le Roy Talma u. Bosco,
Zauber-Künstler.
Agost, komischer Jongleur.
George B. Reno Company,
amerikanische Exzentriks.
Annie Dirksen.
Olga Preobrajensky, Prima
Ballerina u. M. Legat, Solotänzer
v. d. kais. Hofoper in Petersburg.
Papinta, amerikan. Phantasie-
und Spiegeltänzerin.
Kellino Truppe, in Vologna.
The Hartleys, Springer, Der Blondg.

Kajino-Theater.

Lothringenstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Die wilde Jagd.
Ludwig Fulda.
Aufspiel in
4 Akten v.
Weber d. glänz. Gedrängungs-
Bogen.
Sonntag 4 Uhr: Holrat auf Probe.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Sailer-Theater).
Rittwoch, abends 8 Uhr:
Nonna Vanna.
Schauspiel in 3 Akten von
Maurice Maeterlinck.
Deutsch von J. v. Eppeln-Bronkowsk.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Herr Senator.
Freitag, abends 8 Uhr:
Nonna Vanna.

Gebr. Herrnsfeld-Theater.

57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Anfang 8 Uhr.
Stellvertreter 11-2 Uhr.
Täglich: Die Novität
Madame Wig-Wag
Operetten-Burleske von Anton u.
Donat Herrnsfeld. Musik v. Z. Zial.
Dazu die Separée-Affäre
Es lebe das Nachleben!
mit den Autoren Anton u. Donat
Herrnsfeld in den Hauptrollen.
„Das Lied der Liebe“ und das
„Anekdoten-Couplet“ aus der
Operetten-Burleske „Mad. Wig-
Wag“ sind im Theater sowie in
allen Musikalienhandlg. zu haben.

Passage-Theater.

Lona
Nansen.
14 erstklassige Nummern.

DERNHARD ROSE THEATER

Dr. Frankfurterstr. 132.
Im Garten, Anf. 4 1/2 Uhr:
Das glänzende
September-Programm
Speziell 50 Pf. Entree 30 Pf.
Im Theater abends 8 1/2 Uhr:
Der große Unbekannte.
Sommerpreis.

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Der
Millionär n. f. Schwiegersohn.
Schauspiel in 5 Akten.
Anfang 6 Uhr. Aufführung 3 Uhr.
Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.
Montag, 9. September: Schluß der
Sommer-Saison. Sonnabend, 14. Sept.:
Beginn der Winter-Saison.

Fröbels Allerlei-Theater

Schönd. Allee 148, Kastanien-Allee 97/99.
Bestes Volkstheater Berlins.
Ob schön! Der Ob Regel!
glänzende September-Spielplan
mit Karl Braun.
Deslions, Little Smith, Franconi usw.
Miss Carnos, Florus Rapmet, Wendins.
8 Uhr: Der Bombardier im Feuer.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
Im Saal täglich: Großer Ball.
Am 5. September Doppel-Benefiz
für Missie Kruso und Willy Fröbel.
Einmalige Aufführung:
Der Raub der Sabinerinnen.

Reichshallen-Theater.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Britton
als
Ante im
Familien-
bad
Wasssee.
Anf. Bochent. 8, Sonntag 7 Uhr.

Neue Welt

Gartenstraße 108-114.
Rittwoch, 4. September 1907:
Lehtes
Kinder-Fest
Kinderbelustigungen aller Art.
Gratis-Vorstellung:
I. Preis für Mädchen: 1 silberne
Damenuhr.
1. Preis für Knaben: 1 silberne
Gerrenuhr.
Großes Konzert und
Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 5 Uhr. Entree 15 Pf.

Trianon-Theater.

Fräulein Josette — meine Frau.
Anfang 8 Uhr.

Gardinen-Spezialhaus

Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158
Riesen-Auswahl!
Gardinen, Portieren,
Stores, Vitragen, Tüll-
Bettedecken etc.
Einzelne Fenster spottbillig!
mit ca. 600
Abbildungen
gratis und franko.

Brunnen-Theater

Bachstraße 68. Direkt.: Bernh. Ross.
Heute: Mit großem Erfolge:
Die Tochter des Heimkehrten.
Spezialitäten 1. Ranges.
Schus x Oskar Taske.
Rudolf Berger. x x Mr. Hopkins.
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.
Montag, den 9. September: Benefiz
für das Schauspielpersonal. Letzte
Vorstellung der Saison.

Berliner Prater-Theater

Kastanien-Allee 7/9.
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Der Tanzteufel.
Außerdem:
Spezialitäten 1. Ranges.
Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Sanssouci, Kottbus

Strasse 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntags, Montags,
Donnerstags:
Hoffmanns Nordl. Sänger
u. Tanzkränzchen.
Stets hochinteress. Progr.
Vorgaben:
Große Elite-Soiree. Tanz.
Sonntags Beginn 5,
wochentags 8 1/2 Uhr.
Sonnabend, 2. Novbr., ist
für Festlichkeiten noch frei!

Reichshallen-Theater.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Britton
als
Ante im
Familien-
bad
Wasssee.
Anf. Bochent. 8, Sonntag 7 Uhr.

Braatz' Amerikanischer Affen-Zirkus

a la Brockmann.
Am Breznauer Tor.
Täglich: Gr. Vorstellung 8 1/2 Uhr.
Außerdem Sonntags, Feiertags, Ritt-
woch 8 u. Sonnabends nachm. 4 Uhr:
Extra-Kinder- u. Familien-Vorstellung.

Palast-Theater.

Burgstraße 24.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Das glänzende Programm.
Attraktionen 1. Ranges.
Unter anderem:
Das schwimmende Theater.
Das Tollste vom Tollen.
Die 5 Marnos
erstklassige Akrobaten.
The Newport
Erzentrills
und 8 erstklassige Nummern.
Vorverkauf von 11-1 Uhr.

Für die rege Beteiligung bei der
Beeridigung unseres lieben Vaters,
Schwiegeraters und Großvaters,
des Ehepaars
29955

Herm. Wittenberg
sagen wir hiermit dem Gelan-
gerten „Hoffnung III“, dem Bah-
verein des Bezirks Nichtenberg
sowie den Lehrern der Wälsfabrik
Gobr. Frank und den Stammgästen
unseren tiefgefühltesten Dank.
Frau Wittenberg nebst Kindern.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beeridigung meines
lieben Vaters, meines guten Vaters
Alfred Kern
sage ich allen Verwandten und Be-
kannnten sowie den Kollegen der
Automobilfabrik Ober-Schöneweide
meinen innigsten Dank. 27115
Otilie Kern nebst Kindern.

Danksagung.
Für die vielen Beweise der Teil-
nahme bei der Beeridigung meines
lieben Vaters, des Barbiers
Alfred Kern
sage ich allen Verwandten und Be-
kannnten sowie den Kollegen der
Automobilfabrik Ober-Schöneweide
meinen innigsten Dank. 27115
Otilie Kern nebst Kindern.

Danksagung.
Für die vielen Beweise der Teil-
nahme bei der Beeridigung meines
lieben Vaters, des Barbiers
Alfred Kern
sage ich allen Verwandten und Be-
kannnten sowie den Kollegen der
Automobilfabrik Ober-Schöneweide
meinen innigsten Dank. 27115
Otilie Kern nebst Kindern.

Phänomenen-

Nach
Egyptischer Art
hergestellt.
Zigaretten
feinste
Handarbeit.
Zigarettenfabrik „NAMKORI“

Kunst-Abend

unter Leitung von
Margar. Walkotte
am Sonntag, 15. September, Gowerkshaus, Engel-Ufer 15.
Als Gast: Kun Arpad, der 12jähr. Violinvirtuos,
Beethoven-Sinfonie usw.
Mitwirkende: Kun Arpad, der 12jähr. Violinvirtuos a. G.;
Magarthe Walkotte, Vortragskünstlerin; Elsa Thiele,
Koloratur-Sängerin; Otto Wiemer, Rezitator und Dialekt-
Humorist; Bernhard Nietzsche, am Flügel. 296/4*
Entree 60 Pf., Abendkasse 75.
Anfang 7 1/2 Uhr. Anschließend Tanz.
Vorverkauf: Zigarrenhandlung Horsch, Engel-Ufer 15.

Möbel und Polsterwaren

Spezialität:
Komplette Wohnungs-Einrichtungen
vom einfachsten bis zum elegantesten Genre
kauft man am besten und billigsten im
Möbel-Spezialhause
Brunnenstr. 1
I, II, III, IV, V. Etage. 2700b*
Eingang Weinbergsweg, direkt am Rosenthaler Tor.
Kulante Zahlungsweise.
Zuvorkommende Bedienung.

Partei-Angelegenheiten.

Spandau. Am Freitag, den 6. d. M., findet im Lokal von Köppl, Pichelsdorferstraße, die Generalversammlung des Wahlvereins statt.

Hessen. Den Mitgliedern des Wahlvereins zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 8. September, das diesjährige Sommerfest im Schindles Lokal abgehalten wird.

Nordend. Heute Mittwoch abends 8 1/2 Uhr findet im Lokal des Genossen J. Schäfer die Versammlung des Wahlvereins für Nordend-Wilhelmsruh statt.

Berliner Nachrichten.

Paradefoller.

Bei dem Paraderummel am Montag spielten sich wieder häßliche Szenen ab. Die patriotischen Gaffer wollten sich wohl den militärischen Klängen nicht entgehen lassen, andererseits sich aber durchaus nicht den militärischen Regeln fügen.

Eine Unfite aber, gegen die nicht energisch genug angeknüpft werden kann, ist das Mitnehmen kleiner, unerwachsener Kinder in ein solches Menschengewühl. Es ist eine Gewissenlosigkeit sondergleichen von Eltern, bloß um ihre eigene Neugierde zu befriedigen, Leben und Gesundheit ihrer Kleinen zu gefährden, wie sich dies bei der Parade in Hunderten von Fällen gezeigt hat.

Wann werden diese Menschen mal zur Vernunft kommen? Als Paradeduppen hatte ein tapferer Patriot seine Kinder aufgestellt. Ein Leier schreibt uns hierzu: „Bei dem Aufmarsch der Truppen nach der Parade vom Kreuzberg hatte auch ein biederer Patriot, mit der Kornblume im Knopfloch, mit seinen vier Jungen in Kürassieruniform mit Kürasch und Adlerhelm in der Friedrichstraße in der vordersten Reihe aufgestellt.“

Endlich an der Rohrenstraße fand er den rechten Mann; ein gleichgeinnter Schuttmann postierte zu des Vaters Stolz und Freude die vier ausgeputzten Jungen vorn an die Vordrüse, wo sie tüchtig Hurra schreien konnten.

Vielleicht handelt der Vater mit Kinderuniformen, daß er dafür Reklame machen wollte; denn hätte er aber seine Firma besser zur Schau tragen sollen. Ob dieser sonderbare Patriot etwa ein schwarzweiß-rotes Hemd anhatte, konnte ich leider nicht ermitteln.“

Der Zusammenstoß auf der Stadtbahn

am Sonntagnachmittag hat gezeigt, daß die Bahnverwaltung beim Eintreten eines Betriebsunfalls vollkommen ohnmächtig ist. In einer Zuschrift an das „Berliner Tageblatt“ heißt es:

Um 3 Uhr nachmittags passierte der Unfall, und noch um Mitternacht war man der Situation so wenig Herr geworden, daß durch die ganz regellose Abfertigung der Fernzüge ganz Deutschland durch den kleinen Zusammenstoß am Schlessischen Bahnhof in Mitleidenschaft gezogen wurde. Es ist gewiß nicht leicht, den riesigen Verkehr über die vier Stadtbahnstrecken plötzlich auf zwei Schienenpaaren zu erledigen, aber so vollkommen unvorbereitet dürfte man einer Gleissperre, die gerade infolge des großen Betriebes und bei dem mangelhaften Maschinenmaterial der Stadtbahn stets in drohender Nähe ist, nicht gegenüberstehen.

Die letzte Ursache dieser Verwirrung war wieder ein Mangel an Beamtenmaterial. Die Zahl der Beamten an den Blocksignalen war noch um Mitternacht nicht über die normale Zahl hinaus verstärkt worden. Dabei hatten diese Beamten während der Zeit der Störung einen um das Zehnfache vermehrten Dienst zu versehen. Denn da durch die völlig unnormale Führung der Züge auch die normale Signalgebung nicht funktionieren konnte, so war eine fortwährende telephonische Verständigung zwischen den einzelnen Blockstationen notwendig. Außerdem war jede der regelmäßigen Abfahrtszeiten der Züge zur Kontrolle schriftlich zu vermerken

und auch der Zugführer eines jeden Zuges mit einem amtlichen Abfahrtsbefehl zu versehen. Alle diese Handlungen mußten an vielen Stellen von einem einzigen Beamten erledigt werden.

Rein Wunder, wenn auf der Stadtbahn am Sonntag eine Ordnung wie in einem marokkanischen Heerhaufen herrschte.

Im Stadtbahnverkehr herrschte ebenfalls große Verwirrung. An vielen Stationen waren die Beamten nicht einmal in der Lage, über die Verzögerung des Verkehrs Auskunft zu geben.

Die Stadtverordnetenversammlung

tritt am Donnerstag zu ihrer ersten Sitzung nach den Ferien zusammen. Ihr liegt eine umfangreiche Tagesordnung mit sehr wichtigen Vorlagen vor. So steht zunächst die endliche Berichtserstattung über die Ausschüsse über die Vertzumaachsteuer auf der Tagesordnung. Weitere Vorlagen betreffen u. a.: die Errichtung eines Armenamtes im Osten der Stadt, — die Annahme eines Vermächtnisses von 15 000 M. der verm. Kaufmann Cécilie Langner, geb. Wendelssohn, zu Stipendien bezw. Aussteuerzwecken, — eine Erbschaft für den Bezirksausschuß, — den Abschluß von Gaderungsverträgen mit den Gemeinden Ralchow und Karow, — die Verkleinerung des Platzes K. Abteilung XIV, zwischen Rebars- und Simphonstraße an der Grenze von Forchagen-Kummelsburg, — die Abnahme des Ausbaues der Erfrischungshalle im Treptower Park, — die Annahme einer Zuwendung eines Herrn, der nicht genannt sein will, in Höhe von 12 000 M., — die Annahme einer Schenkung der Handelskammer zu Berlin, — die Bereitstellung außerordentlicher Mittel zu baulichen Ausbesserungsarbeiten in der Köllnischen und Berlinischen Propstei, — die Anschaffung eines Automobils zur Benutzung durch die Magistratsmitglieder und die Beschaffung von Abonnementsfahrkarten der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft für die Mitglieder der städtischen Behörden, — die Beschaffung eines oder mehrerer Ehrenpreise für die zweite milchhygienische Ausstellung zu Dresden, — den Ankauf eines Teiles der Wuhlsheide, — die Annahme des der Stadtgemeinde von dem Rentier und Bezirksvorsteher Wilhelm Wurst zur Errichtung einer städtischen höheren Lehranstalt gemachten Vermächtnisses, — die Zahl der das passive Wahlrecht zur Stadtverordnetenversammlung besitzenden Berliner Hauseigentümer, — Sicherung der Fenster im Männerüberwachungs- hause der Jernmühlstraße, — die Bewilligung von Ehrenpreisen an den Verband deutscher Räder, — die Annahme einer Stiftung von 2000 M., — die Anlegung der verlängerten Magazinstrasse von der Alexanderstraße bis zur Dierksenstraße, — die Verbenzung des städtischen Geländes an den Plantagen- bezw. Antonstraße für Gemeindefürsorge, — die erfolgte Verleihung von Preisen aus der städtischen Stiftung zu Preisaufgaben für Studierende der hiesigen Universität, — Derabsetzung des von der Gemeinde Kleinbeeren zu leistenden Beitrages zu den Kosten der Umplasterung der Dorffstraße daselbst, — die Entnahme der Grundstücke Charlottenstraße 6 und 7 aus dem Stadtbezirk 27 und Zuteilung zum Stadtbezirk 28, — die Beschaffung eines elektrisch betriebenen Automobils-Beschlages für die Feuerwache in der Schönlanke- Straße, — die gegen die Richtigkeit der Gemeindefürsorge erhobenen Einsprüche, — die Ueberlassung des Terrains in Diederichsdorf an die Gemeinde Diederichsdorf zu Kirchhofszwecken. Außerdem zahlreiche Nachfragen.

Aus der städtischen Kaufdeputation.

Einer Anregung der Bildhauervereingung des Vereines Berliner Künstler folgend, hat die städtische Kaufdeputation beschlossen, für die Ausschreibung eines freien Ideen-Wettbewerbes zwei Ausschreibungen des Pappelplatzes einen Betrag von 7500 M. zur Verfügung zu stellen. Die Wahl der Jury, die Verteilung der Preise sowie die Gestaltung der Ausstellung der Konkurrenzarbeiten soll der Berliner Bildhauervereingung überlassen bleiben. Die preisgekrönten Skizzen gehen in das Eigentum der Stadtgemeinde Berlin über. Die Ausschreibung des Wettbewerbes wird kurzzeitig von der genannten Bildhauervereingung vorbereitet. Der Pappelplatz liegt an der Invalidenstraße, bildet dort ein spitzes Dreieck, das an der einen Längsseite von dem Sophien-Kirchhof, an der anderen von der Invalidenstraße und an der Schmalseite von der Aders- straße begrenzt wird.

Reuegestaltung des Bahnhof Zoologischer Garten. Der Bahnhof Zoologischer Garten in Berlin entspricht in seinem Umfang und Einrichtungen längst nicht mehr der wachsenden Bedeutung seines Verkehrs. Insbesondere ist der Zugang zum Bahnhof sehr unvollkommen. Seit nahezu zehn Jahren schwebt denn auch Verhandlungen zwischen der Stadtgemeinde Charlottenburg und dem Eisenbahnbüreau. Jetzt ist endlich ein Vertragsentwurf zustande gekommen, dem der Rat des Büreau zustimmen will und der vom Charlottenburger Magistrat genehmigt worden ist. So daß nun auch die Zustimmung der Stadtverordneten erforderlich ist. Vor allem soll auf der westlichen Seite des Bahnhofes auf dem Gelände der früheren Westbahn eine Straße angelegt werden, die etwa 100 Meter weit von der Hardenbergstraße hineinführt. Eine zweite neue Straße soll eine Verbindung herstellen zwischen dieser Infanteriestraße und der verlängerten Joachimsthalerstraße. Das Gelände zwischen dem Bahnhof und dem Zoologischen Garten wird in der vollen bebauungsplanmäßigen Breite vom Büreau an die Stadtgemeinde Charlottenburg abgetreten. Selbstverständlich bleiben die bestehenden Verpflichtungen gegenüber den Elektrizitätswerken, Wilmersdorf, der Westlichen Vorortbahn und dem Zoologischen Garten bestehen. Die übrige Veranschlagung der Rechte zwischen Büreau und Gemeinde ist ohne Interesse für die Öffentlichkeit.

Gefohlener Fußwerk. Der Milchhändler Gustav Volkner aus Pantow war am Montag hier in der Neuen Schönhauserstraße beschäftigt. Er ließ sich Fuhrwerk, das aus einem guten Veredelungsmitelwagen mit einem Mansamittel bestand, auf der Straße ohne Aufsicht stehen. Als er nach kaum zehn Minuten aus dem Hause Nr. 7 wieder heraustrat, waren Wagen und Pferd verschwunden. B. machte sofort der Polizei Anzeige, doch sind alle Nachforschungen vergeblich gewesen. Der Schaden beziffert sich für den Gefohlenen auf rund 1000 M.

Ein schwerer Automobilunfall, der auf eine seltsame Ursache zurückzuführen ist, hat sich in der Behrenstraße zugetragen. Ein unbekannter etwa 23jähriger Mann war im Begriffe gewesen, in der Nähe der Friedrichstraße den Fahrdamm zu überschreiten. In einer Entfernung von wenigen Metern kam ein Automobil herangefahren und der Passant war über das plötzliche Erscheinen des Kraftwagens derart erschrocken, daß er sich weder vor- noch rückwärts wenden konnte. Der Chauffeur, der annahm, daß der junge Mann infolge der abgegebenen Warnungssignale ausweichen werde, fuhr weiter und das Auto ging über den Unbekannten hinweg. In betäubtem Zustand wurde er von einem Schuttmann nach der Charité gebracht, wo schwere innere Verletzungen bei ihm festgestellt wurden.

Ins Wandern.

Zahlreiche Militärzüge befördern jetzt die gesamten Garde- truppen ins Wandergelände. 32 Sonderzüge werden vom Schlessischen Bahnhof und 12 von der Ostbahnhof abgefahren werden. Durch die Beförderung der Truppen wird für den Güterverkehr eine Verkehrsstörung eintreten, da die fälligen Güterzüge teilweise still liegen müssen. Um bei dem Verladen der Truppen die Ordnung aufrecht erhalten zu können, wird auf dem Bahnhof ein militärisches Wachkommando stationiert.

Das Ende des Ruischers. Ein einschlägiger Unglücksfall hat gestern Abend den Tod des Ruischers Carl Gerlach aus der Schindles- straße 12 herbeigeführt. G. war mit einer Kuhre Sand auf das Neubaugrundstück Loubenstr. 15 gefahren. Durch die Ausschachtungen

ist die Einfahrt steil abfallend angelegt. Als nun G. mit seinem Fuhrwerk den Abhang hinunterfuhr, kam das schwere Gefährt ins Rutschen, die Pferde vermochten es nicht mehr aufzufassen und G. stürzte vom Wok herab unter die Räder. Der Bedauernswerte wurde fast vollständig zermalmt. Die Räder waren ihm über Kopf und Brust hinweggegangen. Bevor noch ein Arzt helfend eingreifen konnte, war G. den furchtbaren Verletzungen erlegen.

Personen, die Zeugen des Straßenbahnunfalls am Sonntag- abend in Alt-Moabit, Ecke Stromstraße, waren, bei dem eine Frau totgefahren wurde, werden gebeten, ihre Adressen an Karl Burg- hardt, Stromstr. 38, zu senden.

Mordversuch und Selbstmord.

Gestern nachmittag 3 Uhr gab der 32 Jahre alte Schneider Johannes Heydt, wohnhaft Elisabethufer 32, im Grunewald ohne jede Ursache auf den Tischler R. Sch. zwei Schüsse ab und tötete sich dann selbst durch einen Schuß in der rechten Schläfe. Allem Anschein nach hat Heydt Selbstmord verübt aus Furcht vor einer Strafe, die er noch verhängen sollte.

Ertrunkene Kinder. Beim Baden im Tegeler See hat gestern der achtjährige Sohn des Schneidemeisters Rothe aus der Provinz- straße in Reinickendorf sein Leben eingebüßt. Mit anderen Schul- knaben hatte R. gebadet und unvorsichtigerweise wagte er sich zu weit in den See hinaus. Durch eine heranbrausende Welle wurde er ungerissen und er geriet dadurch in eine Untiefe. Die Kameraden bemerkten den Unfall erst, als sie sich wieder anschießen wollten. R. war inzwischen bereits ertrunken. — Aus dem Schiffahrtskanal ist gestern die Leiche eines ertrunkenen etwa vier Jahre alten Mädchens gelandet worden. In der Nähe der Belle Alliancebrücke wurde der Leichnam ans Ufer angetrieben und geborgen. Zur Identifizierung wurde er nach dem Schauhaufe gebracht.

Das Apollo-Theater

Bringt für den September ein in der Tat glänzendes Programm. Den Clou des Abends bildet das Auftreten Silvester Schäfers, eines jungen, überaus vielseitigen Künstlers. Aus einer alten Künstlerfamilie stammend hat sich Schäfer jun. auf zahlreiche Gebieten eine Eleganz und Vollendung angeeignet, die geradezu staunenswert ist. Seine Arbeit ist ein förmliches Mosaikbild. Sie beginnt mit dem Auftreten des erst 23 Jahre alten Künstlers als Zauberkünstler, Karten- und Münzen-Manipulator. Was hier geboten wird, reicht sich den besten Spezialitäten auf diesem Gebiete an. Während sich das Publikum über die Manipulationen des Zaubers nicht den Kopf zerbricht, repräsentiert er sich noch nach rasidem Kostümwechsel in seiner zweiten Nummer als Sänemaler. Mit Delfarben schafft Silvester Schäfer in wenigen Minuten ein Gemälde, das die Zuschauer zu lauten Beifallrufen begeistert. Sodann produziert sich der Vielseitige als Jongleur; ein Glanzpunkt seines Repertoires bildet eine reizend komponierte Szene als moderner Jongleur im Damen-Voudoir. Välle, Lampen, Stühle und Tische und Stühle, alles folgt willenslos den gegebenen Winken. Es folgt nun die spanische hohe Schule zu Pferde: Silvester Schäfer als Reiter. Seine Schulpferde, eine Vollblut-Zuchstute und ein Louloufener Hengst werden von ihm auf einer von drei Säulen begrenzten Fläche in allen Gangarten der hohen Schule präsentiert. Dem Schulttrier folgen karische Spiele mit fünf Hunden. Hünle Fozteriers sind als Spanier kostümiert; die kleinen Helden sind in ihrem Gehörsam einfach rührend und stellen ihrem Dressur und Meister ein glänzendes Zeugnis aus. Auch als Kunstschütze ersten Ranges stellt sich der Künstler vor, wobei er von seinem treuen Jagdhund assistiert wird. Witten aus dem Theaterjargon in allen möglichen Stellungen, vorwärts, rückwärts und mittels eines Spiegels schießt Schäfer nach festen und beweglichen Zielen auf der Bühne und fehlt nie. Kaum hat sich das Publikum von seinem Erstaunen erholt, da ist der schmale Waldmann schon verschwunden und zeigt sich nach einigen Sekunden als ausgezeichnete Violin- Virtuose in den Charakterrollen eines Joachim, eines Paganini und eines Johannes Strauß. Die Hauptleistung des Abends bildet Schäfers als Darsteller olympischer Spiele, welche herkulische Kraft und Gemächheit in schönster Harmonie zeigen. Wenn sich der Vorhang hebt, jagt der junge Olympier, auf einem von zwei Schimmeln gezogenen römischen Wagen stehend, auf die Bühne. Er trägt dabei das klassische Kostüm der olympischen Streiter, den Lorbeerkranz im lockigen Haar. Mit diesem Wagen fährt er nun eine Glanzleistung aus. Er läßt sich 25- bis 40pfündige Kugeln von erheblicher Höhe in der Raden fallen, balanciert den Wagen auf dem Rime, während er zwei schwere Eisenkugeln emporstemmt; zum Schluß produziert er sich als der Arie Atlas, einen gewaltigen Globus auf den Schultern tragend, dem fünf Erbtelle darstellende Personen entsteigen. Außer dieser Glanzleistung befinden sich noch eine Anzahl guter Nummern auf dem sehr reichhaltigen Programm.

Das Kasino-Theater in der Lothringersstraße hat nunmehr ebenfalls seine Tore wieder geöffnet. Es ist seinem bisherigen Grund- sätze treu geblieben, für ein verhältnismäßig geringes Eintrittsgeld an einem Abend möglichst viel Amüsantes zu bieten. Und so besteht auch das Eröffnungsprogramm wie früher aus einem Theaterteil und einem bunten Teil. Diesmal hat sich die Direktion bereits an Ludwig Judas Lustspiel: „Die wilde Jagd“, herangewagt. Um es aber neben den anderen Darbietungen an einem Abend absolvieren zu können, erscheint das Lustspiel in einer Miniaturlausgabe, von F. Schäfer für das Kasino-Theater eigens bearbeitet. Wenn man die bescheidenen Mittel und die besonderen Umstände des Kasino- Theaters in Betracht zieht, kann man nur sagen, daß das Publikum bei einem Besuch vollständig auf seine Kosten kommt. Der Direktor Berg als Dr. Weidrecht, Gertraud Hinger als Melanie Dalberg und Fritz Schäfer als Comitätsrat Liebenau spielen ganz ausgezeichnet. In dem bunten Teil war es vor allem das Tschupkesche Manipulanz- Trio, das wahre Luststärke entsefelt.

Feuerwehbericht. In der letzten Nacht wurde die vierte Kom- pagnie nach der Straße Alt-Moabit 98/99 gerufen. Dort standen in der Rotorenfabrik von Jähkel u. Rinne drei Automobile voll- ständig in Flammen. Diese hatten schnell reiche Nahrung an Del, Benzin usw. gefunden, und als die Wehr nach Mitternacht dort an- kam, mußte sie von zwei Dampfstrahlen mit mehreren Schlauch- leitungen Wasser geben, um den Brand zu löschen. Der Schaden ist bedeutend. Drei wertvolle Automobile sind verbrannt.

Wegen Kurzschluß in elektrischen Starstromkabeln wurde die dritte Kompanie nach der Eisenbahnbrücke über der Königin Auguste- straße alarmiert. Durch Ausschalten des Stromes wurde die Gefahr beseitigt. Der Verkehr auf der Hochbahn erlitt durch den Brand eine Unterbrechung, die bald behoben wurde.

In der Alexandrinenstr. 46 und in der Hollmannstr. 33 brannten Papier, Lumpen u. a. im Treppenhause und im Treppenverdeck. Zwei Kellerböden beschäftigten die Wehr in der Oberwallstraße 10a und Weinmeisterstraße 4. Ferner mußte in der Kohnenstraße 100 ein Feuer gelöscht werden, das auf dem Dach beim Kochen von Teer ausgekommen war; Papier u. a. wurde in der Willwald Alex- straße 15 ein Raub der Flammen.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Donnerstagsabend 9 Uhr: 4 Mit- teilung Himmelsburg-Lichtenberg bei Lindner, Grünbergerstr. 10. Vortrag und praktische Übungen. Die Lehrpläne für den Winter- turismus, welcher am 17. Oktober beginnt, werden ausgegeben. Gäste haben einmaligen freien Zutritt. Neue Mitglieder können jederzeit eintreten.

Vorort-Nachrichten.

Ueber den Internationalen Sozialistenkongress

erstattete Genosse Pletisch als Delegierter des Wahlkreises Zellow-Weesow Bericht in einer Volksversammlung, die am Montag im Charlottenburger Volkshause tagte. In fast zweistündigem Vortrage gab der Redner eine anschauliche und lebendige Schilderung der Tagung des internationalen Arbeiterparlamentes. Er sagte unter anderem: Der Kongress habe einen nachhaltigen und tiefen Eindruck hinterlassen. Erhebend wirkte die feierliche Eröffnung und die darauf folgende Massenversammlung auf den Mannstatter Wiesen. Wenn man auch die Sprache nicht verstand, in der die ausländischen Delegierten zu den Volksmassen redeten, so fühlte man doch, sie sagten alle, was auch unsere Herzen erfüllt und unsere Gedanken bewegt. Die einheitliche Bestimmung des internationalen Proletariats kam hier erhebend zum Ausdruck. — Auch die Verhandlungen des Kongresses führten trotz mancher Meinungsverschiedenheiten schließlich zur Einheitslichkeit in den angenommenen Resolutionen. — Die Verhandlungen und Beschlüsse zum Frauenwahlrecht bestätigten unsere Auffassung, daß die Wahlrechtsbewegung der proletarischen Frauen grundverschieden ist von der Bewegung der bürgerlichen Frauen. Die proletarischen Frauen kämpfen nicht wie die bürgerlichen im Gegensatz zu den Männern, sondern gemeinsam mit ihnen männlichen Klassen-genossen. Die proletarischen Frauen denken nicht nur an sich, sondern sie sind bereit, in Staaten wo erst das Wahlrecht für die Männer erkungen werden muß, mit diesen gemeinsam den Kampf für dasselbe zu führen.

Große Schwierigkeiten machten die Verhandlungen über die Frage der Ein- und Auswanderung. Bei den Debatten über diese Frage tauchten Interessengegenstände auf zwischen den Arbeitern solcher Länder, die durch die Einwanderung fremder Arbeiter, die meist als Lohnbrücker auftreten, benachteiligt werden und den Vertretern derjenigen Länder, deren Proletariat zum Auswandern gezwungen sind. Die Resolution, die zur Ein- und Auswanderung angenommen wurde, bringt die Frage nicht zum Abschluß, sie ist erst der Anfang auf diesem Gebiet, das noch eines eingehenden Studiums bedarf, welches schließlich zum Ausgleich der verschiedenen Interessen führen muß. Es bedurfte langer Debatten, bis eine Mittellinie gefunden wurde in der angenommenen Resolution, die jeden gesellschaftlichen Zwang gegen die Einwanderung ausschließt.

Die Raiffeiserfrage ist in der deutschen Delegation gründlich, aber rein sachlich, ohne jede persönliche Erregung besprochen worden. Die angenommene Resolution machte es unnötig, daß die Raiffeiserfrage auf dem Kongress selbst besprochen wurde. Der springende Punkt der Resolution ist der, daß die Raiffeiser als eine gemeinsame Angelegenheit der Partei und der Gewerkschaften betrachtet wird. Es kann hiernach von einer Abschwächung der Raiffeiser keine Rede sein. Die von mancher Seite gehegte Befürchtung, daß die Gewerkschaftsführer gegen die Raiffeiser Sturm laufen würden, hat sich nicht bestätigt. Bei der Abstimmung über die Resolution kam es zu einer gewissen Erregung. Die Gewerkschaftsvertreter wollten zunächst, daß die Partei zu den materiellen Opfern der Raiffeiser die Hälfte beitragen sollte. Dagegen erklärten sich die Parteimitglieder, weil vorausgesetzt war, daß der Essener Parteitag dem nicht zustimmen würde. Schließlich einigte man sich auf die angenommene Resolution, welche Partei und Gewerkschaften zur gemeinsamen Unterstützung der Bemühungen verpflichtet und die Regelung im einzelnen den zuständigen Instanzen überweist. Dieser Beschluß ist ein Erfolg. Er bestätigt und stärkt die Einheit von Partei und Gewerkschaft und ist im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung zu begrüßen. — Dasselbe gilt auch von der Resolution, die der Kongress zu dem Punkt: Das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften annahm. Durch diesen Beschluß ist die engherzige Auslegung, welche dem Gedanken der Neutralität manchmal in gewerkschaftlichen Kreisen Deutschlands gegeben wurde, beseitigt. Die große Mehrheit der deutschen Gewerkschaften hat ja nie die gewerkschaftliche Neutralität in so engem Sinne aufgefaßt, wie der Redakteur des Buchdruckerverbandes. Die meisten Gewerkschaften haben bereits im Sinne der Resolution gehandelt. Die Bestätigung der Zusammengehörigkeit von Partei und Gewerkschaft durch den Kongress ist insofern von großer Bedeutung, als uns schwere Kämpfe bevorstehen, die sich mehr auf wirtschaftlichem, als auf politischem Gebiet abspielen werden. Die Entlassung Poladomshs und andere Anzeichen sprechen dafür, daß die bestehende Klasse freie Bahn haben will, um die Arbeiterklasse rücksichtslos zu bekämpfen. Es wäre verfehlt, wenn sich in einer solchen Zeit die Gewerkschaften nicht offen zum Sozialismus bekennen würden. (Beifall.)

Die Resolution, die zur Kolonialpolitik nach langen Verhandlungen angenommen wurde, deutet sich mit der Auffassung, welche wir in dieser Frage stets vertreten haben.

Die Verhandlungen über Militarismus und internationale Konflikte waren wohl die bedeutendsten des ganzen Kongresses. Auch die bürgerliche Gesellschaft verfolgte diese Verhandlungen mit gespannter Erwartung. Ist doch der Militarismus die Stütze, der Lebensnerv der bürgerlichen Gesellschaft und das internationale Proletariat diskutierte darüber, wie es diesen Lebensnerv der bürgerlichen Gesellschaft lahm legen könne. Von großem Ernst waren diese Debatten getragen. Dem Antimilitarismus der Franzosen stand die Auffassung der Deutschen gegenüber. Kollmar verteilte sie in einer Form, die nicht zu billigen ist, in der Sache aber stimmte er mit Bebel überein. Herbé erging sich in manchen Ueberreibungen. Wenn er die deutschen Sozialdemokraten als Spießbürger bezeichnete, die sich vor dem Gefängnis fürchten, so widerlegen die Tatsachen selbst diese Ansicht. Nicht aus Furcht vor dem Gefängnis, sondern mit Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse opponierten die deutschen Genossen gegen die Forderungen des Genossen Herbé. Was Herbé vorschlägt, richtet sich nur auf eine Lahmlegung des Militarismus im Falle des Krieges. Aber der Militarismus ist nicht nur eine Gefahr für den Kriegsfall, sondern mehr noch bei inneren Konflikten. Für diesen Fall aber hat Herbé keine Abwehrmittel. Mit unserem Gefühl stehen wir in den antimilitaristischen Bestrebungen der Franzosen, aber wir betrachten den Militarismus nicht als ein Ding an sich, sondern als eine Folge der heutigen Wirtschaftsweise. Er hat seine Wurzel im Kapitalismus und wenn wir den Kapitalismus bekämpfen, treffen wir auch den Militarismus. In der angenommenen Resolution vereint sich die deutsche mit der französischen Auffassung unter Ausschaltung des Generalstreiks und des Aufstandes.

Trotz mancher Verschiedenheit in den Anschauungen schloß der Kongress in vollster Harmonie. Er konnte natürlich nur allgemeine Richtlinien aufstellen, die den verschiedenen Nationen gewisse Freiheiten in der Bewegung lassen und ihre Selbständigkeit wahren. Ueber die Wege, welche zum Ziel führen, können die Genossen der einzelnen Nationen verschiedener Ansicht sein, aber sie alle sind ein Herz und eine Seele in dem Willen, unser Ziel zu erreichen, den Kapitalismus zu besiegen.

Die zahlreich besuchte Versammlung nahm den Bericht des Referenten mit lebhaftem Beifall auf. Der einzige Diskussionsredner sprach im wesentlichen in demselben Sinne.

Charlottenburg.

Ein schwerer Unglücksfall im Straßenbahnbetriebe ereignete sich gestern an der Ecke der Kurfürsten- und Ansbacherstraße. Der Hausbesitzer Hermann Sittte wollte an der dortigen Haltestelle einen Straßenbahnwagen verlassen. Er sprang von der Vorderplattform herab, während sich der Wagen noch in der Fahrt befand und stürzte mit dem Kopf auf das Straßenpflaster. In bewußtlosem Zustande brachten Passanten den Verunglückten nach der Unfallstation am Zoologischen Garten, wo der Arzt einen schweren Schädelbruch feststellte. In hoffnungslosem Zustande wurde S. in das Krankenhaus Noabli eingeliefert.

Schöneberg.

Die Stadtverordnetenversammlung nahm am Montag ihre Arbeiten nach den Ferien wieder auf. Zur Auslegung gelangte u. a. der Geschäftsbericht des Elektrizitätswerkes Südwest für das Jahr 1906. Von Magistratsseite sowohl wie aus der Mitte der Versammlung wird in lebhafter Weise gegen das Gebahren der betreffenden Gesellschaft protestiert, das darauf hinausläuft, der Stadt Schöneberg den ihr gebührenden Anteil am Reingewinn vorzuenthalten. Die große Rücksicht, die die Herren von der bürgerlichen Seite bisher gegen die Gesellschaft genommen haben, soll jetzt aufhören und man forderte den Magistrat auf, keinen Tag verstreichen zu lassen, um auf dem Wege des Prozesses gegen die Gesellschaft vorzugehen. Angenommen wird sodann einstimmig ein Antrag, worin der Magistrat ersucht wird, alle Rechte der Stadt gegen die Gesellschaft Südwest unverzüglich und mit aller Energie zu wahren.

Ohne Debatte angenommen wird nach dem Bericht des Ausschusses der Antrag:

„Der Magistrat wird ersucht, bei Neubauten von Schulgebäuden die Einrichtung von Spiel- bezw. Erholungsplätzen auf den Dächern in Erwägung zu ziehen.“

Es folgt die Beratung der Vorlage des Magistrats betr. Erhöhung der Grundsteuer für unbebauten Grund und Boden. Die vom Magistrat und von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzte Deputation empfiehlt, diese Steuer auf das doppelte, 45 M. pro Mille, zu erhöhen. Stadtv. Zobel (Lib.) begrüßt diese Vorlage mit Freuden. Durch Einführung dieser erhöhten Steuer, die nicht auf die Mieter abgewälzt werden könne, wird eine Erhöhung anderer Steuern überflüssig werden. Er beantragt, der Vorlage sofort ohne Ausschüßberatung zuzustimmen. Stadtv. Rich. Schneider (Hausbesitzerfraktion) wünscht, daß die Vorlage auf spätere Zeiten zurückgestellt werde, bis der Magistrat den Nachweis geliefert habe, daß das Geld gebraucht werde. Redner tritt warm für die Befreiung des unbebauten Grund und Bodens ein und meint, daß diese der erhöhten Steuer Trost bieten werden dadurch, daß sie ihre Grundstücke noch länger der Bebauung vorenthalten, die Herren können es aushalten. Stadtv. Kuhnitzky wendet sich gegen den Vordredner, der gegen die Interessen der Hauseigentümer und für die Großgrundbesitzer eingetreten sei. Die erhöhte Steuer ist eine gerechte. Die Stadt habe jahrelang, wie sehr richtig von sozialdemokratischer Seite bei einer anderen Gelegenheit geäußert wurde, für die Großgrundbesitzer gearbeitet, ihnen seien mühselos Millionen in die Taschen geflossen. Auch der Kämmerer tritt den Ausführungen des Stadtv. Schneider entgegen. Der Ausspruch, daß die Herren es aushalten können, beweist, daß die Steuer keine ungerechte ist. Die Bebauung ist schon in diesem Jahre zurückgeblieben, wodurch der Zugang nach Schöneberg vermindert wird. Durch Einführung der Steuer wird sich dieser Zustand erst ändern. Wie es die großen Grundbesitzer treiben, dafür nur ein Beispiel: der Besitzer eines Grundstücks bestritt den Klagenweg gegen die zu hohe Einschätzung seines Grundstücks durch die Stadt Schöneberg. Die Klage hatte Erfolg, das Grundstück wurde auf 500 000 Mark eingeschätzt. Ein paar Jahre später kaufte die Stadt dieses Grundstück und mußte dafür 1 168 000 Mark bezahlen. Stadtv. Kunze bekämpft die Vorlage. Die Hausbesitzer lassen sich durch dieselbe nicht lockern. Durch ein schnelleres Verlaufen der Grundstücke wäre wohl der Stadt geholfen, aber nicht den Hausbesitzern. Schon jetzt leide man unter der Ueberproduktion von Wohnungen. Die Hausbesitzer wissen nicht, wie sie auskommen sollen. Redner beantragt, die Vorlage zunächst einem Ausschüß zur Prüfung zu überweisen. Stadtv. Lohausen empfiehlt die Annahme der Vorlage. Die Stadt Schöneberg sei heute weiter nichts als der Kommiss der Millionäre und Terraingesellschaften. Durch den Beschluß betr. Anlegung des Stadtparkes habe jetzt der Besitzer eines an denselben angrenzenden Grundstücks dasselbe zu einem Preise von 5 Mil. M. verkauft. Stadtv. Ohst (Soz.) wendet sich hauptsächlich gegen die Ausführungen der Stadtv. Schneider und Kunze. Es sei zu verurteilen, daß diese Herren hier für die Interessen der großen Grundbesitzer eintreten und das Wohl der Stadt und der Allgemeinheit hinten ansetzen. Die von denselben vertretenen Grundstücke stellen alles auf den Kopf. Die winzige Erhöhung dieser Steuer tut den Grundstücksbesitzern gar nichts, dringt aber der Stadt neue Einnahmequellen. In der Deputation sei das für und Wider bereits eingehend erörtern, deshalb sei eine nochmalige Verweisung an einen Ausschüß überflüssig. Redner empfiehlt, der Vorlage schon heute zuzustimmen. Auch die Stadtv. Schüler, Vincius und Heyner, die dem Vorstande des Haus- und Grundbesitzervereins angehören, traten für die Vorlage ein. Nachdem sich noch der Stadtv. Bartelt gegen die Vorlage wandte, weil sie nicht der Initiative des Magistrats entsprungen, sondern denselben von der Versammlung aufgedrängt worden sei, wurde dieselbe in namentlicher Abstimmung gegen wenige Stimmen angenommen.

Der Versicherung der Krankenhäuser gegen Wasserleitungen Schäden wird zugestimmt.

Eine weitere Vorlage des Magistrats betrifft die Vorschriften über die Gewährung von Reisekostenzuschüssen und Dienstreisen der städtischen Körperschaften und Beamten. Die Stadtv. Hoffmann (Soz.) und Lohausen beantragen die Ueberweisung derselben an einen Ausschüß. Es sei unmöglich, derselben in der vorliegenden Form zuzustimmen. Die vorgesehene Klasseneinteilung wäre der Stadt unwürdig.

Eine Abstimmung darüber konnte nicht vorgenommen werden, da die Beschlussfähigkeit eingetreten war. Schluß 9 Uhr.

Nigdorf.

Todessturz aus dem Fenster. Auf dem Grundstück Bietenstr. 57 in Nigdorf hat sich gestern ein bedauerlicher Unglücksfall zugetragen. Das fünfjährige Söhnchen des Arbeiters Woltsch war in der in der ersten Etage belegenen obersten Wohnung auf das Fensterbrett geklettert, um dem Spiele der Kinder auf dem Hofe zuzuschauen. Der Kleine beugte sich dabei zu weit nach vorn, verlor das Gleichgewicht und stürzte kopfüber in die Tiefe. Er erlitt einen schweren Schädelbruch und starb nach wenigen Minuten.

Röpenitz.

Die Einwohner unseres Städtchens können wieder ruhig schlafen, seit gestern hat es wieder einen Polizeikommissar. Bekanntlich hatte sich der Polizeikommissar Jädel anlässlich der Hauptmannsaffäre insofern einen unsterblichen Namen gemacht, als er dem Fleisshauptmann Vogt nicht nur gewähren ließ, sondern sogar nach seinen Befehlen fragte und sich von ihm Vadeerlaubnis erteilte. Dieses Verhalten stand im grellen Gegensatz zu dem Benehmen Jädels den organisierten Arbeitern gegenüber; in Punkt Schneidigkeit ließ sein Benehmen nichts zu wünschen übrig. Diese Schneidigkeit hatte Jädel auch in dem bekannten Krawallprozeß Anfang 1890 betätigt. Der Nachfolger Jädels, ein hiesiger Polizeileutnant sollte nicht allzulange die Röpenitzer Polizei leiten. Schon nach kurzer Zeit verließ er seinen Posten und nun ist wiederum ein hiesiger Polizeileutnant mit Namen Hoeren als Polizeikommissar in Röpenitz eingetreten.

Potsdam.

Arbeitslöhne in den gewerblichen Betrieben der Stadt. Nachdem im vorigen Jahre den Lehrern und Magistratsbeamten eine Aufbesserung ihrer Gehälter angebilligt wurde, dürfte eine Verbesserung der in den gewerblichen Unternehmungen der Stadt (Wasserwerk, Schlachthof, Elektrizitätswerk und Straßenbahn) beschäftigten Arbeiter, Heizer, Maschinenisten usw. am Plage sein. Es bestehen für diese Arbeitergruppen, die doch in den ersten drei Betrieben ziemlich gleichmäßig sind, keine bestimmten Besoldungsnormen. So erhalten z. B. die Arbeiter im Schlachthof pro Woche 19 M. für Beschaffung von Schuhen bekommen sie 10 M. extra pro Jahr; ein Dülfsheizer erhält pro Woche 21,50 M., hat aber die Aussicht, im Jahre 216 (!) Ueberstunden an den Commanen zu

machen, die er mit 30 Pf. pro Stunde honoriert bekommt. Besonderen Aufschlag gibt es nicht für Sonntagsarbeit! Der Heizer und Dülfsmaschinenist erhält 21,50 M. Der Wächter des Schlachthofes hat ein Einkommen von jährlich 100 M., der des Rathhauses — allerdings nur in der Nacht — hat ein Jahreseinkommen von 840 M. Im Wasserwerk werden der Hilfsmaschinenist, der Heizer und der Molerlegergehülfe mit 19,50 M. pro Woche Anfangslohn eingestellt und erhalten nach 5 Jahren eine Zulage von 1,50 M., also 21 M. Etwas besser gestellt sind die Arbeiter und Heizer im Elektrizitätswerk. Hier erhalten die Arbeiter einen Wochenlohn von 24 M. und die Heizer einen solchen von 29,50 M. An der P f e r d e b a h n, die mit dem 2. Sept. d. J. den elektrischen Betrieb eingeführt hat, erhalten Fahrer und Schaffner einen Durchschnittslohn von 21,40—21,50 M. pro Woche, dabei sind verschiedene Angestellte, die schon länger als 10 Jahre beschäftigt sind und demnach einen wohl höheren Lohn erhalten werden, so daß sich der Anfangslohn noch niedriger stellt. Die Löhne der Streckenwärter, Stellente usw. sind bekanntlich noch niedriger. Durch die durch den elektrischen Betrieb erforderlichen Änderungen in der Betriebsordnung ist die Arbeitszeit für das Fahrpersonal jetzt auf 12 Stunden festgesetzt (bisher hat sie in diesem städtischen Betrieb mitunter 17 Stunden betragen). Lokalblätter machen nun natürlich ein großes Geschrei, wie ungünstig diese Arbeitszeit ist, da doch in dem Kleinhandelsbetriebe für den Betrieb nach Potsdamer Verhältnissen eine solche bis zu 13 Stunden zugelassen ist. — In allen Betrieben werden zu Weihnachten besondere Gratifikationen verteilt, die aber auch wiederum in den einzelnen Betrieben mitunter sogar sehr verschieden sind. Hoffentlich wird für diese Arbeitergruppen in dem nächstjährigen Etat eine Aufbesserung ihrer Löhne vorgesehen.

Gerichts-Zeitung.

Kirchenaustrittsplatate.

In Sachen der Kirchenaustrittsplatate hat am Montag als vierte Instanz die Ferienkammer des Landgerichts Berlin-Mitte abermals entschieden. Bekanntlich hatte der Rechtskonsulent Paul Fiedler Formulare zum Austritt aus der Landeskirche für einen Pfennig pro Stück durch Platate im Fenster seines Bureaus ausgegeben. Diese Platate wurden von der Polizei mit Gewalt beschlagnahmt. F. wurde vom Schöffengericht zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt, vom Landgericht freigesprochen. Das Kammergericht hatte dann auf Revision der Staatsanwaltschaft die Sache in die Vorinstanz zurückverwiesen. Dadurch gelangte die Sache am Montag zum vierten Male zur Verhandlung.

Das Landgericht bestätigte nunmehr das Urteil des Schöffengerichts, das den Angeklagten zu 30 M. Geldstrafe verurteilte. Die beschlagnahmten Platate wurden freigegeben, weil sie nicht Eigentum des Angeklagten, sondern der freireligiösen Gemeinde seien. In der Begründung führte das Gericht aus: Die Uebersetzung des § 9 des preussischen Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 sei darin zu erblicken, daß die Platate dem Zweck dienen sollten, Personen zum Austritt aus der Landeskirche zu veranlassen. Das ginge aus der Form hervor, wenn die Platate auch an sich eine gewerbliche Anknüpfung in sich schlossen. Nach § 9 des preussischen Preßgesetzes dürfen solche Anknüpfungen aber nur gewerbliche Anknüpfungen betreffen.

Ist diese Auslegung des § 9 des altpreussischen Preßgesetzes zutreffend, so müßte beispielsweise die Eisenbahnverwaltung bestraft werden, die Platate zugunsten der Umgebungsstätten angeheftet hat. Ebenso wären die Platate des Flottenvereins, die Anzeigen über Wägebühnen usw. gefehlt. Wird nun endlich mit dem veralteten Platategesetz ausgeräumt werden? Wenn nicht: weshalb wird dann entgegen dem Geheiß falls die Beurteilung Fiedlers berechtigt ist, nicht gegen die Eisenbahnverwaltung, den Flottenverein usw. vorgegangen? Stehen jene außerhalb des Strafgesetzes?

Vermischtes.

Som „Lenkbaren“.

Nachdem der deutsche Militärballon und das Pariserolische Luftschiff in Regel nicht wegzuleugnende Proben ihrer Lenkbarkeit abgelegt haben, halten es die Freunde des Grafen Zeppelin für angebracht, auch diesen durch folgende Prehnotiz wieder in Erinnerung zu bringen:

Graf Zeppelin beabsichtigt, im Laufe dieses Monats mit dem Bau eines neuen Ballons zu beginnen, der sein jetziges Luftschiff noch an Größe übertreffen soll. Die einzelnen Teile des neuen Fahrzeuges sind bereits bei Mansell a. B. aufgestellt. Die Probefahrten mit dem neuen Luftschiff werden voraussichtlich Ende September beginnen. In Neuheiten zeigt der Ballon außer Veränderungen des Steuer- und Anwendung eines Scheinwerfers und die Einrichtung einer Telefunkenstation. Die Probefahrt, an der etwa zehn Personen teilnehmen werden, soll bei günstiger Witterung bis nach Stuttgart und zurück ausgeführt werden.

Graf Zeppelin, der mit seinem „Lenkbaren“ bisher arg Böß hatte, tätet gut, nach Möglichkeit solche Reklamenotizen zu verhindern, die unangenehm an Herrn Ganswindt erinnern. Die „Scheinwerfer“ und die „Einrichtung einer Telefunkenstation“ sind keine Fortschritte in Bezug auf die Lenkbarkeit, die immer noch im höchsten Maße Problem bleibt. Im Gegenteil: Das Gewicht, das beide freisen, wird beim Luftschiff sehr notwendig zur Erhöhung der Maschinenkraft und der Vorräte an Verbrennungsstoffen gebraucht. Auch die mitzunehmende Personenzahl sollte man aus demselben Grunde auf die Bedienung und ein oder zwei Passagiere beschränken. Wie notwendig das trotz aller Fortschritte ist, mag die Katastrophe erweisen, daß die Verdoppelung der Maschinenkraft immer erst eine Steigerung der Geschwindigkeit von etwa 4 zu 5 bringt. Und die Steigerung der Eigengeschwindigkeit bleibt vorerst die Hauptfrage; nicht Scheinwerfer, Telefunken und Raum für Passagiere.

Das drahtlose Telefon macht Fortschritte, was man daraus schließen will, daß die amerikanischen Kriegsschiffe, die Oeder erhalten haben, nach dem Stillen Ozean abzusammeln, mit Apparaten für drahtlose Telephonie ausgerüstet wurden. Man soll sich mit den neuesten Instrumenten bis auf 5 englische Meilen verständigen können, wenn auch das Wetter schlecht ist. Dr. Deforests Instrumente sollen bei gutem Wetter 7 Meilen weit reichen.

Beim Spiel. 16 Schulkinder ließen sich, wie aus Winterberg bei Kreuznach gemeldet wird, gestern in einem Pflugarren einen Berg hinunterrollen. Sie verloren die Gewalt über den Karren, der umschlug, das Wagheländer durchbrach und in den Bach stürzte. 11 Kinder erlitten schwere Verletzungen. Der Zustand einiger Kinder ist hoffnungslos.

Feldsturz auf die Eisenbahn. In der Wregenzter Waldbahn löste sich ein Feldblock in dem Augenblick, als ein Zug passierte; die Lokomotive und drei Waggons wurden den Damm hinauf geschleudert; Personen sind jedoch nicht zu Schaden gekommen.

Cholera und Pest.

Petersburg, 3. September. Der Stand der Cholera ist in Astrachan, Samara, Kasan, Stawropol, Schran und längs der Wolga unbedeutend. In Nowgorod sind fünf neue Fälle vorgekommen. Die Gefahr der Verschleppung durch Kaufleute, die von der Messe kommen, ist besonders groß.

Hokohama, 2. September. Ein Mann der Befahrung eines Dampfers, der aus Rußschwanz hier eintraf, ist an Cholera gestorben. Die Passagiere waren bereits gelandet, als der Fall entdeckt wurde.

San Francisco, 3. September. In Berkeley ist ein durch Tubonempst verursachter Todesfall und zwei Fälle von Pestverdacht festgestellt worden.

Th. Fork, Kretzschmar & Co.

Vereinigte Tischler- und Tapezierer-Meister.

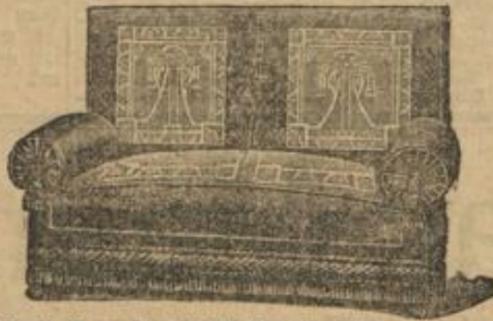
BERLIN, An der Jannowitz-Brücke 3-4.

Deutschlands größtes Möbelkaufhaus für Wohnungs-Einrichtungen in allen Preislagen.

Verlangen Sie unser großes Musterbuch N. mit über 1000 Abbildungen frei und umsonst.

Moderne Wohnzimmer-Einrichtung.

No. 7.	1 Diwan	95,- M.
"	8. 1 Kleiderschrank	85,- "
"	9. Sofatisch	27,- "
"	10. 4 Stühle à 7 M.	28,- "
"	11. 1 Vertiko	90,- "
"	12. 1 Spiegel	36,- "
"	13. 1 Spiegelspind	36,- "
		397,- M.



No. 7. Diwan mit Satteltaschen in schönen modernen Mustern, mit gutem Wollplüsch eingefüllt, Sitz zum Herausziehen, ohne Rollen, 95,- M. 115 cm hoch, 188 cm lang, 81 cm tief.

Th. Fork, Kretzschmar & Co.
BERLIN, Jannowitzbrücke.



No. 8. Kleiderschrank, echt Nußbaum mit Hutboden und Messingstange u. reich mod. Schnitzerei, 85,- M. 120 cm breit, 230 cm hoch, 60 cm tief.



No. 9. Sofatisch, halbecht Nußbaum 27,- Mark, Blattmaß 115 x 77 cm, 77 cm hoch.



No. 10. Stuhl, halbecht Nußbaum, 7,- M.



No. 11. Vertiko, echt Nußb. mit Facettenspiegel u. reich mod. Schnitzerei, 90,- M. 98 cm br., 206 cm h., 47 cm t.



No. 12. Spiegel, echt Nußbaum, Glasmaß 115 x 47 cm, 36,- M. 161 cm hoch, 73 cm breit.
No. 13. Spiegelspind, echt Nußbaum, reich geschnitten, 36,- M. 80 cm h., 88 cm br., 46 cm tief.

Leske & Lehrer

78 Kottbuserdamm 78

Spezialhaus guter Herren- u. Knabenbekleidungen

fertig und nach Maß.

Spezial-Abteilung: Bekleidungen für jeden Beruf.

*** Voranzeige. ***

Am **Sonnabend, den 7. September**, findet die **Eröffnung** unserer bedeutend vergrößerten Geschäftsräume statt.

W Unsere Grundsätze:
ir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe.
ir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.
ir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz.
ir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.
ir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen.
ir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Originalinserat!
Nachdruck
verboten.

Knaben-Anzüge.

Herbst-Paletots * Herbst-Anzüge.

Einsegnungs-Anzüge.

Große Auswahl in Stoffneuheiten des In- und Auslandes zur Anfertigung feiner Herren-Moden nach Maß unter Leitung erster Meister.

Sämtliche Sachen werden in eigenen großen, der Neuzeit entsprechend eingerichteten Betriebswerkstätten angefertigt.

Der immerwährende Pracht-Kalender ist erschienen, auf Wunsch erfolgt Zusendung kostenlos.

Von der Reise zurück
Dr. Paul Cohnheim
Oranienburgerstr. 39. 65/1

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Steppdecken
billigt direkt in der
Fabrik
72. Wallstr. 72.
wo auch alte Steppdecken aufgearbeitet
werden. Bernhard Strohmandel,
Berlin S 14. Zutr. Katalog gratis.

Revolutionsgefahr
wegen Lebensmittelmangel. Schlafen die Regierungen?
Warum greift die Presse nicht ein?

Das Wirtschafts- und Sozialbild der Gegenwart und der Zukunft ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber, Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2,-. Teil- und Volksausgabe, 60 Pfg. Gegen Einsendung von Mk. 2.10, bzw. 65 Pfg. für das Inland, Mk. 2.20 bzw. 70 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren portofrei vom Verfasser Kaufmann Michael Pröbster in Würzburg versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich.
Man verlange ebendasselbe Flugschriften und Prospekte.

Neubau „Arminhallen“
Kommandantenstraße 59/59.
Eröffnung **Sonnabend, 5. Oktober 1907.**
Geöffnet, bis 1100 Personen fassend, auch mit Bühne, an Sonnabenden und Sonntagen im Oktober, November, Dezember, Januar, Februar, März frei.
Gebrüder Mielitz, Kommandantenstr. 21 II, Fernsprecher Amt I 2985.

Die Nachahmung ist die höchste Anerkennung!

Das ist unbestritten und wohl jedermann bekannt. Es muß also einleuchten, daß ein Fabrikat, welches Konkurrenten auf jede nur denkbare Art und Weise nachzuahmen versuchen, eine nachahmungswerte und somit hervorragende Qualität besitzen muß. Diese fortgesetzten Nachahmungen beweisen am allerbesten, daß nicht nur das Publikum, sondern sogar Konkurrenten

Kathreiner als mustergültig anerkennen.

Wir bitten alle Freunde des echten Kathreiner, nur den echten Kathreiner anzunehmen und alle Nachahmungen, die nur gemacht werden, um das Publikum zu täuschen, energisch zurückzuweisen.

Wenn Ihr Kaufmann den echten Kathreiner nicht hat, dann schreiben Sie wegen Angabe von Kathreiner-Niederlagen an

Kathreiners Malzkaffee-Fabriken, G. m. b. H., München.

Parteitag der Sozialdemokratie Schleswig-Holsteins und des Fürstentums Lübeck-Eutin.

Am zweiten Verhandlungstage wurde zunächst der Etat für 1908 festgesetzt. In Beiträgen der Vereine sollen nach dem Vorschlag 12 000 M. eingehen.

Aus dem Bericht über die Presse ist ersichtlich, daß das Kieler Parteigeschäft einen erfreulichen Aufschwung genommen hat. Die Abrechnung für 1906 bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 236 335 M.

Dann wird Stellung genommen zum Kommunalprogramm, das die ad hoc eingesetzte Kommission in einigen Punkten zu modifizieren begibt, zu ergänzen ersucht.

Der Parteitag beschließt unter voller Aufrechterhaltung des flensburger Beschlusses über die Beteiligung an den Kommunalwahlen die Aufforderung an die Genossen, den Kampf um die Erwerbung der politischen Macht in den Gemeinden immer lebhafter zu betreiben.

Weiter heißt es in der Resolution, daß nur in Ausnahmefällen unter Zustimmung der hierfür vorgesehenen Instanzen Wahlenthaltung stattfinden darf, daß zur Beteiligung an den Magistratswahlen die Zustimmung der Instanzen erforderlich ist.

Beschlossen wird, daß von den Einnahmen der Parteivereine 10 Proz. an die Agitationskommission abzuführen sind.

Als Parteisekretär für den Agitationsbezirk wird Genosse Bartels, Mitglied der Hamburger Bürgergesellschaft, einstimmig wiedergewählt.

Der nächste Provinzialparteitag findet in Kiel statt.

Vierter Verbandstag der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands.

Frankfurt a. M., 2. September 1907.

Im Saale des hiesigen Gewerkschaftshauses wurde heute der vierte Verbandstag des Zentralverbandes der Fleischer eröffnet. 26 Delegierte sind vertreten. Vom Hauptvorstand ist der Vorsitzende Hensel und der Kassierer Krause.

Zunächst werden die Geschäftsberichte erstattet. Vorsitzender Hensel und Kassierer Krause ergänzen ausführlich den gedruckt vorliegenden Rechenschaftsbericht. Diesem entnehmen wir: Die verlossene Geschäftsperiode 1906/07 stand unter dem Zeichen der wirtschaftlichen Krise.

Verhältnisse naturgemäß auf das Wachstum der Organisation einen großen Einfluß ausübten, so ist es doch gelungen, die Mitgliederzahl von 2206 auf 3056 zu erhöhen.

Die Agitation war eine sehr intensive. Die Ausgaben hierfür steigerten sich enorm. Im vorigen Rechenschaftsbericht waren es nur 2134,40 M., heute 8164,64 M.

In finanzieller Hinsicht hat der Verband ebenfalls recht erfreuliche Fortschritte gemacht. Der Kassenbericht zeigt eine Steigerung der Einnahmen von 42 306,58 M. in der vorletzten Geschäftsperiode auf 78 395,47 M. im Berichtsjahre.

Es handelte sich bei diesen meist um Vorseitigung von Mißständen oder um Einführung von Tarifverträgen. Zum Teil endigten diese Bewegungen mit Erfolg, teilweise zeitigten sie einen sehr harten und andauernden Kampf.

Mit den statistischen Erhebungen der Reichsregierung über die Arbeitsverhältnisse im Fleischerhandwerk beschäftigte sich der Hauptvorstand wiederholt. Der sozialpolitisch rückständige Standpunkt des Beirats für Arbeiterstatistik und das Untätigen des kaiserlichen Gesundheitsamtes lassen leider nicht darauf schließen, daß gesetzliche Bestimmungen gegen die unendlich lange Arbeitszeit geschaffen werden.

Vorsitzender Hensel beklagt sich im Laufe seiner Ausführungen, daß viele Gewerkschaftskartelle dem Verbandsverbande leider ein geringes Entgegenkommen zeigen. Es wäre doch Aufgabe der Gewerkschaftskartelle, kleinere Organisationen nach Möglichkeit zu unterstützen.

Den

Bericht der Presse

gibt ebenfalls Hensel. Die Redaktion sei ebenfalls bemüht, selbständig zu arbeiten, doch wäre es sehr wünschenswert, daß die Kollegen die Redaktion mit Berichten mehr unterstützen.

Müller-Hamburg gibt den

Ausschußbericht:

Zwischen dem Ausschuss und dem Hauptvorstand herrscht ein etwas gespanntes Verhältnis. Größere Auseinandersetzungen zwischen Vorstand und Ausschuss ergab die von Mannheim beantragte Anstellung eines Gauleiters.

Anträge zu den Geschäftsberichten.

München, Karlsruhe beantragen wöchentliches Erscheinen des Verbandsorgans; Hamburg und Mannheim Ausbaurung desselben.

In der Nachmittagsitzung eröffnet der Vertreter von Mainz die Generaldebatte: Mit der Tätigkeit des Hauptvorstandes ist er voll einverstanden. Die Agitationstouren halten gute Erfolge gezeitigt.

Gauleiter Fischkowski-Frankfurt a. M. verteidigt sich gegen die Kritik des Hauptvorstandes, die an seiner Tätigkeit geübt wurde. Er sei mit der langsamen Entwicklung des Verbandes auch nicht zufrieden, aber man müsse mit den bestehenden Verhältnissen rechnen.

Vergmann-Berlin polemisiert ebenfalls gegen die Ausführungen des Hauptvorstandes den Gauleitern gegenüber und übt Kritik an der Tätigkeit des Hauptvorstandes. Die Ausgabe von Sammelbüchern bei größeren Aktionen müsse auch ferner beibehalten werden, bis die Organisation finanziell gekräftigt sei.

Der Vertreter aus Offenbach bespricht eingehend die Verhältnisse in Süddeutschland und schließt sich den Vorschlägen Vergmann-Berlin bezüglich der Presse an.

Müller-Hamburg bespricht eingehend die Differenzen mit dem Konsumverein Hamburg; er könne die Stellung des Hauptvorstandes in dieser Sache nicht billigen. In demselben Sinne spricht Bodsch-Hamburg.

Für das Heftige Erscheinen des Verbandsorgans sprechen Schäfer und Kohler-Hamburg.

Der Delegierte aus Lübeck führt aus: Die Organisation sei fortgeschritten trotz Erhöhung der Beiträge. Da wir den Hauptverbandstag fordern, könnten wir von den Beamten nicht verlangen, daß sie schließlich 15 Stunden arbeiten.

Fischer-Mannheim legt die Verhältnisse in Mannheim dar. Fiedler-Dresden: Die Quartalsabrechnungen sollten aus taktischen Rücksichten künftig nicht mehr im „Fleischer“ veröffentlicht werden.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 6 columns: Station, am, seit, Station, am, seit. Lists water levels at various stations like Remel, Mühl, Pregel, Insterburg, etc.

+) + bedeutet Hoch, - Fall - ?) Unterpegel.

Arbeiter-Wochen-Commission

- a) 2 Pfd. Ia. Kochzucker à 9 Pfg. M. 0.18
b) 1 Pfd. Ia. Würfelzucker M. 0.13
c) 2 Pfd. Ia. Tafelsalz à 5 Pfg. M. 0.10
d) 10 Schachteln Schweden Ia. M. 0.05
e) 1 Pfd. Ia. Tafel-Rang-Reis M. 0.10
f) 1 Pfd. Ia. Kaiser-Auszug-Mehl M. 0.15
g) 2 Wassergläser Ia. Tafelmostrich i. Sa.
ca. 1 Pfd. Inhalt, oder 1/2 Pfd. mag. Speck M. 0.44
h) 1/2 Pfd. extrafeine Tafel-Butter M. 0.65
oder 1 Pfd. Ia. Bratenschmalz
i) 1 großes Brot M. 0.45
k) 1 Pfd. Ia. Eierschnittnudeln M. 0.38
l) 1 Pfd. gebr. Kaffee D. W. E. V. B.-Mischung M. 1.20
m) 1 Dose Marmelade, netto 1 Pfd. à 0.60 = M. 0.60
Früchte nach Wahl M. 4.43

Wir offerieren vorstehend verzeichnete Arbeiter-Wochen-Commission zum Gesamtpreise von 4.43 M.

für Berlin und Vororte franko und inkl. Verpackung, darüber hinaus unfraankiert mit 0.20 Verpackungsszuschlag. Bei Bestellung genügt schon die einfache Angabe Arbeiter-Wochen-Commission und wievielmal diese gewünscht wird.

(Nur erstklassige Qualitäten.) Aenderungen dieser Mustersondang unzulässig.

Schluß-Ausverkauf

wegen Umzug nach der I. Etage.

Die noch vorhandenen Bestände in Teppichen, Portieren, Gardinen, Stores, Steppdecken, echten Perser, Tischdecken, Läuferstoffen, Diwanddecken und Fellen

werden nur noch 40% billiger kurze Zeit ca. 40% verkauft.

Teppich-Haus B. Hurwitz

vis-a-vis dem National-Denkmal. Rotes Schloß An der Stechbahn 1/2.

Von der Reise zurück 64/20 Dr. A. Freudenberg.

Germania-Pracht-Säle. Chausseestr. 110. Karl Richter. Heute Mittwoch: Otto Stoidel's Hamburger Sänger mit anschließ. Freilanz. Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Jed. Sonntag: Otto Stoidel's Hamburger Sänger und Großer Saal.

Möbel Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen. eventuell auch auf Teilzahlung. Paul Burow's Möbel-Fabrik. Berlin SW., Lindenstraße 105. 4982L*

Halbe Ausnahme-Preise!

Deutscher Waren-Einkaufs-Verein Berlin G. m. b. H. Engrosslager Amt 8 Nr. 1629. Hauptbureau Amt 6 Nr. 9004. Die Berliner Hof-Verkaufsläger des Deutschen Waren-Einkaufs-Verein-Berlin befinden sich: Leipzigerstr. 101-102, Ecke Friedrichstraße (Equitable), Fernsprecher Amt I, 8727. - Chausseestr. 1a, Hof (am Oranienburger Tor), Fernsprecher Amt III, 705. - Oranienstr. 60, Hof (am Moritzplatz), Fernsprecher Amt I, 8727. - Kreuzbergstr. 30, II. Hof links parterre, Fernsprecher Amt VI, 9004. - Schöneberg, Hauptstr. 129, Eingang such Feurigstr. 12, Fernsprecher Amt VI, 6656. - Provinz-Versand: nur durch Zentrale Berlin SW. 47, Fernsprecheramt VI, 1629. Unsere Hof-Verkaufsläger sind durch kleine blaue Transparente kenntlich gemacht. Geschäftszeit: Wochentags von 8-1 Uhr und 9 1/2-9 Uhr, Sonntag vormittag nur von 8-10 Uhr.

